

RheinlandPfalz

Statistisches Landesamt



Statistische Monatshefte

1983

Januar
Februar
März
April
Mai
Juni
Juli
August
September
Oktober
November
Dezember

INHALT

Finanzen von Land und Gemeinden (Gv.) 1970 bis 1981	209 Die Finanzen der Gebietskörperschaften haben sich seit 1970 beträchtlich verändert. Die Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen verlief bei Land und Gemeinden recht unterschiedlich.
Preisindizes für die Lebenshaltung	216 Die Preisindizes für die Lebenshaltung gehören zu den wichtigsten Indikatoren der wirtschaftlichen Entwicklung, welche die amtliche Statistik monatlich bereitstellt.
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit 1982	220 Im April 1982 waren von den 3,64 Millionen Rheinland-Pfälzern 1,59 Millionen erwerbstätig. Die Berufsstruktur hat sich in den letzten 20 Jahren erheblich geändert.
Abgänge von Gebäuden und Wohnungen seit 1979	223 Von 1979 bis 1982 wurden in Rheinland-Pfalz 3 834 Gebäude mit zusammen 3 364 Wohnungen abgerissen oder nicht mehr zum Wohnen genutzt.
Außenhandel mit Wein	225 Rheinland-Pfalz nimmt in der Aus- und Einfuhr von Wein mit einem wertmäßigen Anteil von jeweils 90% die führende Stellung im Bundesgebiet ein.
Schweinehaltung 1950 bis 1982	228 Strukturelle Veränderungen in der Landwirtschaft und Leistungssteigerungen bestimmen die Bestandszahlen der rheinland-pfälzischen Schweinehaltung.
Anhang	73* Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz 79* Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes
Kreisübersichten 1983	Teil I und II: Zusammenstellung der wichtigsten bei Redaktionsschluß vorliegenden Kreisergebnisse aus allen Gebieten der amtlichen Statistik.

Finanzen von Land und Gemeinden (Gv.)

1970 bis 1981

An Hand der Ergebnisse der Haushaltsrechnungsstatistik wird die Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen von Land und Kommunen untersucht.

Die Gesamtausgaben des Landes erhöhten sich von 4,6 Mrd. DM im Jahre 1970 auf 12,6 Mrd. DM im Jahre 1981. Das entspricht einer Steigerung um 175%. Im gleichen Zeitraum stiegen die Gesamtausgaben der Gemeinden (Gv.) von gut 3,7 Mrd. DM auf 9,3 Mrd. DM. Das sind 150%. Die Personalausgaben nahmen beim Land um rund 180% auf 5 Mrd. DM zu, bei den Kommunen um 204% auf 2,4 Mrd. DM. An Zinsen hatte das Land 1981 insgesamt 707 Mill. DM aufzubringen. Das ist das Sechsfache von 1970. Die gemeindlichen Zinsausgaben erhöhten sich in dieser Zeit um 165% auf 537 Mill. DM.

Die Steuereinnahmen des Landes nahmen von 1970 bis 1981 um 153% auf 6,8 Mrd. DM zu. Die gemeindlichen Steuereinnahmen verzeichneten einen Anstieg um 183% auf 2,7 Mrd. DM. Die Einnahmen aus dem kommunalen Finanzausgleich betrugen 1981 annähernd 1,7 Mrd. DM und lagen um 213% höher als 1970.

Die Schulden des Landes an Kreditmarktmitteln und bei Verwaltungen stiegen von 1970 bis 1982 um 377% auf nahezu 13 Mrd. DM an. Die Schulden der Kommunen (einschließlich ihrer Krankenanstalten) erhöhten sich im gleichen Zeitraum um 125% auf 7,2 Mrd. DM. he

Mehr über dieses Thema auf Seite 209

Kommunale Sachinvestitionen im ersten Halbjahr 1983 weiterhin rückläufig

Die Gesamtausgaben der Gemeinden und Gemeinverbände in Rheinland-Pfalz beliefen sich im ersten Halbjahr 1983 auf 4 106 Mill. DM. Dies entspricht einer Zunahme gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 1,9%. Zur Deckung des Finanzbedarfs standen den Kommunen 4 082 Mill. DM (+ 3,0%) an Einnahmen zur Verfügung.

Während die Personalausgaben um 3,6% auf 922 Mill. DM und die sozialen Leistungen um 3,9% auf 376 Mill. DM anstiegen, war beim laufenden Sachaufwand ein Rückgang um 2,2% auf 714 Mill. DM zu verzeichnen. An Zinsen waren 265 Mill. DM (- 3,9%) aufzubringen.

Weiterhin rückläufig waren die Ausgaben für Sachinvestitionen. Der Erwerb von Grundstücken und beweglichen Sachen ging um 2,5% auf 157 Mill. DM zurück. Für eigene Baumaßnahmen wurden 632 Mill. DM (- 7,6%) verausgabt, darunter für Schulen 92 Mill. DM (- 13,3%), für Straßen 181 Mill. DM (- 9%) und für Abwasserbeseitigung 78 Mill. DM (- 4,1%). Dagegen erfolgte mit 149 Mill. DM (+ 51,6%) eine verstärkte Gewährung von Zuweisungen und Zu- schüssen für Investitionen.

Die Einnahmen aus Steuern waren mit 1 358 Mill. DM um 4,6% höher als in der ersten Hälfte des Vorjahres. Auch bei den Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb war mit 641 Mill. DM (+ 8,9%) ein Anstieg zu verzeichnen. Die allgemeinen Finanzausgleichszuweisungen vom Land betrugen 552 Mill. DM (- 2,6%).

Das erste Halbjahr 1983 ließ gegenüber dem Vorjahreszeitraum eine verstärkte Bereitschaft zur Schuldentilgung erkennen. Die Tilgungen von Kreditmarktmitteln beliefen sich auf 410 Mill. DM (+ 15,2%), denen Schuldenaufnahmen in Höhe von 577 Mill. DM (+ 10,2%) gegenüberstanden. Am 30. Juni 1983 betrug der Schuldenstand der Gemeinden und Gemeinverbände 6 935 Mill. DM. pf

Statistiker helfen, Land und Leute in Rheinland-Pfalz kennenzulernen

„Rheinland-Pfalz heute – 1983“ erschienen

Hätten Sie gewußt, daß in Rheinland-Pfalz

- Wald und landwirtschaftliche Flächen 86,9% der gesamten Fläche ausmachen,
- jeder Einwohner (natürlich im statistischen Durchschnitt) 7 954 DM auf seinem Sparbuch hat,
- von 1 000 Einwohnern 412 ein Auto besitzen (Bundesdurchschnitt 390),
- ein Quadratmeter Bauland im Durchschnitt 49,78 DM kostet (im Bundesgebiet 72,66 DM),
- für 1 000 Kinder 748 Kindergartenplätze vorhanden sind (im Bundesdurchschnitt sind es 595),
- von den Studierenden an Fachhochschulen fast jede dritte eine Frau ist,
- auf 1 000 Einwohner im Jahr 6,3 Eheschließungen und 1,9 Ehescheidungen kommen?

Diese Informationen stammen aus der farbigen Broschüre „Rheinland-Pfalz heute – 1983“, die das Statistische Landesamt in Bad Ems herausgegeben hat und die dem Bürger sein Land Rheinland-Pfalz zahlenmäßig näherbringen soll. Das Heft zeigt auch, daß die fälschlicherweise oft als trocken bezeichnete statistische Materie durchaus voller Leben steckt. Auf einer Sonderseite enthält die Neuerscheinung Informationen zum Welt-Kommunikations-Jahr 1983.

Das Heft kann beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, Postfach, 5427 Bad Ems, bestellt werden (Stückpreis 60 Pfennig, bei Abnahme von 100 und mehr Exemplaren 40 Pfennig). ge

Weniger Kollegiaten

Die Zahl der Erwachsenen, die an den drei Kollegs des Landes Rheinland-Pfalz nachträglich die Hochschulreife erwerben wollen, ist zurückgegangen.

Im ersten Halbjahr des Schuljahres 1983/84 werden insgesamt 699 Kollegiaten unterrichtet (Vorjahr 811).

Außerdem besuchen an den Kollegs 26 Spätausiedler einen Sonderlehrgang.

Im vergangenen Schuljahr 1982/83 haben 219 Absolventen die drei Kollegs mit bestandener Reifeprüfung verlassen. mo

kurz + aktuell

Klassengrößen an Realschulen weiter gesunken

An den 106 Realschulen des Landes Rheinland-Pfalz werden im laufenden Schuljahr 62 215 Schüler unterrichtet. Das sind rund 3 500 weniger als vor einem Jahr. Die Zahl der Klassen reduzierte sich im Schuljahr 1983/84 gegenüber dem Vorjahr um 49 auf 2 098. Trotz der geringeren Klassenzahl ging die durchschnittliche Klassengröße an den Realschulen weiter zurück, und zwar von 30,6 im Vorjahr auf 29,7 Schüler je Klasse. ke

3 259 Schüler an Integrierten Gesamtschulen

In Rheinland-Pfalz bestehen zur Zeit drei Integrierte Gesamtschulen in Kastellaun, Ludwigshafen und Kaiserslautern. Diese sind als Schulversuch eingerichtet worden. Die Anzahl der Schüler an Integrierten Gesamtschulen ist im Schuljahr 1983/84 auf 3 259 angestiegen. Im Vorjahr waren es 3 137 gewesen. Die Zunahme der Schüler ist auf den Ausbau der Integrierten Gesamtschule Ludwigshafen zurückzuführen.

Im laufenden Schuljahr werden in Ludwigshafen in den Klassenstufen 5 bis 8 insgesamt 764 Schüler unterrichtet (Vorjahr: 576 Schüler in den Klassenstufen 5 bis 7). Bei den beiden anderen Integrierten Gesamtschulen des Landes sind die Schülerzahlen leicht rückläufig. In Kastellaun (Klassenstufen 5 bis 10) ist die Zahl von 1 031 auf 988 gesunken, in Kaiserslautern (Klassenstufen 5 bis 13) von 1 530 auf 1 507.

Insgesamt besuchten 2 936 Schüler die Sekundarstufe I der Integrierten Gesamtschulen. Für diese Schüler wurden 98 Klassen eingerichtet. Die durchschnittliche Klassengröße liegt in dieser Schulart 1983/84 bei 30 Schülern (Vorjahr 30,5). mo

Mehr als 74 000 Schüler und Studenten erhielten Bafög

In Rheinland-Pfalz wurden im Jahre 1982 über 199 Mill. DM auf Grund des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (Bafög) an Schüler und Studenten ausgezahlt. Davon entfielen rund 108 Mill. DM auf Schüler und 92 Mill. DM auf Studenten. 170 Mill. DM (85%) wurden als Zuschüsse und 29 Mill. DM (15%) als unverzinsliche Darlehen geleistet.

49 002 Geförderte (66%) wohnten während der Ausbildung bei den Eltern und 25 421 Personen (34%) außerhalb des Elternhauses.

Von den geförderten Personen waren 52% Frauen. 19% der Geförderten besuchten wissenschaftliche Hochschulen, 11% Fachhochschulen, 20% befanden sich an Gymnasien und 33% waren Schüler an Berufsfachschulen (einschließlich der Schüler im Berufsgrundschul- und Berufsvorbereitungsjahr an Berufsschulen). 26 717 Personen (36%) erhielten Vollförderung und 47 706 (64%) Teilförderung.

Der durchschnittliche Förderungsbetrag pro Kopf beläuft sich monatlich auf 363 DM. we

Relation Schüler je Klasse an Sonderschulen weiter verbessert

Die Zahl der Schüler an den 156 rheinland-pfälzischen Sonderschulen ging mit dem Schuljahr 1983/84 gegenüber dem Vorjahr um 6% zurück. An diesen Schulen sind derzeit 15 023 (Vorjahr 16 031) Schüler, für die 1 476 (1 498) Klassen eingerichtet wurden.

Der Rückgang der Schülerzahl ist an den 91 Schulen für Lernbehinderte am deutlichsten. 1983/84 werden dort 9 901 Schüler unterrichtet, im Vorjahr waren es noch 10 787. Durch die rückläufigen Schülerzahlen hat sich die Relation Schüler je Klasse an dieser Schulform weiter verbessert. Sie liegt nun bei 13,1 (Vorjahr 14).

Die 42 Schulen für Geistigbehinderte werden im laufenden Schuljahr von 2 730 Schülern besucht (Vorjahr 2 791), die durchschnittliche Klassengröße liegt hier bei 7,1. Auch an den drei Schulen für Gehörlose und Schwerhörige ging die Schülerzahl geringfügig zurück, und zwar von 567 Schülern im Vorjahr auf 561. Eine Abnahme der Schülerzahl verbuchen ebenso die acht Schulen für Körperbehinderte (1983/84: 1 000, 1982/83: 1 121) und die fünf Schulen für Verhaltensbehinderte (311 Schüler, Vorjahr 348). Die sechs Sprachbehindertenschulen hatten einen leichten Anstieg der Schülerzahl von 313 im Vorjahr auf jetzt 334 zu verzeichnen. An der Schule für Blinde und Sehbehinderte werden derzeit noch 186 Schüler (Vorjahr 204) unterrichtet. ke

An Gymnasien 116 000 Schüler

Die Zahl der Schüler an den 137 Gymnasien des Landes Rheinland-Pfalz reduzierte sich im Schuljahr 1983/84 gegenüber dem Vorjahr um rund 5 700 auf 116 000. Dabei ist der Rückgang in der Sekundarstufe I (Klassenstufen 5 bis 10) besonders gravierend. In dieser Stufe wurden im Vorjahr noch 83 862 Schüler unterrichtet, im laufenden Schuljahr sind es 78 718. Die Sekundarstufe II (Jahrgangsstufen 11 bis 13) wird zur Zeit von 37 246 Schülern (Vorjahr 37 829) besucht.

Die stark rückläufigen Schülerzahlen im Sekundarbereich I führen hier zu einer erheblichen Verbesserung der Relation Schüler je Klasse. Sie liegt 1983/84 bei 29,6 (Vorjahr 30,6). ke

Rund 2 900 Gebäude wurden abgerissen

Von 1979 bis 1982 wurden in Rheinland-Pfalz 3 834 Gebäudeabgänge gezählt. In 2 892 Fällen wurden die Gebäude abgerissen, in 942 Fällen sollten sie nicht mehr zum wohnen genutzt werden. Jedes zweite nicht mehr genutzte Gebäude wurde beseitigt, um für einen Neubau Platz zu schaffen. In knapp 20% der Fälle sollten öffentliche Verkehrs- und Freiflächen geschaffen werden. Sechs von zehn dieser nicht mehr genutzten Wohngebäude stammten noch aus dem letzten Jahrhundert und jedes fünfte Haus war zwischen 1901 und 1918 errichtet worden. hw

Mehr über dieses Thema auf Seite 223

Preisindizes für die Lebenshaltung – eine viel gefragte statistische Information

Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet hat in den letzten Jahren zunehmendes Gewicht bei Tarifverhandlungen erhalten. Er dient als wichtige Entscheidungshilfe für wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen und gewinnt wachsende Bedeutung bei privaten Verträgen über Unterhaltszahlungen, Leibrenten und bei langfristigen Miet- und Pachtverträgen als Wertmesser für Wertsicherungsklauseln zur Anpassung laufender Verpflichtungen an Veränderungen des Geldwertes. Derzeit werden monatlich fünf verschiedene Preisindizes für die Lebenshaltung errechnet und veröffentlicht.

In Rheinland-Pfalz werden monatlich in elf Berichtsgemeinden von 17 Preisermittlern über 20 000 Einzelpreise für rund 780 Waren und Dienstleistungen festgestellt und anteilig im Bundesindex berücksichtigt. Ein Landesindex wird nicht berechnet, da die Entwicklung auf Landes- und Bundesebene weitgehend parallel verläuft. Der wichtigste Index, der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte (Basis 1976 = 100), erhöhte sich 1982 um 5,3% und im Monatsdurchschnitt Januar bis August 1983 um 3,2% gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum. Für diesen Preisindex errechnet sich von Januar 1976 bis August 1983 ein Kaufkraftverlust von 27,2%.

Der über eine Sonderrechnung aus dem Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte ermittelte Index für die Kraftfahrzeuganschaffung und -unterhaltung, auch Kraftfahrer-Preisindex genannt, stieg 1982 um 3,7% und im Monatsdurchschnitt Januar bis August 1983 um 2,5% gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum.

Die im Preisindex für die Lebenshaltung enthaltene und zunehmend beachtete Hauptgruppe Wohnungs mieten gibt die Mietpreisveränderungen für je zwei Typen von Alt- und Neubauwohnungen an. Dieser Index stieg 1982 um 5% und im Monatsdurchschnitt Januar bis August 1983 um 5,6% gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum. Zu dieser Entwicklung trug vorwiegend die stärkere Verteuerung der Altbauwohnungen bei. wr

Mehr über dieses Thema auf Seite 216

Jeder vierte Haushalt ist ein Einpersonenhaushalt

In Rheinland-Pfalz gab es im April 1982 insgesamt 1 405 000 Privathaushalte mit 3 639 000 Haushaltsgliedern. Trotz eines Rückgangs der Bevölkerungszahl um 3 000 hat sich die Zahl der Haushalte gegenüber Mai 1981 um mehr als 20 000 erhöht. Diese Zunahme ist fast ausschließlich auf die wachsende Zahl der Einpersonenhaushalte zurückzuführen, die mit 357 300 jetzt mehr als 25% aller Haushalte ausmachen.

kurz + aktuell

Bei mehr als der Hälfte (186 900) dieser Einpersonenhaushalte handelt es sich um alleinstehende Frauen, die älter als 60 Jahre sind. In den letzten Jahren ist bei den jüngeren alleinstehenden Personen (bis 30 Jahre) eine verstärkte Neigung zur Gründung eines eigenen Haushaltes festzustellen. Innerhalb eines knappen Jahres stieg ihre Zahl um fast 12 000 auf 55 000. hs

Mehr über dieses Thema auf Seite 220

Einzelhandelsumsatz in den ersten sieben Monaten 1983 um 2% gestiegen

Im Juli 1983 ging in Rheinland-Pfalz der Umsatz der Einzelhandelsgeschäfte gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat um 5,3% zurück. Dieser Rückgang ist darauf zurückzuführen, daß wegen der Erhöhung der Mehrwertsteuer zum 1. Juli 1983 insbesondere Käufe längerlebiger Wirtschaftsgüter vielfach vorgezogen worden waren.

Im Juni 1983 hatten sich die Erlöse des Einzelhandels um 8,4% erhöht. Dabei war der Umsatz von Fahrzeugen und Fahrzeugteilen mit + 26% am stärksten gestiegen (Juli 1983: - 23%).

Von Januar bis Juli 1983 nahmen im Vergleich zu den ersten sieben Monaten 1982 die Erlöse des rheinland-pfälzischen Einzelhandels um 1,9% zu. Überdurchschnittliche Zunahmen ergaben sich beim Verkauf von Fahrzeugen und Fahrzeugteilen (+ 7,2%) sowie von pharmazeutischen und kosmetischen Erzeugnissen (+ 6%). Auch der Einzelhandel mit elektrotechnischen Erzeugnissen (+ 3,3%) sowie Textilien, Bekleidung und Schuhen (+ 3,1%) lag über dem Durchschnitt. pe

Inlandsbestellungen höher, Auslandsnachfrage niedriger

Im August 1983 waren die Neuaufträge im verarbeitenden Gewerbe von Rheinland-Pfalz um 1,6% niedriger als im gleichen Vorjahresmonat. Während sich die Inlandsbestellungen um 4,5% erhöhten, nahm die Auslandsnachfrage um 10,8% ab.

Von Januar bis August 1983 lagen die Auftrags eingänge um 1,9% unter dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraumes. Bei gestiegener Inlandsnachfrage (+ 4%) gingen die Auslandsgeschäfte um 10% zurück. Der Investitionsgüterbereich (- 25%) mit Fahrzeug- (- 29%) und Maschinenbau (- 19%) mußte erhebliche Einbußen hinnehmen. Dagegen konnten sich ebenso wie die chemische Industrie (+ 6,4%) das Grundstoff- und Produktionsgüter gewerbe (+ 5,6%) sowie der Verbrauchsgütersektor (+ 5,1%) auch auf den Auslandsmärkten gut behaupten. fn

Finanzen von Land und Gemeinden (Gv.) 1970 bis 1981

Die bereinigten Gesamtausgaben von Land und Gemeinden (Gv.) einschließlich besonderer Finanzierungsvorgänge beliefen sich in Rheinland-Pfalz im Jahre 1981 auf 18,6 Mrd. DM. Das entspricht einem Anteil am Bruttoinlandsprodukt des Landes von annähernd 22%. Im Jahre 1970 hatte diese Quote 20,6% betragen. Die Finanzlage der Gebietskörperschaften hat sich beträchtlich verändert, wobei die Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen bei Land und Gemeinden recht unterschiedlich verlief.

Im vorliegenden Beitrag wird die Haushaltsentwicklung seit 1970 anhand ausgewählter finanzstatistischer Daten aufgezeigt, die der Haushaltsrechnungsstatistik entnommen sind.

Höhere Ausgabensteigerung beim Land

Die Gesamtausgaben des Landes (einschließlich besonderer Finanzierungsvorgänge) betrugen 1970 knapp 4,6 Mrd. DM. Sie erhöhten sich in allen folgenden Haushaltsjahren und erreichten 1981 ein Volumen von 12,6 Mrd. DM. Das sind 175% mehr als 1970.

Allerdings differierten die Zuwachsraten in den einzelnen Jahren zum Teil beträchtlich. Von 1970 bis 1973 waren sie jeweils zweistellig und erreichten 1971 sowie 1972 mit + 17,7 bzw. + 18,3% ihre höchsten Werte. In den Folgejahren bis 1978 ergab sich ein ständig rückläufiger Ausgabenanstieg, der 1978 noch 4,6% betrug. Nachdem das Land 1979 und 1980 seine Ausgaben mit + 6,6 bzw. + 9,2% wieder etwas stärker ausgeweitet hatte, ging die Wachstumsrate 1981 wieder auf + 4,7% zurück.

Die rheinland-pfälzischen Gemeinden und Gemeindeverbände erhöhten ihre Gesamtausgaben von gut 3,7 Mrd. DM im Jahre 1970 in den darauffolgenden Jahren bis auf über 9,3 Mrd. DM im Jahre 1981. Für den elfjährigen Betrachtungszeitraum ergibt sich eine Steigerungsrate von 150%, das sind 25 Prozentpunkte weniger als beim Land. Die Ausgabenzuwächse der Kommunen lagen in den Jahren 1970 bis 1974 zum Teil deutlich über 10% und erreichten 1971 mit + 18,4% einen Höhepunkt. Das Rezessionsjahr 1975 brachte eine Abschwächung der Zuwachsrate von

Personal des Landes und der Gemeinden (Gv.) nach ausgewählten Aufgabengebieten 1970 - 1982

	1970	1971	1973	1975	1976	1978	1979	1980	1981	1982	Veränderung 1982 zu 1970
	Anzahl										
Personal des Landes											
Vollbeschäftigte insgesamt	72 124	75 181	80 787	83 014	83 503	83 522	85 058	85 803	86 538	86 563	20,0
Beschäftigt bei:											
Verwaltung	68 475	71 494	77 360	79 594	80 055	80 070	81 609	82 342	83 077	83 090	21,3
Politische Führung und zentrale Verwaltung	11 518	11 693	12 615	13 147	13 147	12 994	13 170	13 225	13 234	13 305	15,5
Öffentliche Sicherheit und Rechtsschutz	13 594	14 047	14 924	15 131	15 244	15 391	15 902	16 274	16 774	17 232	26,8
Polizei	7 700	8 055	8 733	8 765	8 859	9 115	9 446	9 555	9 830	10 109	31,3
Schulen und vor-schulische Bildung	23 922	25 839	27 651	28 968	29 472	29 449	29 666	29 709	29 532	29 019	21,3
Hochschulen	6 106	6 411	8 008	8 044	7 974	8 058	8 375	8 545	8 868	8 936	46,3
Wirtschaftsunternehmen	3 649	3 687	3 427	3 420	3 448	3 452	3 449	3 461	3 461	3 473	- 4,8
Teilzeitbeschäftigte ¹⁾	3 706	4 417	5 430	5 617	5 902	7 297	8 300	9 163	9 908	10 564	185,1
Personal der Gemeinden											
Vollbeschäftigte insgesamt	41 371	41 549	44 233	47 160	47 862	47 795	48 370	49 523	50 681	50 539	22,2
Beschäftigt bei:											
Verwaltung	34 288	35 947	39 712	42 555	42 956	43 035	43 599	44 573	45 726	45 751	33,4
Krankenanstalten	9 901	10 295	10 388	10 338	.
Wirtschaftsunternehmen	7 083	5 602	4 521	4 605	4 906	4 760	4 771	4 950	4 955	4 788	- 32,4
Teilzeitbeschäftigte ¹⁾	6 119	6 525	7 321	7 746	7 677	6 892	7 228	7 437	7 989	8 437	37,9

1) Teilzeitbeschäftigte mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen Wochenarbeitszeit.

Jahr	Gesamtausgaben ¹⁾			Personalausgaben		
	Mill. DM	Veränderung zum Vorjahr in %	1970 = 100	Mill. DM	Veränderung zum Vorjahr in %	1970 = 100
Land						
1970	4 589	16,4	100,0	1 803	24,7	100,0
1971	5 401	17,7	117,7	2 193	21,6	121,6
1972	6 390	18,3	139,2	2 424	10,5	134,4
1973	7 193	12,6	156,7	2 802	15,6	155,4
1974	7 903	9,9	172,2	3 220	14,9	178,5
1975	8 649	9,4	188,5	3 459	7,4	191,8
1976	9 317	7,7	203,0	3 643	5,3	202,0
1977	9 875	6,0	215,2	3 881	6,5	215,2
1978	10 327	4,6	225,0	4 122	6,2	228,6
1979	11 011	6,6	239,9	4 396	6,6	243,8
1980	12 028	9,2	262,1	4 749	8,0	263,4
1981	12 596	4,7	274,5	5 034	6,0	279,2
Gemeinden						
1970	3 739	15,9	100,0	788 ²⁾	15,6	100,0
1971	4 428	18,4	118,4	955 ²⁾	21,2	121,2
1972	4 923	11,2	131,6	1 078 ²⁾	12,9	136,8
1973	5 515	12,0	147,5	1 274 ²⁾	18,2	161,6
1974	6 314	14,5	168,9	1 468 ²⁾	15,2	186,2
1975	6 578	4,2	175,9	1 658	13,0	210,3
1976	6 686	1,6	178,8	1 731	4,4	219,6
1977	7 133	6,7	190,7	1 887	9,0	239,4
1978	7 514	5,3	200,9	1 981	5,0	251,3
1979	8 019	6,7	214,4	2 093	5,7	265,5
1980	8 691	8,4	232,4	2 269	8,4	287,8
1981	9 332	7,4	249,6	2 399	5,7	304,3

1) Einschließlich besondere Finanzierungsvorgänge; ohne haushaltstechnische Verrechnungen. - 2) Einschließlich

14,5% im Vorjahr auf 4,2%. 1976 ergab sich ein Ausgabenzuwachs von + 1,6%. Danach lagen die Veränderungsraten zwischen + 5,3% und + 8,4%.

Hohe Personalausgaben-Zuwächse in der ersten Hälfte der 70er Jahre

Während sich die Personalausgaben zwischen 1970 und 1981 beim Land ungefähr im selben Ausmaß wie die Gesamtausgaben erhöhten, stiegen sie bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden, gemessen an deren Gesamtausgaben, überproportional an. Das Land wendete 1981 etwas über 5 Mrd. DM für sein Personal auf, das sind 179% mehr als 1970. Bei den Kommunen nahmen die entsprechenden Ausgaben von 788 Mill. DM auf 2,4 Mrd. DM und damit auf mehr als das Dreifache zu. Der gemeindliche Personalausgabenzuwachs lag um rund 25 Prozentpunkte über dem Landes.

Für beide Gebietskörperschaftsebenen gilt, daß die erste Hälfte der 70er Jahre durch hohe Steigerungsraten bei den Personalausgaben gekennzeichnet war. Sie betrugen 1970 und 1971 beim Land + 24,7 und + 21,6% und lagen bis einschließlich 1974 jeweils über + 10%. Der kommunale Bereich verzeichnete bis 1975 Zuwächse in zweistelliger Höhe, wobei die Jahre 1971 mit + 21,2% und 1973 mit + 18,2% herausragten. In den Folgejahren blieben die Personalausgabensteigerungen sowohl beim Land als auch bei den Gemeinden (Gv.) zum Teil deutlich unter 10%.

Ein Fünftel mehr Vollbeschäftigte seit 1970

Die Ausweitung der Personalausgaben der Gebietskörperschaften hat mehrere Ursachen. Zu nennen sind vor allem die jährlichen Tariferhöhungen für die Angestellten und Arbeiter sowie die Anhebungen der Beamtenbesoldung; eine geringere Rolle spielen die strukturellen Verbesserungen. Darüber hinaus ist von Bedeutung, ob bzw. in welchem Umfang zusätzliche Arbeitskräfte eingestellt wurden. Nach der Personalstandsstatistik des öffentlichen Dienstes gab es 1970 72 124 Vollbeschäftigte beim Land. Deren Zahl stieg bis 1982 auf 86 563 an, das ist ein Fünftel mehr als zwölf Jahre zuvor. Die höchsten Zuwachsraten ergaben sich 1971 (+ 4,2%) und 1972 (+ 5,2%). Dagegen wurde der Personalstand 1980 und 1981 nur noch geringfügig um je 0,9% ausgeweitet, während die Zahl im Jahre 1982 gegenüber dem Vorjahr stagnierte.

In den einzelnen staatlichen Aufgabenbereichen verlief die Entwicklung des Personalbestands unterschiedlich. So nahm die Zahl der Vollbeschäftigen im Bereich Politische Führung und zentrale Verwaltung von 1970 bis 1982 mit einer Zuwachsrate von 15,5% unterdurchschnittlich zu. Hier waren 1982 insgesamt 13 305 Bedienstete, also etwas mehr als jeder siebte Vollzeitbeschäftigte, tätig. Im Aufgabenbereich Öffentliche Sicherheit und Rechtsschutz erhöhte sich die Zahl der Bediensteten im gleichen Zeitraum um fast 27% auf 17 232, also deutlich stärker, darunter die der Polizei um gut 31% auf 10 109 Personen.

Zinsausgaben			Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen insgesamt			darunter für Sachinvestitionen			Jahr
Mill. DM	Veränderung zum Vorjahr in %	1970 = 100	Mill. DM	Veränderung zum Vorjahr in %	1970 = 100	Mill. DM	Veränderung zum Vorjahr in %	1970 = 100	
Land									
118	5,3	100,0	1 040	.	100,0	312	50,6	100,0	1970
145	22,7	122,7	1 325	27,5	127,5	414	32,7	132,7	1971
180	23,9	152,0	1 456	9,9	140,1	394	- 4,9	126,1	1972
211	16,9	177,8	1 582	8,7	152,2	415	5,5	133,1	1973
255	21,3	215,6	1 727	9,1	166,1	486	17,0	155,6	1974
312	22,1	263,2	1 768	2,4	170,0	497	2,4	159,3	1975
366	17,5	309,4	1 837	3,9	176,7	473	- 4,9	151,5	1976
456	24,5	385,3	1 739	- 5,3	167,2	475	0,6	152,3	1977
493	7,9	415,9	1 824	4,9	175,5	494	3,9	158,2	1978
534	8,4	450,6	1 991	9,1	191,5	539	9,2	172,8	1979
595	11,5	502,2	2 130	7,0	204,9	581	7,8	186,2	1980
707	18,8	596,8	2 094	- 1,7	201,4	538	- 7,5	172,3	1981
(Gv.)									
203	22,7	100,0	.	.	.	1 347	18,4	100,0	1970
246	21,1	121,1	.	.	.	1 633	21,3	121,3	1971
298	20,9	146,4	.	.	.	1 711	4,7	127,0	1972
372	24,8	182,7	.	.	.	1 786	4,4	132,6	1973
439	18,2	215,9	.	.	.	1 878	5,1	139,4	1974
437	- 0,5	214,7	1 760	.	100,0 ³⁾	1 588	- 15,5	117,9	1975
427	- 2,2	210,0	1 762	0,1	100,1	1 546	- 2,6	114,8	1976
430	0,7	211,5	1 743	- 1,1	99,0	1 560	0,9	115,8	1977
394	- 8,5	193,7	1 959	12,4	111,3	1 767	13,3	131,1	1978
400	1,4	196,4	2 247	14,7	127,7	2 113	19,6	156,8	1979
449	12,3	220,6	2 480	10,4	140,9	2 344	11,0	174,0	1980
537	19,6	263,9	2 518	1,5	143,0	2 358	0,6	175,1	1981

Kindergeld. - 3) 1975 = 100.

Im Bereich Schulen (einschließlich vorschulischer Bildung) waren 1982 rund 29 000 Vollbeschäftigte tätig (+ 21,3%). Die stärkste Personalausweitung verzeichnete der Hochschulbereich, in dem im Jahre 1982 mit 8 936 Beschäftigten 46% mehr gezählt wurden als zwölf Jahre zuvor. Bei den Wirtschaftsunternehmen ist zwischen 1970 und 1982 ein Personalrückgang um 4,8% auf 3 473 zu verzeichnen.

In den Gemeinden und Gemeindeverbänden belief sich die Zahl der Vollbeschäftigte 1982 auf 50 539. Das bedeutet gegenüber 1970, als 41 371 Vollzeitkräfte gezählt wurden, einen Anstieg um 22,2%. Damit war der Personalaufwuchs im gemeindlichen Bereich im vergleichbaren Zeitraum etwas größer als beim Land. Ähnlich wie beim Land wurde auch die Zahl der vollbeschäftigte kommunale Bediensteten zwischen 1970 und 1981 in jedem Jahr ausgeweitet, wenn auch mit unterschiedlichen Steigerungsraten. Die höchsten Zuwachsraten errechnen sich für die Jahre 1972 (+ 4,7%) und 1975 (+ 4,8%). 1982 wurde ein geringfügiger Personalabbau um 0,3% vorgenommen, nachdem die Personalbestände in den beiden vorangegangenen Jahren noch um 2,4 bzw. 2,3% ausgeweitet worden waren.

Starke Zunahme der Teilzeitbeschäftigung

Unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten ist hervorzuheben, daß die Zahl der Teilzeitbeschäftigen mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit beim Land weitaus stärker

gestiegen ist als die Anzahl der Vollbeschäftigen. Waren 1970 erst 3 706 Teilzeitkräfte beschäftigt, so waren es zwölf Jahre später 10 564 (+ 185%). Die Ausweitung des Teilzeitpersonals vollzog sich mit unterschiedlichen jährlichen Zuwachsraten, die 1971, 1972, 1974 sowie in den Jahren 1978 bis 1980 zweistellige Werte erreichten. Lediglich 1975 wurde ein Rückgang um 7,7% registriert.

Im kommunalen Bereich wurden 1982 insgesamt 8 437 Beschäftigte mit Teilzeitarbeit gezählt gegenüber 6 119 im Jahre 1970. Mit + 38% lag die Wachstumsrate damit zwar deutlich über derjenigen der Vollbeschäftigen (+ 22,2%), aber weit niedriger als beim teilzeitbeschäftigen Landespersonal. Rückläufig war die Zahl der gemeindlichen Teilzeitkräfte in den Jahren 1974 und 1976 bis 1978.

Zinsausgaben des Landes seit 1970 versechsfacht

Die in den letzten Jahren ständig angewachsene Verschuldung der Gebietskörperschaften blieb, abgesehen von der Entwicklung der Kapitalmarktzinsen, naturgemäß nicht ohne Auswirkungen auf die Entwicklung der Höhe der Zinsausgaben. Die im Vergleich zu den Kommunen weitaus stärkere Zunahme der Schulden des Landes spiegelt sich in einer entsprechend höheren Zuwachsrate bei den aufzubringenden Zinsen wider. So hatte das Land 1981 rund 707 Mill. DM an Zinsen zu zahlen, das ist das Sechsfache von 1970, als dieser Betrag 118 Mill. DM ausmachte. Demgegenüber stiegen die gemeindlichen

	Ins-gesamt	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981
		Mill. DM											
<u>Laufende Zuweisungen und Zuschüsse</u>	22 926	946	1 065	1 256	1 468	1 511	1 789	1 896	2 109	2 383	2 575	2 869	3 059
an öffentlichen Bereich	10 724	423	490	560	676	767	848	865	1 039	1 109	1 146	1 359	1 442
an Gemeinden (Gv.)	9 822	368	431	496	599	696	773	783	932	1 012	1 047	1 301	1 384
an Zweckverbände	10	-	-	-	1	1	1	1	1	1	1	3	0
an andere Bereiche	12 201	523	575	697	792	744	941	1 031	1 070	1 273	1 428	1 511	1 617
<u>Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen</u>	12 464	614	767	861	1 003	1 047	1 039	1 119	1 023	1 101	1 232	1 335	1 323
an öffentlichen Bereich	8 129	329	464	530	662	671	633	780	707	739	831	903	879
an Gemeinden (Gv.)	7 898	309	433	496	639	659	622	764	690	726	816	883	860
an Zweckverbände	194	18	31	33	23	11	10	15	12	8	10	14	9
an andere Bereiche	4 335	284	304	331	342	376	406	338	316	362	402	432	443
I n s g e s a m t	35 389	1 560	1 832	2 117	2 471	2 558	2 828	3 015	3 132	3 483	3 807	4 204	4 382

Zinsausgaben im gleichen Zeitraum um 165%, nämlich von 203 Mill. DM auf 537 Mill. DM. Während die Zinsaufwendungen des Landes in jedem Jahr stiegen, waren sie bei den Kommunen in den Jahren 1975 (- 0,5%), 1976 (- 2,2%) und 1978 (- 8,5%) rückläufig und verzeichneten 1977 sowie 1979 mit 0,7 bzw. 1,4% vergleichsweise niedrige Steigerungsraten. Allerdings ergaben sich, nicht zuletzt wegen des hohen Zinsniveaus, 1980 und vor allem 1981 mit + 12,3 und + 19,6% wieder stark gestiegene Zinsbelastungen für die Kommunen.

Die stärkste Expansion der Zinsausgaben verzeichnete das Land 1977, als der aufzubringende Betrag 456 Mill. DM betrug und damit um nahezu ein Viertel über demjenigen des Vorjahrs lag. Für 1981 errechnet sich, ähnlich wie im kommunalen Bereich, eine Steigerung knapp unter 20%.

Kräftig gestiegene Investitionsausgaben

Die investiven Ausgaben des Landes betrugen 1981 knapp 2,1 Mrd. DM. Das entspricht einer Verdoppelung des entsprechenden Betrages von 1970. Diese Ausgaben umfassen neben den Baumaßnahmen und dem Erwerb von beweglichen und unbeweglichen Sachen des Anlagevermögens, also den Sachinvestitionen, den Erwerb von Beteiligungen, die Gewährung von Darlehen sowie die Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen. Die Investitionsausgaben wurden vom Land im Betrachtungszeitraum mit Ausnahme der Jahre 1977 (- 5,3%) und 1981 (- 1,7%) jährlich gesteigert, wobei die Zuwachsraten in den Jahren 1971, 1972, 1974 und 1979 über 9% lagen.

Eine Darstellung der bereinigten Investitionsausgaben (einschließlich Investitionsförderungsmaßnahmen) ist für die Kommunen erst mit Einführung des neuen Haushaltsgesetzes ab 1975 möglich. In diesem Jahr beliefen sich die gesamten investiven Ausgaben auf 1,8 Mrd. DM. Sie gingen 1977 leicht auf 1,7 Mrd. DM zurück, erhöhten sich aber in den Folgejahren zum Teil kräftig. Im Jahre 1981 lagen sie mit 2,5 Mrd. DM um 43% über dem Wert von 1975.

Im gemeindlichen Bereich spielen anders als beim Land die Investitionsförderungsmaßnahmen nur eine geringe Rolle. Das Schwerpunkt der investiven Ausgaben der Gemeinden (Gv.) liegt auf den Sachinvestitionen. Sie machten im Schnitt der Jahre 1975 bis 1981 über neun Zehntel der gesamten Investitionsausgaben aus. Die kommunalen Sachinvestitionen, die 1970 insgesamt 1,3 Mrd. DM betragen hatten, wurden in den Folgejahren lediglich 1975 (- 15,5%) und 1976 (- 2,6%) zurückgenommen. In allen übrigen Jahren erfolgte eine Ausweitung dieser Ausgaben, in den Jahren 1970, 1971 und 1979 sogar um jeweils rund ein Fünftel. 1981 brachte nur eine geringfügige Steigerung um 0,6% auf insgesamt 2,4 Mrd. DM, was im Vergleich zu 1970 ein Plus um 75% bedeutet. Nahezu die gleiche Steigerungsrate (+ 72%) errechnet sich im gleichen Zeitraum für die Sachinvestitionen des Landes. Zweistellige Zuwächse ergaben sich hier in den Jahren 1970 (+ 50%), 1971 (+ 32%) und 1974 (+ 17%), rückläufige Ausgaben 1972 und 1976 (jeweils - 4,9%) sowie 1981, als die Sachinvestitionsausgaben um 7,5% auf 538 Mill. DM reduziert wurden.

Beträchtliche Zuweisungen und Zuschüsse des Landes

Die Zuweisungen und Zuschüsse sind von besonderem Gewicht unter den Ausgaben des Landeshaushalts. Im Durchschnitt der Jahre 1975 bis 1981 machten sie rund ein Drittel der Bruttoausgaben aus. Von 1970 bis 1981 leistete das Land Zuweisungen und Zuschüsse von zusammen 35,4 Mrd. DM, davon 22,9 Mrd. DM oder annähernd 65% für laufende Zwecke und 12,5 Mrd. DM (35,2%) für Investitionen.

Die laufenden Zuweisungen und Zuschüsse, die 1970 insgesamt 946 Mill. DM betragen hatten, verzeichneten einen ständigen Anstieg und erreichten 1981 einen Betrag von 3,1 Mrd. DM, das sind 223% mehr als elf Jahre zuvor. Die rund 23 Mrd. DM, die von 1970 bis 1981 für laufende Zwecke zur Verfügung gestellt wurden, teilen sich auf in 10,7 Mrd. DM Zuweisungen an den öffentlichen Bereich sowie 12,2 Mrd. DM Zuschüsse an andere Bereiche. Von der

Jahr	Land						Gemeinden (Gv.)					
	insgesamt		Steuer-einnahmen 1)		Einnahmen aus dem Länder-finanzausgleich 2)		insgesamt		Steuer-einnahmen 1)		Einnahmen aus dem kommunalen Finanzausgleich	
	Mill. DM	1970 = 100	Mill. DM	1970 = 100	Mill. DM	1970 = 100	Mill. DM	1970 = 100	Mill. DM	1970 = 100	Mill. DM	1970 = 100
1970	2 935	100,0	2 681	100,0	255	100,0	1 491	100,0	953	100,0	538	100,0
1971	3 283	111,8	3 003	112,0	280	109,9	1 720	115,4	1 110	116,5	610	113,5
1972	3 881	132,2	3 483	129,9	398	156,4	1 994	133,8	1 316	138,0	679	126,2
1973	4 546	154,9	4 145	154,6	401	157,4	2 346	157,4	1 562	163,9	784	145,8
1974	4 877	166,1	4 438	165,6	439	172,2	2 728	183,0	1 734	181,9	994	184,8
1975	4 861	165,6	4 414	164,7	447	175,6	2 750	184,4	1 731	181,6	1 019	189,5
1976	5 224	178,0	4 783	178,4	441	173,0	2 892	194,0	1 964	206,0	929	172,6
1977	6 087	207,4	5 540	206,7	547	214,8	3 356	225,0	2 223	233,2	1 133	210,7
1978	6 522	222,2	5 917	220,7	605	237,6	3 506	235,1	2 286	239,8	1 220	226,9
1979	7 026	239,4	6 470	241,4	555	218,1	3 708	248,7	2 376	249,2	1 333	247,8
1980	7 367	251,0	6 835	255,0	532	209,1	4 448	298,3	2 822	296,0	1 626	302,3
1981	7 388	251,7	6 777	252,8	611	239,8	4 380	293,8	2 698	283,1	1 682	312,7
1970 - 1981	63 997	.	58 486	.	5 511	.	35 320	.	22 773	.	12 547	.

1) Einschließlich steuerähnliche Einnahmen. - 2) Einschließlich Ergänzungszuweisungen des Bundes.

vorgenannten Summe, die dem öffentlichen Bereich zufloß, erhielten die Gemeinden (Gv.) 9,8 Mrd. DM, das sind mehr als zwei Fünftel aller laufenden Zuweisungen und Zuschüsse. Im Jahre 1970 beliefen sich die laufenden Zuweisungen des Landes an die Kommunen auf 368 Mill. DM. Sie erhöhten sich in allen Jahren und überschritten 1978 erstmals die Milliardengrenze. Hohe Zuwächse errechnen sich vor allem für die Jahre 1973 (+ 20,8%), 1974 (+ 16,2%), 1977 (+ 19%) und 1980 (+ 24,3%). Niedrigere Zuwachsraten gab es in den Jahren 1976 (+ 1,3%), 1979 (+ 3,4%) und 1981 (+ 6,3%). Der Betrag des Jahres 1981 von 1,4 Mrd. DM lag um 276% höher als 1970.

Die vom Land an andere Bereiche, das heißt an Unternehmen und Private, gezahlten Zuschüsse für laufende Zwecke waren 1981 mit 1,6 Mrd. DM etwa dreimal so hoch wie 1970. Lediglich 1974 wurden die Zahlungen gegenüber dem Vorjahr reduziert, und zwar um 6,1% auf 744 Mill. DM. Alle übrigen Jahre des Betrachtungszeitraums brachten Anhebungen der Zuschüsse im Vergleich zum vorangegangenen Jahr.

12,5 Mrd. DM Investitionszuweisungen und -zuschüsse

Die Zuweisungen und Zuschüsse des Landes für Investitionen betrugen 1981 über 1,3 Mrd. DM. Das sind 116% mehr als 1970, als sich der entsprechende Betrag auf 614 Mill. DM belaufen hatte.

Von der Gesamtsumme der Zuweisungen und Zuschüsse, die das Land von 1970 bis 1981 für investive Zwecke gewährte, flossen 8,1 Mrd. DM an öffentliche Haushalte und 4,3 Mrd. DM an andere Bereiche. Innerhalb des öffentlichen Sektors partizipierten die Gemeinden (Gv.) mit 7,9 Mrd. DM an den Zuweisungen, was einem Anteil von rund 63% der gesamten Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen entspricht.

Die den Kommunen zufließenden Investitionszuweisungen des Landes erreichten 1981 einen Betrag von 860 Mill. DM, was gegenüber 1970 eine Steigerung um 178% bedeutet. In den Jahren 1975 (- 5,6%), 1977 (- 9,6%) und 1981 (- 2,6%) waren die Zahlungen jeweils im Vergleich zum Vorjahr rückläufig. Relativ hohe Zuwachsraten errechnen sich dagegen für die Jahre 1971 (+ 40%), 1972 (+ 14,7%), 1973 (+ 28,6%), 1976 (+ 22,7%) und 1979 (+ 12,4%).

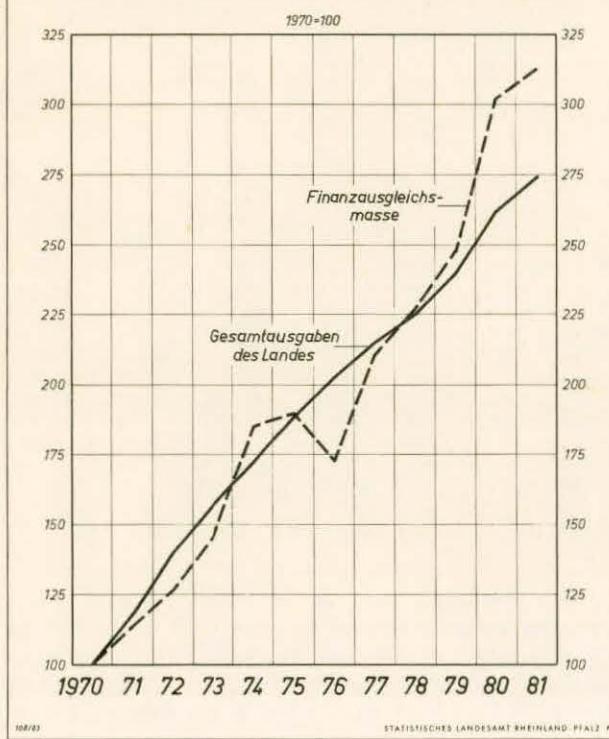
Die Investitionszuschüsse des Landes an andere Bereiche erhöhten sich von 284 Mill. DM im Jahre 1970 auf 443 Mill. DM im Jahre 1981 (+ 56%).

Steuereinnahmen der Kommunen stärker gestiegen als beim Land

Wesentliche Einnahmequelle für Land und Gemeinden (Gv.) sind die Steuereinnahmen und – im kommunalen Bereich – die Einnahmen aus dem Finanzausgleich. Die Steuereinnahmen des Landes lagen 1970 bei 2,7 Mrd. DM und stiegen in den folgenden Jahren, mit Ausnahme der Rezessionsjahre 1975 (- 0,5%) und 1981 (- 0,8%), jeweils an. Im Jahre 1981 konnte das Land 6,8 Mrd. DM an Steuern vereinnahmen, das sind 153% mehr als 1970. Vergleichsweise kräftige Zuwächse brachten die Jahre 1972 (+ 16%), 1973 (+ 19%) und 1977 (+ 15,8%). Die Einnahmen des Landes aus dem Länderfinanzausgleich einschließlich der Ergänzungszuweisungen des Bundes spielen, gemessen an der Höhe des Steueraufkommens, eine weniger bedeutende Rolle. Sie machten zwischen 1970 und 1981 nur knapp ein Zehntel der Steuereinnahmen aus und betrugen 1981 insgesamt 611 Mill. DM, was gegenüber dem Basisjahr 1970 (255 Mill. DM) einem Anstieg um 140% entspricht.

Die kommunalen Steuereinnahmen des Jahres 1981 betrugen 2,7 Mrd. DM, nachdem sie ein Jahr zuvor mit über 2,8 Mrd. DM ihren bisher höchsten

Entwicklung der Gesamtausgaben des Landes und des kommunalen Finanzausgleichs 1970-1981



Stand erreicht hatten. 1980 waren die Auswirkungen des Steueränderungsgesetzes 1979 erstmals zum Tragen gekommen, durch welches zum Ausgleich des Wegfalls der Lohnsummensteuer die von den Gemeinden abzuführende Gewerbesteuer-Umlage gesenkt und andererseits der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer von 14 auf 15% erhöht worden war. Die Steuereinnahmen der Gemeinden (Gv.) lagen im Jahre 1981 um 183% über denen von 1970. Der Anstieg war im Vergleich zum Land um 30 Pro-

zentpunkte höher. Ihre Entwicklung seit 1970 ist durch überwiegend zweistellige Zuwachsraten gekennzeichnet. Dies gilt für die Jahre 1971 bis 1974, 1976 bis 1977 und 1980, wobei die Zuwächse 1972, 1973 und 1980 jeweils über + 18% lagen. Weniger stark stiegen die Einnahmen aus dem Steueraufkommen in den Jahren 1978 und 1979 (+ 2,8 bzw. + 3,9%), während sich für 1975 (- 0,2%) und 1981 (- 4,4%) negative Veränderungsraten errechnen.

Überdurchschnittliche Zunahme des kommunalen Finanzausgleichs

Die Einnahmen der Gemeinden (Gv.) aus dem kommunalen Finanzausgleich betrugen von 1970 bis 1981 insgesamt 12,5 Mrd. DM. Das entspricht 55% der Einnahmen, die den Kommunen im gleichen Zeitraum aus Steuern zuflossen. Von 538 Mill. DM im Jahre 1970 nahmen die Leistungen des Landes im Rahmen des Finanzausgleichs – mit Ausnahme des Jahres 1976 – ständig zu auf 1,7 Mrd. DM im Jahre 1981. Dieser Betrag entspricht einer Zunahme um 213% im Vergleich zu 1970 bei einer Steigerung der Gesamtausgaben des Landes um 175%.

Schulden des Landes stärker gestiegen als Gesamtausgaben

Zur Deckung der jährlichen Finanzierungssalden nahmen Land und Gemeinden (Gv.) in den zurückliegenden Jahren vermehrt Kredite auf.

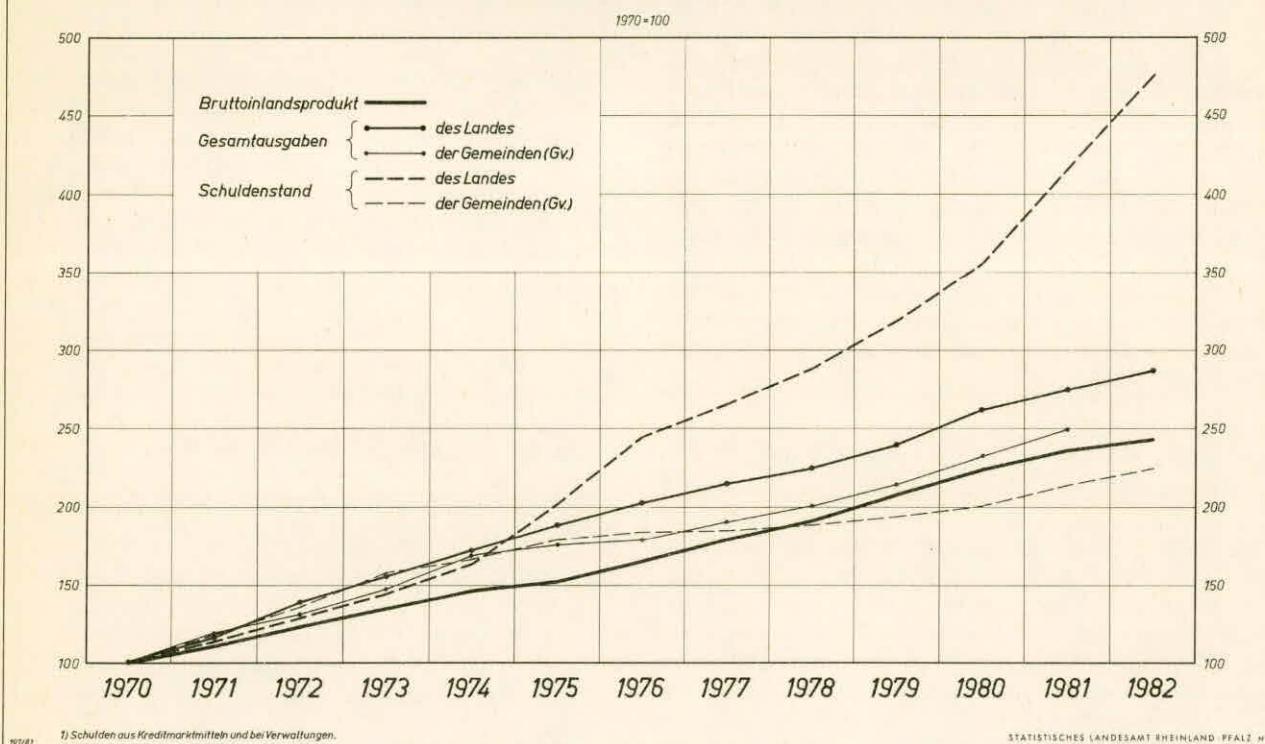
Die fundierten Schulden des Landes am Kreditmarkt und bei Verwaltungen einschließlich der Ausgleichsforderungen und der auf fremde Währung lautenden Schulden hatten 1970 insgesamt 2,7 Mrd. DM betragen. 1982 war dieser Betrag bereits auf annähernd 13 Mrd. DM angewachsen. Damit erhöhte sich die Verschuldung innerhalb von zwölf Jahren um 377%. Der Schuldenanstieg verlief in den einzelnen Jahren seit 1970 nicht kontinuierlich. Von 1971 bis 1974 bewegten sich die Steigerungsraten zwi-

Schuldenstand¹⁾ und Schuldendienst²⁾ von Land und Gemeinden (Gv.) 1970 – 1982

Jahr	Land				Gemeinden (Gv.)			
	Schuldenstand			Schulden- dienst in % der Gesamt- ausgaben	Schuldenstand			Schulden- dienst in % der Gesamt- ausgaben
	Mill. DM	Ver- änderung zum Vorjahr in %	1970 = 100		Mill. DM	Ver- änderung zum Vorjahr in %	1970 = 100	
1970	2 711	8,0	100,0	5,0	3 207	17,5	100,0	10,5
1971	3 108	14,6	114,6	4,3	3 791	18,2	118,2	10,5
1972	3 490	12,3	128,7	8,3	4 388	15,7	136,8	11,3
1973	3 897	11,7	143,7	5,6	5 049	15,1	157,4	12,7
1974	4 428	13,6	163,3	6,5	5 337	5,7	166,4	13,1
1975	5 473	23,6	201,9	7,2	5 736	7,5	178,8	13,3
1976	6 633	21,2	244,7	8,3	5 931	3,4	184,9	13,1
1977	7 215	8,8	266,1	9,3	5 939	0,1	185,2	13,8
1978	7 823	8,4	288,6	10,5	6 023	1,4	187,8	13,0
1979	8 640	10,4	318,7	9,8	6 224	3,4	194,1	11,0
1980	9 644	11,6	355,7	10,3	6 435	3,4	200,6	11,2
1981	11 300	17,2	416,8	10,8	6 854	6,5	213,7	12,4
1982	12 918	14,3	476,5	.	7 220	5,3	225,1	.

1) Fundierte Schulden einschließlich Schulden der öffentlichen Krankenanstalten. - 2) Ausgaben für Zinsen und Tilgung.

Bruttoinlandsprodukt, Gesamtausgaben und Schuldenstand¹⁾
von Land und Gemeinden (Gv.) 1970-1982



1) Schulden aus Kreditmarktmitteln und bei Verwaltungen.

schen 11 und 14%, in den Jahren 1975 und 1976 erreichten sie Werte von rund 24 bzw. 21%. Nachdem die Neuverschuldung in den beiden folgenden Jahren auf jeweils gut 8% begrenzt werden konnte, waren die Zuwachsraten seit 1979 wieder zweistellig (1981 + 17%).

Vergleicht man die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts, der Gesamtausgaben sowie des Schuldenstandes des Landes zwischen 1970 und 1982, so zeigen sich beträchtliche Unterschiede. Einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 143% steht eine Ausweitung der Gesamtausgaben um 187% gegenüber und eine Zunahme der Verschuldung des Landes um 377%. Dieser überproportional angestiegenen Verschuldung folgte ein wachsender Anteil der Gesamtausgaben für Zinsen und Tilgungszahlungen. Der Anteil des Schuldendienstes an den Gesamtausgaben hat sich seit 1970 mehr als verdoppelt.

**Schulden der Kommunen schwächer gestiegen als
Gesamtausgaben**

Die fundierten Schulden der Gemeinden (Gv.) einschließlich ihrer Krankenanstalten erhöhten sich von

3,2 Mrd. DM im Jahre 1970 auf 7,2 Mrd. DM im Jahre 1982. Dies bedeutet eine Zunahme um 125%. Diese im Vergleich zum Land niedrigere Ausweitung des Schuldenstandes ist auch darauf zurückzuführen, daß der kommunalen Verschuldung durch das Haushaltungsrecht engere Grenzen gesetzt sind. Insbesondere seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre zeigt sich eine Verlangsamung des Schuldenanstiegs im gemeindlichen Bereich. So erhöhten sich hier die Schulden in den Jahren 1976, 1979 und 1980 jeweils um 3,4%, 1977 und 1978 sogar nur um 0,1 bzw. 1,4%. 1981 und 1982 ergab sich wieder eine etwas stärkere Neuverschuldung (+ 6,5 bzw. + 5,3%). In den Jahren 1970 bis 1973 waren die Schuldenzuwächse noch zweistellig gewesen (1971 + 18,2%). Während die Gesamtausgaben der Kommunen 1981 gegenüber 1970 um 150% gestiegen waren, erhöhte sich der Schuldenstand im gleichen Zeitraum um 114%.

Der Anteil des von den Gemeinden und Gemeindeverbänden aufzubringenden Schuldendienstes an den Gesamtausgaben hat sich im Vergleich zu 1970 leicht um 1,9 Prozentpunkte erhöht.

Diplom-Kaufmann K.-J. Hesse

Preisindizes für die Lebenshaltung

Preisindizes für die Lebenshaltung werden zur Darstellung der monatlichen Entwicklung der Verbraucherpreise berechnet. Entscheidend ist hierbei die Information über die zeitliche Veränderung des Preisniveaus und nicht über dessen absolute Höhe. Die monatlichen Preisindizes für die Lebenshaltung zeigen an, um wieviel Prozent die Lebenshaltung im Bereich der privaten Haushalte allein infolge von Preisveränderungen innerhalb eines Jahres bzw. im Vergleich zum Vormonat teurer oder billiger geworden ist. Dagegen lassen sich die Kosten der Lebenshaltung in absoluten DM-Beträgen aus der monatlichen Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte ablesen.

Vorläufiger Preisindex für die Lebenshaltung liegt am Monatsende vor

Rechtsgrundlagen für die Preisstatistiken, zu denen vor allem die Verbraucherpreisstatistik und darauf aufbauend die Preisindizes für die Lebenshaltung gehören, sind das Gesetz über die Preisstatistik vom 9. August 1958 (BGBl. I S. 605) sowie mehrere Rechtsverordnungen der Bundesregierung. Die Ergebnisse der Verbraucherpreisstatistik, vor allem die Preisindexzahlen für die Lebenshaltung, sind als eine wichtige Entscheidungshilfe für viele wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen von erheblicher Bedeutung. So hat der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in der Bundesrepublik in den letzten Jahren zunehmendes Gewicht bei Tarifverhandlungen erhalten. Er dient darüber hinaus in wachsendem Maße bei privaten Verträgen über Unterhaltszahlungen, Leibrenten sowie bei langfristigen Miet- und Pachtverträgen als Wertmesser für Wertsicherungsklauseln zur Anpassung laufender Verpflichtungen an Veränderungen des Geldwertes. Die Preisindexzahlen sind daher wie kaum eine andere statistische Größe Gegenstand des öffentlichen Interesses.

Die Veränderungsrate dieses Index, der zu den wichtigsten Indikatoren der wirtschaftlichen Entwicklung gehört, welche die amtliche Statistik bereitstellt, wird monatlich in den Medien bekanntgegeben und von einem Großteil der Bundesbürger mit Interesse verfolgt. Gegen Monatsende wird vom Statistischen Bundesamt zunächst die vorläufige Veränderungsrate – basierend auf den Ergebnissen von vier Bundesländern – und etwa zehn Tage später die endgültige gegenüber dem Vormonat und dem gleichen Monat des Vorjahres mitgeteilt. Die Beachtung der Preisentwicklung in der Öffentlichkeit – mit Ausnahme der Jahre 1950 und 1953 handelt es sich seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland um eine Versteuerung der Lebenshaltung – erklärt sich vorwiegend aus dem Interesse jedes Einzelnen an der Entwicklung der Kaufkraft des Geldes.

Monatlich fünf verschiedene Preisindizes für die Lebenshaltung

Ein Preisindex für die Lebenshaltung in Rheinland-Pfalz wurde erstmalig von 1950 bis Jahresende 1961 berechnet und veröffentlicht. Die monatlichen Berechnungen wurden ab 1962 eingestellt, da die Entwicklung zwischen Bundes- und Landeswerten weitgehend parallel verlief und außerdem die absolute Höhe beider Indexzahlen fast identisch war. Das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz übernimmt deshalb seit 1962 die für das Bundesgebiet geltenden Indizes, in denen auch die in Rheinland-Pfalz ermittelten Verbraucherpreise anteilig berücksichtigt werden und veröffentlicht sie monatlich im Statistischen Bericht „Preisindizes für die Lebenshaltung im Bundesgebiet einschließlich Berlin (West)“.

Derzeit werden monatlich fünf Preisindizes für die Lebenshaltung errechnet und publiziert:

- (1) Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte
(Basisjahre 1962, 1970, 1976)
- (2) Preisindex für die Lebenshaltung von Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen
(Basisjahre 1913/14, 1938, 1950, 1958, 1962, 1970, 1976)
- (3) Preisindex für die Lebenshaltung von Vier-Personen-Haushalten von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen
(Basisjahre 1962, 1970, 1976)
- (4) Preisindex für die Lebenshaltung von Renten- und Sozialhilfeempfängern
(Zwei-Personen-Haushalte; Basisjahre 1958, 1962, 1970, 1976)
- (5) Preisindex für die einfache Lebenshaltung eines Kindes
(Basisjahre 1962, 1970, 1976).

Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte bezieht sich auf einen fiktiven Indexhaushalt, der im statistischen Durchschnitt aus 2,6 Personen besteht und im Basisjahr 1976 monatliche Ausgaben für Waren und Leistungen von durchschnittlich 2 326 DM hatte. Beim Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen des Haushaltvorstandes handelt es sich um Ehepaare mit zwei Kindern, davon mindestens ein Kind unter 15 Jahren, in Gemeinden mit 20 000 Einwohnern und mehr. Der Haushaltvorstand soll als Angestellter oder Arbeiter tätig und alleiniger Einkommensbezieher sein. Die monatlichen Ausgaben für Waren und Dienstleistungen beliefen sich 1976 auf 2 053 DM.

Vier-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen sind Ehepaare mit zwei Kindern, davon mindestens ein Kind unter 15 Jahren, die in Gemeinden mit mindestens 20 000 Einwohnern ansässig sind. Der Haushaltvorstand ist

Preisindex der Gesamtlebenshaltung 1950 - 1983

Jahr Monat	Aller privaten Haushalte			4-Personen- Arbeitnehmer- Haushalte mit mittlerem Einkommen			4-Personen- Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen			2-Personen- Haushalte von Renten- und Sozialhilfe- empfängern			Einfache Lebens- haltung eines Kindes	
	Basisjahr (= 100)													
	1976	1970	1962	1976	1970	1962	1976	1970	1962	1976	1970	1962	1976	
1950	.	.	.	46,2	64,5	78,8	
1951	.	.	.	49,7	69,6	84,9	
1952	.	.	.	50,8	71,0	86,7	
1953	.	.	.	49,9	69,8	85,1	
1954	.	.	.	50,0	69,9	85,3	
1955	.	.	.	50,8	71,0	86,7	
1956	.	.	.	52,1	72,8	88,9	
1957	.	.	.	53,2	74,4	90,7	.	.	.	50,5	71,5	90,1	.	
1958	.	.	.	54,3	75,9	92,7	.	.	.	51,6	73,0	92,0	.	
1959	.	.	.	54,8	76,7	93,6	.	.	.	52,1	73,8	93,0	.	
1960	.	.	.	55,6	77,8	94,9	.	.	.	52,9	74,9	94,4	.	
1961	.	.	.	56,9	79,6	97,1	.	.	.	54,3	76,8	96,8	.	
1962	58,1	81,6	100,0	58,6	81,9	100,0	58,5	82,2	100,0	56,1	79,3	100,0	54,3	
1963	59,8	84,0	102,9	60,3	84,4	103,0	60,0	84,3	102,5	58,0	82,1	103,5	55,8	
1964	61,2	85,9	105,4	61,8	86,4	105,4	61,1	85,9	104,4	59,7	84,4	106,4	57,1	
1965	63,2	88,7	108,7	63,8	89,3	109,0	62,7	88,1	107,2	62,0	87,8	110,7	59,5	
1966	65,4	91,9	112,7	66,1	92,4	112,8	64,8	91,0	110,7	64,6	91,4	115,2	61,5	
1967	66,5	93,4	114,6	67,0	93,8	114,4	66,2	93,0	113,1	65,6	92,7	116,8	61,9	
1968	67,6	94,9	116,4	67,9	95,0	115,9	67,7	95,1	115,7	66,5	94,0	118,5	62,7	
1969	68,9	96,7	118,6	69,3	96,9	118,3	68,9	96,8	117,7	68,4	96,8	122,0	65,3	
1970	71,2	100,0	122,6	71,5	100,0	122,1	71,2	100,0	121,6	70,7	100,0	126,0	67,4	
1971	74,9	105,3	129,0	75,2	105,1	128,3	75,1	105,4	128,2	74,0	104,7	131,9	70,9	
1972	79,1	111,1	136,1	79,2	110,7	135,1	79,1	111,1	135,2	78,1	110,6	139,4	75,4	
1973	84,6	118,8	145,7	84,6	118,2	144,3	84,5	118,7	144,3	83,8	118,5	149,4	81,3	
1974	90,5	127,1	155,8	90,3	126,3	154,1	90,5	127,1	154,6	89,3	126,3	159,2	87,3	
1975	95,9	134,7	165,1	95,8	134,0	163,5	95,9	134,7	163,8	95,2	134,7	169,8	93,9	
1976	100,0	140,4	172,1	100,0	139,9	170,6	100,0	140,4	170,8	100,0	141,5	178,3	100,0	
1977	103,7	145,6	178,5	103,5	144,8	176,6	103,7	145,6	177,1	103,5	146,5	184,6	102,7	
1978	106,5	149,5	183,3	106,1	148,4	181,1	106,7	149,8	182,2	105,7	149,6	188,5	105,1	
1979	110,9	155,7	190,8	110,2	154,0	188,0	111,1	156,1	189,9	109,3	154,7	194,9	109,2	
1980	117,0	164,3	201,4	116,0	162,2	197,9	117,3	164,8	200,5	114,8	162,4	204,7	115,0	
1981	123,9	174,1	213,4	122,8	171,8	209,6	124,5	174,8	212,6	121,4	171,7	216,4	121,8	
1982	130,5	183,2	224,6	129,2	180,7	220,5	130,9	183,8	223,6	128,0	181,1	228,2	127,9	
1981	Januar	120,3	169,0	207,1	119,2	166,7	203,4	120,7	169,5	206,2	118,3	167,4	211,0	118,6
	Februar	121,2	170,2	208,7	120,0	167,8	204,8	121,6	170,8	207,7	119,0	168,4	212,2	119,4
	März	122,0	171,3	210,0	120,9	169,1	206,3	122,5	172,0	209,3	119,8	169,5	213,6	120,5
	April	122,8	172,5	211,4	121,8	170,3	207,8	123,3	173,2	210,6	120,7	170,8	215,2	121,8
	Mai	123,3	173,2	212,3	122,4	171,2	208,9	123,9	174,0	211,7	121,2	171,5	216,1	122,8
	Juni	123,9	174,0	213,3	122,8	171,7	209,5	124,4	174,7	212,5	121,4	171,8	216,5	122,5
	Juli	124,4	174,7	214,2	123,3	172,4	210,4	124,9	175,4	213,4	121,7	172,2	217,0	122,4
	August	124,8	175,3	214,8	123,7	173,0	211,1	125,4	176,1	214,2	121,6	172,1	216,9	121,6
	September	125,4	176,1	215,9	124,3	173,8	212,1	126,0	177,0	215,2	122,1	172,8	217,7	121,9
	Oktober	125,8	176,7	216,6	124,7	174,4	212,8	126,4	177,5	215,9	122,8	173,8	219,0	122,5
	November	126,4	177,5	217,6	125,3	175,2	213,8	127,0	178,4	217,0	123,7	175,0	220,6	123,4
	Dezember	126,8	178,1	218,3	125,6	175,6	214,3	127,3	178,8	217,5	124,1	175,6	221,3	124,0
1982	Januar	127,9	179,6	220,2	126,6	177,0	216,0	128,3	180,2	219,2	125,4	177,4	223,6	125,1
	Februar	128,2	180,1	220,7	127,0	177,6	216,7	128,7	180,8	219,9	126,0	178,3	224,7	126,0
	März	128,4	180,3	221,0	127,1	177,7	216,9	128,8	180,9	220,0	126,4	178,9	225,4	126,5
	April	129,0	181,2	222,1	127,8	178,7	218,1	129,4	181,7	221,1	127,1	179,9	226,7	127,8
	Mai	129,8	182,3	223,5	128,6	179,8	219,4	130,2	182,9	222,4	128,1	181,3	228,4	129,5
	Juni	131,1	184,1	225,7	130,0	181,8	221,8	131,3	184,4	224,3	129,2	182,8	230,4	130,5
	Juli	131,4	184,5	226,2	130,3	182,2	222,3	131,7	185,0	225,0	129,1	182,7	230,2	129,5
	August	131,2	184,3	225,9	130,0	181,8	221,8	131,6	184,8	224,8	128,3	181,6	228,8	127,7
	September	131,6	184,8	226,6	130,3	182,2	222,3	132,0	185,4	225,5	128,5	181,8	229,2	127,6
	Oktober	132,0	185,4	227,2	130,7	182,8	223,0	132,5	186,1	226,4	128,7	182,1	229,5	127,6
	November	132,2	185,8	227,8	131,0	183,2	223,5	132,8	186,5	226,9	129,2	182,8	230,4	128,1
	Dezember	132,6	186,2	228,3	131,2	183,5	223,9	133,0	186,8	227,2	129,6	183,4	231,1	128,5
1983	Januar	132,9	186,7	228,8	131,5	183,9	224,4	133,3	187,2	227,7	130,4	184,5	232,5	129,3
	Februar	133,0	186,8	229,0	131,7	184,2	224,7	133,4	187,4	227,9	130,7	184,9	233,1	129,8
	März	132,9	186,7	228,8	131,6	184,0	224,5	133,2	187,1	227,5	130,8	185,1	233,3	130,1
	April	133,2	187,1	229,3	131,9	184,4	225,1	133,5	187,5	228,1	131,3	185,8	234,1	131,2
	Mai	133,7	187,8	230,2	132,5	185,3	226,1	134,2	188,5	229,3	131,7	186,4	234,9	131,9
	Juni	134,2	188,5	231,0	132,9	185,8	226,8	134,6	189,0	229,9	132,1	186,9	235,6	132,6
	Juli	134,7	189,2	231,9	133,3	186,4	227,4	135,1	189,7	230,8	132,3	187,2	235,9	132,1
	August	135,1	189,7	232,6	133,6	186,8	228,0	135,6	190,4	231,6	132,3	187,2	235,9	131,6

Quelle : Statistisches Bundesamt.

Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im August 1982 und 1983

Verwendungszweck	1982		1983		Veränderung August 1983	Monatsdurchschnitt Januar - August		
	August	Juli	August	zu August 1982		1982	1983	Ver- änderung
	1976 = 100			%		1976 = 100		%
Nahrungs- und Genußmittel einschl. Verzehr in Gaststätten	126,5	128,6	128,0	1,2	- 0,5	125,1	128,3	2,6
Kleidung, Schuhe	132,8	136,6	136,8	3,0	0,1	131,7	135,9	3,2
Wohnungsmiete	127,1	133,4	133,7	5,2	0,2	125,3	132,3	5,6
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	170,2	167,6	172,0	1,1	2,6	168,6	166,8	- 1,1
Übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltführung	128,5	132,4	132,2	2,9	- 0,2	128,9	132,4	2,7
Waren und Dienstleistungen für: Verkehrszwecke, Nachrichtenübermittlung	133,0	135,3	136,5	2,6	0,9	129,5	133,7	3,2
Körper- und Gesundheitspflege	132,1	137,5	137,7	4,2	0,1	131,0	136,4	4,1
Bildungs- und Unterhaltungszwecke	118,6	123,4	123,8	4,4	0,3	117,7	121,4	3,1
Persönliche Ausstattung; sonstige Waren und Dienstleistungen	138,7	144,2	144,7	4,3	0,3	136,6	142,3	4,2
Gesamtlebenshaltung dagegen 1970 = 100	131,2	134,7	135,1	3,0	0,3	129,6	133,7	3,2
1962 = 100	184,3	189,2	189,7			182,1	187,8	
	225,9	231,9	232,6			223,2	230,2	

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Beamter oder Angestellter und Hauptverdiener in der Familie. Die monatlichen Verbrauchsausgaben betragen 1976 insgesamt 3 298 DM.

Bei den Zwei-Personenhaushalten von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen handelt es sich überwiegend um ältere Ehepaare in Gemeinden mit mindestens 5 000 Einwohnern, deren monatliche Verbrauchsausgaben 1976 insgesamt 889 DM ausmachten. Dem Preisindex für die einfache Lebenshaltung eines Kindes liegt nicht, wie bei den anderen Indizes, ein statistisch nachgewiesener Warenkorb, sondern ein von Fachleuten der Jugendhilfe und -betreuung entwickeltes Bedarfsschema zugrunde. Es berücksichtigt den Mindestbedarf im Basisjahr 1976 von Kindern vom ersten bis 18. Lebensjahr, die als Erstkinder von der Mutter oder deren Verwandten betreut werden.

Ende 1983 erfolgt Umstellung der Preisindizes auf neues Basisjahr 1980

Die Berechnung eines Preisindex für die Lebenshaltung beruht auf zwei Grundlagen. Erforderlich ist einmal ein sogenannter Warenkorb, der sowohl einen Katalog der zu erhebenden Waren und Leistungen darstellt als auch deren Wägungsanteile, also die prozentualen Anteile am Gesamtangebot beinhaltet. Außerdem wird monatlich das preisstatistische Material benötigt.

Unter dem Warenkorb versteht man die Waren und Leistungen, die zur preisstatistischen Repräsentation ausgewählt wurden, sowie die Wägungszahlen, mit denen die Preisveränderungszahlen dieser Güter bei der Zusammenfassung zu Gruppenindizes und zum Gesamtindex gewogen werden. Die Wägungsschemata der Preisindizes für die Lebenshaltung mit dem Basisjahr 1976 haben als Grundlage die durch-

schnittlichen Verbrauchsstrukturen von privaten Haushalten im Bundesgebiet. Die Ausgangsdaten hierzu wurden aus den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1973 ermittelt und mit Hilfe vergleichbarer Ergebnisse der laufenden Statistik der Wirtschaftsrechnungen ausgewählter privater Haushalte, in der ebenfalls die Verbrauchsangaben privater Haushalte erfaßt werden, auf das Jahr 1976 fortgerechnet.

Da aufgrund des technischen Fortschritts immer wieder neue und bessere Waren und Dienstleistungen angeboten werden und außerdem die Verbrauchsgewohnheiten einem ständigen Wechsel unterliegen, veraltet der Warenkorb nach einer gewissen Zeit. Deshalb erfolgt etwa alle fünf Jahre eine Anpassung an die veränderten Einkommens- und Verbrauchsverhältnisse und damit eine Umstellung auf ein neues Basisjahr. Für Ende 1983 ist die Umstellung der Preisindizes für die Lebenshaltung auf das neue Basisjahr 1980 vorgesehen. Die Indexreihen der vorhergehenden Basisjahre werden gemäß dem neuen Warenkorb neu berechnet, um einen Bruch in den Zeitreihen zu vermeiden.

Monatlich werden mehr als 20 000 rheinland-pfälzische Einzelpreise ermittelt

Zur Ermittlung des preisstatistischen Materials werden in Rheinland-Pfalz monatlich von 17 Preisermittlern in elf Berichtsgemeinden, die nach ihrer Größe und Lage als typisch ausgewählt wurden, über 20 000 Einzelpreise für rund 780 Waren und Dienstleistungen bei einem möglichst gleichbleibenden Kreis von Berichtsstellen erfragt. Die Berichtsstellen in den Gemeinden sind so ausgewählt, daß einerseits Geschäfts- und Wohnviertel, andererseits die verschiedenen Handels- und Betriebsformen des Einzelhandels (selbständige Fachgeschäfte, Filialbetriebe,

Kfz-Anschaffung und -Unterhaltung ("Kraftfahrer-Preisindex") 1978 - 1983

Jahr Monat	Ins- gesamt	Per- sonen- kraft- wagen	Motor- räder	Kraft- stoffe	Ersatz- teile, Zubehör und Auto- pflege- mittel	Repa- raturen, In- spektion, Wagen- wäsche	Garagen- miete	Fahr- schule	Kfz-Haft- pflicht- ver- sicherung	Kfz- Steuer
1976 = 100										
1978 D	105,6	107,9	103,1	99,4	102,5	112,6	102,9	110,8	106,8	100,0
1979 D	111,4	112,1	104,8	109,8	105,4	120,4	104,0	115,7	115,6	100,0
1980 D	119,0	116,7	106,7	129,4	113,7	131,4	107,0	122,6	114,1	100,0
1981 D	127,1	119,6	110,1	154,2	120,7	140,9	110,7	128,6	116,5	100,0
1982 D	131,8	127,6	111,5	151,4	125,3	147,2	122,1	136,5	118,5	100,0
1982 Januar	129,7	124,3	110,6	151,3	123,6	144,3	118,8	133,0	118,5	100,0
Februar	128,9	124,4	110,7	146,6	124,2	145,0	118,9	135,0	118,5	100,0
März	128,1	124,4	110,8	142,3	124,6	145,3	119,0	135,7	118,5	100,0
April	128,7	127,6	110,9	137,6	125,0	145,9	120,9	136,3	118,5	100,0
Mai	129,8	128,4	111,0	140,3	125,3	147,1	121,2	136,4	118,5	100,0
Juni	131,2	128,4	111,0	146,8	125,5	147,5	121,7	136,3	118,5	100,0
Juli	133,1	128,4	111,0	155,8	125,7	147,8	121,7	136,8	118,5	100,0
August	133,5	129,1	112,3	155,9	125,8	148,2	121,9	137,2	118,5	100,0
September	133,9	129,1	112,5	157,7	126,1	148,4	123,0	137,3	118,5	100,0
Oktober	134,9	129,1	112,5	162,0	126,1	148,8	124,4	137,5	118,5	100,0
November	134,8	129,1	113,0	160,8	126,0	149,2	126,5	138,0	118,5	100,0
Dezember	134,6	129,1	111,2	160,0	126,0	149,3	126,6	138,0	118,5	100,0
1983 Januar	133,5	129,1	111,2	154,2	126,1	149,6	126,9	138,1	118,5	100,0
Februar	133,1	129,4	111,3	150,9	126,1	150,3	129,8	138,1	118,5	100,0
März	131,6	129,4	111,4	142,9	126,3	150,9	131,8	138,1	118,5	100,0
April	131,2	129,4	111,5	140,5	126,5	151,7	131,9	138,4	118,5	100,0
Mai	133,7	132,2	111,7	145,6	126,8	152,2	132,1	138,2	118,5	100,0
Juni	134,1	132,2	111,8	147,1	127,1	153,5	132,2	138,3	118,5	100,0
Juli	135,4	133,4	112,9	149,7	127,7	155,4	132,2	139,5	118,5	100,0
August	136,7	133,9	114,0	154,4	127,9	156,4	132,9	139,8	118,5	100,0

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Warenhäuser, Supermärkte) in angemessener Weise repräsentiert werden. Die gegen Monatsmitte festgestellten Preise sind effektive Endverbraucherpreise (keine Listenpreise) einschließlich Mehrwertsteuer sowie einschließlich Verbrauchssteuern (Mineralölsteuer, Tabaksteuer) und anderer gesetzlicher Abgaben (Ausgleichsabgabe bei elektrischem Strom).

Da Waren- und Leistungsbeschreibungen in der Regel weit gefaßt sind, ist den in die Preiserhebung einbezogenen Firmen ein gewisser Spielraum gegeben, wobei allerdings die am häufigsten gekaufte Sorte gewählt werden soll. Bei einer Änderung der Erhebungsgrundlage, beispielsweise bei einem Wechsel der Berichtsstellen, der Sorten oder der Qualität werden die Vormonatspreise neu errechnet, so daß die zeitliche Vergleichbarkeit der Preise gewahrt ist. Vor allem für höherwertige technische Geräte ist es oft schwierig, bei technischen Verbesserungen oder Modelländerungen, die mit Preiserhöhungen verbunden sind, die echten Preisänderungen, also solche, die nicht auf Qualitätsänderungen zurückzuführen sind, festzustellen. Die monatlich erfragten Preise werden zu Gemeinde- und Landesdurchschnittspreisen zusammengefaßt. Zusammen mit den Durchschnittspreisen der anderen Bundesländer und den 81 zentral für das Bundesgebiet erhobenen Preisen (zum Beispiel Gebühren der Bundespost) werden die Veränderungen der Preise in Preismeßziffern festgehalten, welche die Basis für die im Statistischen Bundesamt erfolgende monatliche Berechnung der Indizes darstellen.

Kaufkraftverlust von Januar 1976 bis August 1983 beträgt 27,2%

Die Indexveränderung von einem Zeitpunkt zum anderen kann in Punkten oder in Prozent ausgedrückt werden. Die Indexentwicklung in Prozent wird nach der Formel $\left(\frac{\text{neuer Indexstand}}{\text{alter Indexstand}} \times 100 \right) - 100$ berechnet. So erhöhte sich der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte (Basis 1976 = 100) von 98,4 im Januar 1976 auf 135,1 im August 1983. Das entspricht einem Anstieg um 36,7 Punkte oder einer Verteuerung der Lebenshaltung um 37,3%.

Will man dagegen den Kaufkraftverlust ermitteln, so ist die Formel $\left(\frac{\text{alter Indexstand}}{\text{neuer Indexstand}} \times 100 \right) - 100$ zu grunde zu legen. Für die Veränderung der Kaufkraft des Geldes von Januar 1976 bis August 1983 ergibt sich somit die Berechnung $\left(\frac{98,4}{135,1} \times 100 \right) - 100 = - 27,2$. Der Kaufkraftverlust belief sich auf 27,2%.

Im Jahre 1982 erhöhte sich der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte um 5,3% und im Durchschnitt der Monate Januar bis August 1983 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 3,2%. Für die neun Hauptgruppen dieses Index ergaben sich im Monatsdurchschnitt Januar bis August 1983 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum folgende Veränderungsraten: Nahrungs- und Genußmittel + 2,6%, Kleidung, Schuhe + 3,2%, Wohnungsmiete + 5,6%, Elektrizität, Gas, Brennstoffe - 1,1%, übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltstätig-

rung + 2,7%, Waren und Dienstleistungen für Verkehrs Zwecke, Nachrichtenübermittlung + 3,2%, Körper- und Gesundheitspflege + 4,1%, Bildungs- und Unterhaltungszwecke + 3,1%, persönliche Ausstattung, sonstige Waren- und Dienstleistungen + 4,2%.

Kraftfahrer-Preisindex stieg 1982 um 3,7%

Der über eine Sonderrechnung aus dem Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte ermittelte Index für die Kraftfahrzeuganschaffung und -unterhaltung, auch Kraftfahrer-Preisindex genannt, zeigt die Preisveränderungen der durchschnittlich aufzubringenden Beträge für die Anschaffung und Unterhaltung von Personenkraftwagen und Motorrädern. Der Kraftfahrer-Preisindex erhöhte sich 1982 um 3,7% und damit in geringerem Maße als die Preisindizes für die Lebenshaltung. Der Anstieg von Januar bis August 1983 betrug 2,5% gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum. Im einzelnen gab es folgende Veränderungsraten: Personenkraftwagen + 3,3%, Motorräder + 0,9%, Kraftstoffe + 0,7%, Ersatzteile, Zubehör und Autopflegemittel + 1,4%, Reparaturen, Inspektion, Wagenwäsche + 4,2%, Garage miete + 8,9% und Fahrschule + 2,1%, Kfz-Haftpflichtversicherung und Kfz-Steuer blieben unverändert.

Stärkere Verteuerung der Mieten für Altbauten

Ein erhebliches öffentliches Interesse beansprucht auch die Entwicklung der Wohnungsmietpreise. Die im Preisindex für die Lebenshaltung enthaltene Hauptgruppe Wohnungsmiete gibt die Mietpreisentwicklung für zwei Typen von Altbauwohnungen (vor dem 20. Juni 1948 erbaut) und zwei Typen von Neubauwohnungen an. Letztere sind sowohl im Rahmen des öffentlich geförderten Wohnungsbauprogramms erstellt als auch frei finanziert. Als Wohnungsmiete gilt die tatsächliche Wohnungsmiete einschließlich etwaiger Gemeindezuschläge (zum Beispiel Umlegung von Grundsteuer). Bei den Nebenkosten, die ebenfalls eingeschlossen sind, handelt es sich um Gebühren für Kanalisation, Straßenreinigung, Müllabfuhr, Kaminreinigung, Treppenbeleuchtung, Wasser verbrauch und ähnliches. Der relativ kräftige Anstieg der Monatsmiete im Monatsdurchschnitt Januar bis August 1983 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum (+ 5,6%) ist vorwiegend auf die stärkere Verteuerung der Altbauwohnungen zurückzuführen.

Diplom-Volkswirt A. Wachweger

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit 1982

Der Mikrozensus ist eine Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens, bei der 1% aller Haushalte befragt werden. Die Grundlage des Auswahlplans bilden die in den Zählerlisten der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung vom 27. Mai 1970 registrierten Gebäude und Haushalte. Die ermittelten Stichprobenwerte werden auf die fortgeschriebenen Bevölkerungszahlen, differenziert nach dem Geschlecht sowie nach Deutschen und Auslän-

dern, hochgerechnet. Die Qualität der Ergebnisse des Mikrozensus in den kommenden Jahren hängt ganz entscheidend davon ab, ob sie durch eine Bestandsaufnahme in Form einer Volkszählung eine neue Basis erhalten.

Zahl der Einpersonenhaushalte steigt weiter an

Zwischen Mai 1981 und April 1982 ist die Zahl der Wohnbevölkerung in Rheinland-Pfalz um rund 3 000

Privathaushalte und Bevölkerung in Privathaushalten nach Alter und Geschlecht des Haushaltvorstandes 1982

Alter	ins- gesamt	Privathaushalte					Bevölkerung in Privathaushalten					
		mit ... Person(en)					ins- gesamt	mit ... Person(en)				
		1	2	3	4	5 und mehr		1	2	3	4	5 und mehr
unter 20 Jahre	(6,4)	(5,2)	(.)	(.)	-	-	(7,9)	(5,2)	(.)	(.)	-	-
20 - 25 "	64,1	26,8	23,4	11,3	(.)	(.)	118,3	26,8	46,8	33,9	(8,8)	(.)
25 - 30 "	103,6	23,0	35,6	30,3	12,1	(.)	246,7	23,0	71,2	90,9	48,4	13,2
30 - 35 "	119,9	15,7	21,5	39,6	33,4	(9,7)	362,5	15,7	43,0	118,8	133,6	51,4
35 - 40 "	106,9	10,3	14,8	30,6	33,2	18,0	360,5	10,3	29,6	91,8	132,8	96,0
40 - 45 "	145,2	10,6	18,1	32,5	53,3	30,7	527,1	10,6	36,2	97,5	213,2	169,6
45 - 50 "	137,3	11,4	21,2	32,5	38,7	33,5	492,5	11,4	42,4	97,5	154,8	186,4
50 - 55 "	127,6	15,2	33,8	32,6	26,3	19,7	394,6	15,2	67,6	97,8	105,2	108,8
55 - 60 "	127,7	23,4	48,5	31,8	14,8	(9,2)	326,8	23,4	97,0	95,4	59,2	51,8
60 - 65 "	104,4	30,7	44,9	19,2	(6,4)	(.)	221,4	30,7	89,8	57,6	25,6	17,7
65 - 70 "	106,2	42,0	48,1	10,9	(.)	(.)	194,5	42,0	96,2	32,7	13,2	10,4
70 - 75 "	114,6	56,6	49,9	(6,4)	(.)	(.)	183,4	56,6	99,8	19,2	(.)	(.)
75 u. mehr "	141,1	86,4	46,9	(5,9)	(.)	(.)	206,4	86,4	93,8	17,7	(.)	(.)
I n s g e s a m t	1 405,0	357,3	407,6	283,9	225,7	130,5	3 642,6	357,3	815,2	851,7	902,8	715,6
Männlich	1 051,9	100,3	347,1	259,7	218,0	126,8	3 140,4	100,3	694,2	779,1	872,0	694,8
Weiblich	353,1	257,0	60,5	24,2	(7,7)	(.)	502,2	257,0	121,0	72,6	30,8	20,8

auf 3 639 000 zurückgegangen, die Zahl der Haushalte stieg demgegenüber um mehr als 20 000 auf 1 405 000. Diese Zunahme ist fast ausschließlich auf die wachsende Zahl der Einpersonenhaushalte zurückzuführen, die jetzt 25,4% aller Haushalte ausmachen. Am häufigsten sind die Zweipersonenhaushalte mit 29%. In jedem fünften Haushalt (20,2%) leben drei Personen, 16,1% sind Vierpersonenhaushalte.

Der Trend zu kleineren Haushalten wird auch durch die sinkende Zahl der Haushalte mit fünf und mehr Personen deutlich. Ihr Anteil beträgt 9,3%, vor zehn Jahren gehörte noch jeder siebte Haushalt (14,3%) zu dieser Gruppe. In diesem Zeitraum sank die durchschnittliche Haushaltsgröße von 2,8 auf 2,6 Personen, der Anteil der Einpersonenhaushalte stieg um 4,5 Prozentpunkte.

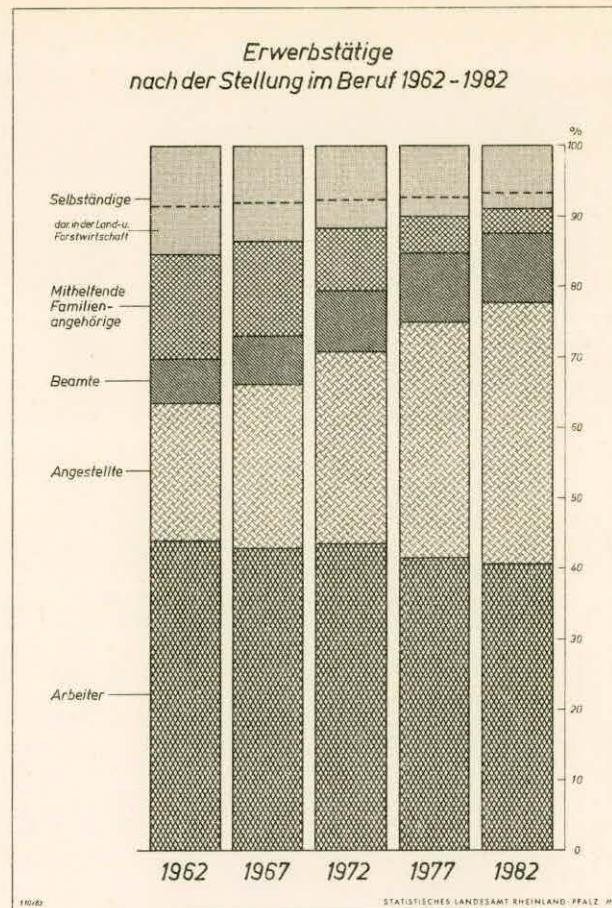
Beim größten Teil (52,3%) der Einpersonenhaushalte handelt es sich um alleinstehende Frauen, die älter als 60 Jahre sind. Bei den jüngeren alleinstehenden Personen (bis 30 Jahre) ist eine verstärkte Neigung zur Gründung eines eigenen Haushaltes festzustellen. Ihre Zahl stieg innerhalb eines knappen Jahres um fast 12 000 auf 55 000.

Mehr Erwerbstätige im Dienstleistungssektor

Trotz gesunkener Bevölkerungszahlen und gestiegener Arbeitslosenquoten blieb die Zahl der Erwerbstätigen von Mai 1981 bis April 1982 in Rheinland-Pfalz mit 1 586 000 konstant. Der Grund hierfür ist in der demographischen Struktur der Bevölkerung zu suchen. Viele junge Leute traten ins Berufsleben ein, die Zahl derjenigen, die das Renten- bzw. Pensionsalter erreichten, ist dagegen wesentlich geringer.

Im Rahmen des Mikrozensus werden alle Personen, die eine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben, zu den Erwerbstätigen gezählt, unabhängig von der geleisteten Arbeitszeit und der Bedeutung dieser Tätigkeit für den Lebensunterhalt. In den letzten 20 Jahren hat ein erheblicher Wandel in der Berufsstruktur stattgefunden. So ging der Anteil der Selbständigen von 15,5% im Jahre 1962 auf 8,9% im Jahre 1982 zurück. Diese Entwicklung ist vor allem auf die stark rückläufige Zahl der selbständigen Landwirte zurückzuführen. Ihr Anteil an den Erwerbstätigen sank in dieser Zeit von 6,9 auf 2,2%.

Während 1962 noch jeder fünfte (20,1%) in der Land- und Forstwirtschaft arbeitete, waren 1982 nur noch 95 100 Personen, das sind 6% aller Erwerbstätigen.

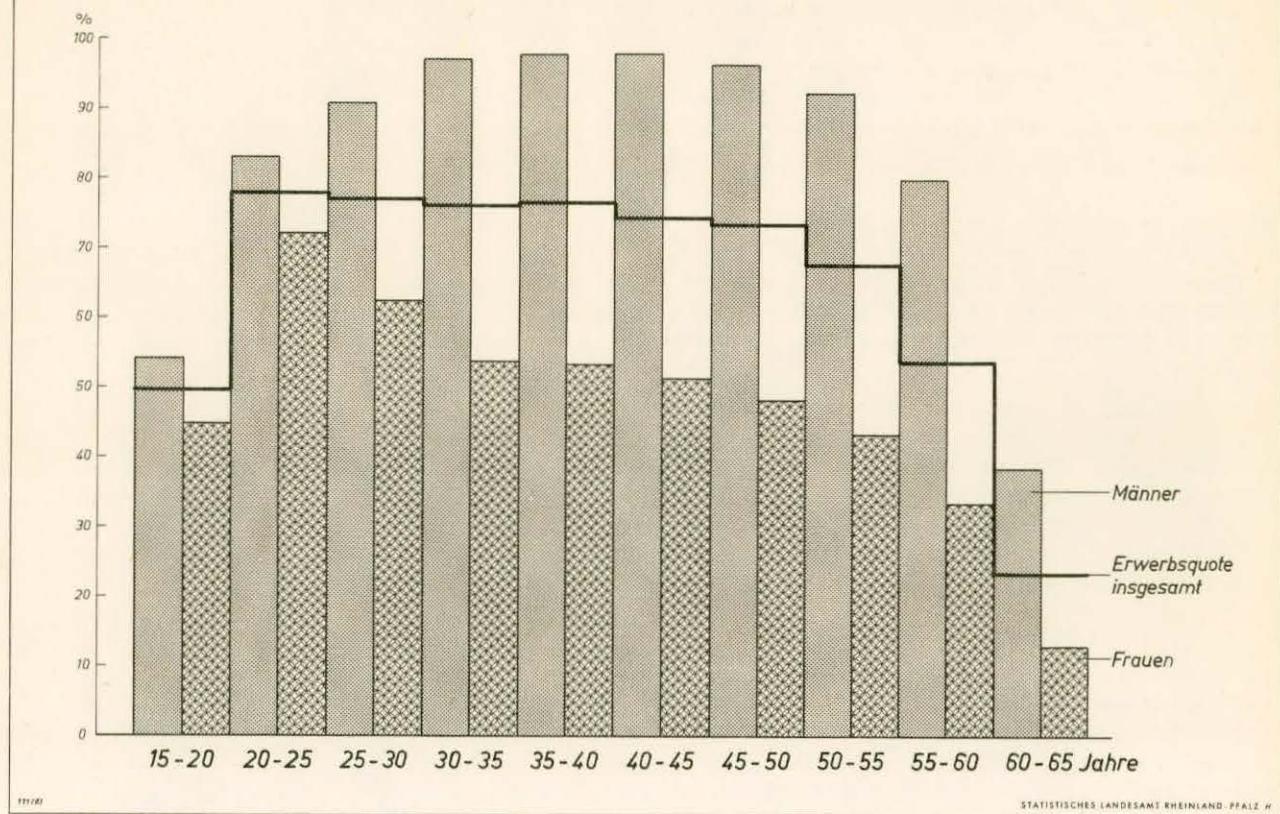


tätigen, diesem Wirtschaftsbereich zuzuordnen. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies einen Rückgang von rund 8 000 Personen. 675 200 Personen, das sind 13 000 weniger als im Mai 1981, waren im produzierenden Gewerbe tätig, 279 000 im Bereich Handel und Verkehr (1981: 271 500). Mit 536 400 (33,8%) Erwerbstätigen waren 1982 in den sonstigen Wirtschaftsbereichen (vor allem dem Bereich Dienstleistungen) 13 500 Personen mehr tätig. Mit dem niedrigeren Prozentsatz der Selbständigen ist auch die ständig schrumpfende Zahl der mithelfenden Familienangehörigen zu erklären, die hauptsächlich in der Landwirtschaft und in kleineren Handwerks- und Gewerbebetrieben zu finden sind. Ihr Anteil war im Jahre 1962 noch viermal höher gewesen als heute.

Erwerbstätige nach Stellung im Beruf, Wirtschaftsbereichen 1982

Stellung im Beruf	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft	Produzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Sonstige Wirtschaftsbereiche
Selbständige	141,8	35,2	32,7	32,9	41,0
Mithelfende Familienangehörige	55,1	41,9	(..)	(..)	(..)
Beamte, Angestellte (einschl. Auszubildende)	744,6	(..)	196,7	168,1	376,8
Arbeiter (einschl. Auszubildende)	644,2	15,0	441,5	73,6	114,1
Insgesamt	1 585,7	95,1	675,2	279,0	536,4
Anteil in %	100,0	6,0	42,6	17,6	33,8

Erwerbsquoten nach Altersgruppen und Geschlecht 1982



Die Verlagerung vom produzierenden Sektor zum Dienstleistungssektor zeigt sich an der sinkenden Zahl der Arbeiter und dem ständig steigenden Prozentsatz der Angestellten. Ihr Anteil an den Erwerbstätigen stieg von 19,6% im Jahre 1962 über 27,4% im Jahre 1972 auf 37,1% heute.

Jeder Sechste lebt von Rente, Pension oder eigenem Vermögen

Im April 1982 bestritten 1,45 Mill. Rheinland-Pfälzer ihren Lebensunterhalt überwiegend mit Einkommen aus eigener Erwerbstätigkeit. Das sind rund 40% der 3,64 Mill. Einwohner des Landes. Ebenfalls 1,45 Mill. wurden von Familienangehörigen, in der Regel den Eltern oder dem Ehegatten unterstützt. Jeder sechste Einwohner von Rheinland-Pfalz, nämlich 626 000 bzw. 17,2%, lebte von Rente, Pension oder eigenem Vermögen. Für rund 110 000 Personen waren Unterstützungen wie Arbeitslosengeld/-hilfe und Sozialhilfe die überwiegende Einkommensquelle.

Der Anteil dieser Gruppe an der Wohnbevölkerung hat sich in den letzten Jahren leicht erhöht, ebenso wie der Prozentsatz der Personen, die ihren Lebensunterhalt überwiegend mit Einkommen aus eigener Erwerbstätigkeit oder durch eine Rente bestreiten. Dagegen sind immer weniger Personen auf die Unter-

stützung von Familienangehörigen angewiesen. Zu dieser Entwicklung hat neben dem Rückgang der Geburtenzahlen, der zu einem geringeren Anteil der Kinder und Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung führte, die zunehmende Frauenerwerbstätigkeit beigetragen.

Fast jede zweite Frau nimmt am Erwerbsleben teil

Der Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Arbeitslose) an der Gesamtbevölkerung lag in Rheinland-Pfalz im April 1982 bei 45,6%. Die Erwerbsquote der Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis 65 Jahre) betrug 66%. Die Quote der Männer in dieser Altersgruppe ging von 86,9% im Jahre 1972 auf 83,8% zurück, während sich die der Frauen um einen Prozentpunkt auf 48,3% erhöhte. Von 100 verheirateten Frauen nahmen 44 am Erwerbsleben teil, von 100 ledigen mehr als 60.

Bedingt durch frühzeitigeres Ausscheiden aus dem Erwerbsleben war der Rückgang bei den Männern im Alter von 60 bis 65 Jahren besonders groß. Aufgrund längerer Ausbildungszeiten sank auch die Erwerbsquote der bis zu 30 Jahre alten Männer in den letzten zehn Jahren überdurchschnittlich stark.

Diplom-Kaufmann E. Helms

Abgänge von Gebäuden und Wohnungen seit 1979

Anfang 1979 trat das Zweite Baustatistische Gesetz in Kraft. Entscheidendes Ziel der Novellierung war die stärkere Betonung bzw. Neueinführung von städtebaulich relevanten Merkmalen sowie die Anpassung der wohnungsorientierten Kriterien an neuere Entwicklungen. Ein besonderes Problem lag in der Vergangenheit in der ordnungsgemäßen Erfassung der Gebäude- und Wohnungsabgänge. Sie sind nicht nur zur Fortschreibung des Wohnungsbestandes erforderlich, sondern geben auch Aufschluß über die Veränderungen der Nutzung des Gebäudebestandes, über den Umfang der Abrisse aufgrund von Baumängeln oder Flächen- und Objektsanierungen sowie der Umwandlung von Wohn- in anderen Nutzraum. Die Abgänge werden seit 1979 mit einem eigenen Bogen erfaßt. Meldestellen sind die unteren Bauaufsichtsbehörden.

Neben den Totalabgängen von Gebäuden und Gebäudeteilen werden die Abgänge durch Nutzungsänderung ganzer Gebäude zwischen dem Wohn- und Nichtwohngebäude statistisch ausgewertet, so zum Beispiel die Umwandlung von Wohneinheiten zu gewerblichen Betriebsstätten und umgekehrt. Ebenfalls sollen die Nutzungsänderungen von Gebäudeteilen ohne Baumaßnahmen erfaßt werden, zum Beispiel

die Einrichtung einer Arztpraxis in einer Wohnung. Unberücksichtigt bleiben Veränderungen der gewerblichen Nutzung innerhalb des Nichtwohnbaus oder Veränderungen innerhalb des Wohnbaus.

Mehr als 3 800 Abgänge von Gebäuden

In den Jahren 1979 bis 1982 wurden 3 982 Abgänge von Gebäuden und Gebäudeteilen gemeldet. Die weitaus überwiegende Zahl (3 834 Fälle oder gut 96%) betraf den Abgang ganzer Gebäude. Auf diese beziehen sich die folgenden Ausführungen. Von diesen Gebäuden waren 1 391 Wohn- und 2 443 Nichtwohngebäude mit zusammen 3 364 Wohnungen. In sechs von zehn Wohngebäuden war nur eine Wohnung, in jedem vierten drei und mehr. Die durchschnittliche Wohnungsgröße lag bei 75 m², Einfamilienhäuser brachten es auf 96 m², die Wohneinheiten in Mehrfamilienhäusern auf 63 m².

Die meisten der nahezu 1 400 Wohngebäude mit 2 983 Wohnungen gehörten privaten Haushalten (41%), ein Drittel der öffentlichen Hand. In diesen 453 Gebäuden befand sich fast die Hälfte aller Wohnungen (1 344). Im Besitz von Unternehmen waren 23% der Gebäude, in 3,5% der Fälle waren Organisationen ohne Erwerbscharakter betroffen.

Abgänge von Gebäuden und Wohnungen nach Art, Baujahr, Eigentümern und Ursachen 1979 - 1982

Baujahr Eigentümer Ursache	Insgesamt				Wohngebäude				Nichtwohngebäude			
	Ge- bäude		Woh- nungen		zu- sammen		Woh- nungen		zu- sammen		Woh- nungen	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
<u>Baujahr</u>												
bis 1900 errichtet	1 636	42,7	1 899	56,4	827	59,5	1 695	56,8	809	33,1	204	53,5
von 1901 - 1918 "	931	24,3	719	21,4	273	19,6	637	21,4	658	26,9	82	21,5
" 1919 - 1948 "	813	21,2	410	12,2	191	13,7	346	11,6	622	25,5	64	16,8
" 1949 - 1970 "	427	11,1	330	9,8	96	6,9	300	10,1	331	13,6	30	7,9
1971 u.später "	27	0,7	6	0,2	4	0,3	5	0,1	23	0,9	1	0,3
<u>Eigentümer</u>												
Öffentliche Eigentümer	682	17,8	1 426	42,4	453	32,6	1 344	45,1	229	9,4	82	21,5
Unternehmen	1 133	29,6	899	26,7	315	22,6	763	25,6	818	33,5	136	35,7
Private Haushalte	1 930	50,3	936	27,8	574	41,3	785	26,3	1 356	55,5	151	39,6
Organisationen ohne Erwerbscharakter	89	2,3	103	3,1	49	3,5	91	3,0	40	1,6	12	3,2
<u>Ursachen</u>												
Schaffung öffentlicher Verkehrsflächen	274	7,1	469	13,9	191	13,7	435	14,6	83	3,4	34	8,9
Schaffung von Freiflächen	447	11,7	452	13,4	209	15,0	408	13,7	238	9,7	44	11,5
Errichtung eines neuen Wohngebäudes	1 364	35,6	1 534	45,6	612	44,0	1 430	47,9	752	30,8	104	27,3
Errichtung eines neuen Nichtwohngebäudes	525	13,7	374	11,1	151	10,9	323	10,8	374	15,3	51	13,4
Baurechtliche Unzulässigkeit des Gebäudes	40	1,0	54	1,6	23	1,7	48	1,6	17	0,7	6	1,6
Außergewöhnliches Ereignis	80	2,1	39	1,2	24	1,7	33	1,1	56	2,3	6	1,6
Nutzungsänderung	942	24,6	281	8,4	107	7,7	168	5,7	835	34,2	113	29,7
Sonstige Gründe	162	4,2	161	4,8	74	5,3	138	4,6	88	3,6	23	6,0
Insgesamt	3 834	100,0	3 364	100,0	1 391	100,0	2 983	100,0	2 443	100,0	381	100,0

Abgänge im Wohn- und Nichtwohnbau nach Gebäudearten und Bundesländern 1979 - 1982

Land	Insgesamt			Wohnbau				Nichtwohnbau			
	Ge- bäude	Woh- nungen	Ge- bäude		Woh- nungen		Ge- bäude	Woh- nungen			
			Anzahl	%	Anzahl	%		Anzahl	%	Anzahl	
Schleswig-Holstein	3 198	4 046	1 619	50,6	3 600	89,0	1 579	49,4	446	11,0	
Hamburg	2 038	5 288	1 402	68,8	5 126	96,9	636	31,2	162	3,1	
Niedersachsen	5 900	5 687	2 629	44,6	5 013	88,1	3 271	55,4	674	11,9	
Bremen	653	849	405	62,0	789	92,9	248	38,0	60	7,1	
Nordrhein-Westfalen	16 092	26 566	9 578	59,5	24 301	91,5	6 514	40,5	2 264	8,5	
Hessen	5 542	5 157	2 152	38,8	4 473	86,7	3 390	61,2	684	13,3	
Rheinland-Pfalz	3 834	3 364	1 391	36,3	2 983	88,7	2 443	63,7	381	11,3	
Baden-Württemberg	15 462	16 065	6 731	43,5	12 254	76,3	8 731	56,5	3 811	23,7	
Bayern	18 991	15 979	8 950	47,1	13 986	87,5	10 041	52,9	1 993	12,5	
Saarland	497	817	318	64,0	727	89,0	179	36,0	90	11,0	
Berlin (West)	1 691	8 562	952	56,3	8 450	98,7	739	43,7	112	1,3	
Bundesgebiet	73 898	92 380	36 127	48,9	81 702	88,4	37 771	51,1	10 677	11,6	

Mehr als die Hälfte der Nichtwohngebäude gehören privaten Haushalten (56%). Bei jedem dritten Gebäude zeichneten Unternehmen als Eigentümer, bei jedem zehnten die öffentliche Hand. Deren Gebäude hatten mit durchschnittlich 807 m² die größte Nutzfläche. Dieses Ergebnis ist mit beeinflußt durch die 24 Anstaltsgebäude, für die sich eine mittlere Fläche von 1 521 m² errechnet. Die geringste Nutzfläche mit 145 m² hatten die Nichtwohngebäude der privaten Haushalte. Hierbei dürfte es sich vielfach um alte Ställe, Scheunen und dergleichen handeln, da landwirtschaftliche Betriebsgebäude mit 142 m² die durchschnittlich niedrigste Nutzfläche aufweisen.

In der Differenzierung nach der Gebäudeart dominieren die Gebäude mit landwirtschaftlicher Nutzung (69%) vor den anderen Betriebsgebäuden (25%). Von untergeordneter Bedeutung blieben Anstalts- sowie Büro- und Verwaltungsgebäude (1 bzw. 2,2%).

Sechs von zehn Wohngebäuden stammen aus dem letzten Jahrhundert

Ein erheblicher Teil der Abgänge besteht aus alter Bausubstanz. Sechs von zehn Wohngebäuden stammen noch aus dem letzten Jahrhundert, jedes fünfte Haus wurde zwischen 1901 und 1918 errichtet und nur jedes vierzehnte nach 1948.

Eine etwas abweichende Altersstruktur ist bei den Nichtwohngebäuden festzustellen. Hier war ein Drittel der 2 443 Gebäude vor 1900 errichtet worden und jeweils ein Viertel zwischen 1901 bis 1918 bzw. zwischen 1919 bis 1948. Die insgesamt abgegangene Nutzfläche belief sich in dem vierjährigen Beobachtungszeitraum auf 747 000 m². Das sind 60% der Nutzfläche der im Jahre 1982 genehmigten Nichtwohngebäude.

Vielfältige Abgangsursachen

Die Gründe des Abgangs können vielfältiger Art sein. An erster Stelle stand in 36% der Fälle das Vorhaben, ein neues Wohngebäude zu errichten. Als zweithäufigster Grund ist eine Nutzungsänderung angegeben, jedes vierte Gebäude sollte für andere Zwecke als bisher Verwendung finden. Jedes siebte Gebäude wurde abgerissen, um Platz für ein neues Nichtwohngebäude zu schaffen. In 12 bzw. 7% der Fälle sollten Frei- bzw. öffentliche Verkehrsflächen geschaffen werden. Außergewöhnliche Ereignisse wie Brände oder Explosionen erreichen mit 2% einen geringen Anteil, gleiches gilt für bauordnungsrechtliche Unzulässigkeiten (1%).

Abgänge von Gebäuden und Wohnungen nach Regierungsbezirken 1979 - 1982

Regierungsbezirk	Insgesamt			Wohngebäude								Nichtwohngebäude				
	Ge- bäude	Woh- nungen	Ge- bäude	Woh- nungen	mit ... Wohnungen				3 und mehr				Ge- bäude	Woh- nungen		
					1	2	3 und mehr	1	2	3 und mehr	1	2				
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
Koblenz	1 271	1 148	470	33,8	1 023	34,3	271	33,3	88	37,0	108	32,2	801	32,8	125	32,8
Trier	600	221	116	8,3	169	5,7	87	10,7	15	6,3	14	4,2	484	19,8	52	13,6
Rheinhessen-Pfalz	1 963	1 995	805	57,9	1 791	60,0	456	56,0	135	56,7	213	63,6	1 158	47,4	204	53,6
Rheinland-Pfalz	3 834	3 364	1 391	100,0	2 983	100,0	814	100,0	238	100,0	335	100,0	2 443	100,0	381	100,0
Kreisfreie Städte	917	1 660	518	37,2	1 574	52,8	189	23,2	107	45,0	222	66,3	399	16,3	86	22,6
Landkreise	2 917	1 704	873	62,8	1 409	47,2	625	76,8	131	55,0	113	33,7	2 044	83,7	295	77,4

Während bei den Wohngebäuden mit 44% der Neubau eines entsprechenden Gebäudes im Vordergrund steht, rangiert bei den gewerblichen Bauten die Nutzungsänderung an erster Stelle (34%) vor dem Wohngebäude-Neubau (31%). Auch wurden Wohngebäude häufiger abgerissen als Nichtwohngebäude, um Verkehrs- und Freiflächen zu schaffen.

Jedes zweite Gebäude im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz

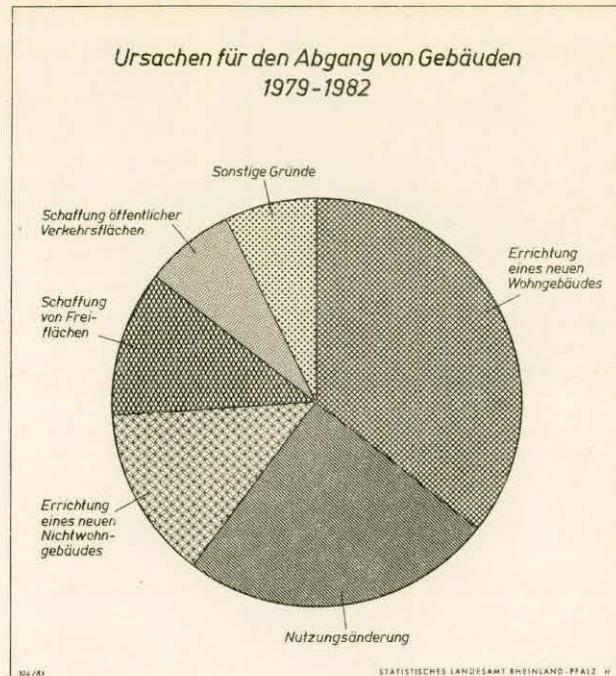
Jedes zweite Gebäude, das abgerissen wurde oder dessen Nutzung sich änderte, stand im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz, jedes dritte im Bezirk Koblenz und gut jedes sechste im Bezirk Trier. In der Differenzierung nach Gebäudearten ist in dem nördlichsten Regierungsbezirk keine Abweichung vom Gesamtergebnis festzustellen. Der Anteil der Wohngebäude lag in Rheinhessen-Pfalz mit 58% wesentlich über dem der Nichtwohngebäude (47%). Dagegen stand jedes fünfte der gut 2 400 Nichtwohngebäude im Bezirk Trier. Hier war die Quote bei den Wohngebäuden mit 8,3% unterdurchschnittlich.

Nur ein Viertel aller Gebäudeabgänge entfiel auf die kreisfreien Städte. Die restlichen 2 900 Häuser lagen in den Landkreisen. Hier war der Anteil der gut 2 000 Nichtwohngebäude mit 84% sehr hoch. Eine nicht so große Differenz errechnet sich für die Wohngebäude, von denen 37% in den Städten lagen.

Seit 1979 wurden von der Stadt Ludwigshafen 135 Wohngebäude mit zusammen 520 Wohnungen als Abgang gemeldet. Hierbei dürfte es sich in der überwiegenden Zahl um Abrisse handeln, die im Rahmen der Stadtsanierung notwendig waren. Recht hoch war die Zahl der Wohnungsabgänge in den Städten Koblenz (246) und Kaiserslautern (199) sowie in den Landkreisen Bad Kreuznach (228), Neuwied (192) und Mainz-Bingen (101). Die meisten Abgänge an Nichtwohngebäuden gab es in den ländlichen Kreisen Bernkastel-Wittlich (172) und Daun (164).

Rheinland-Pfalz im Bundesvergleich

Bundesweit wurden im Beobachtungszeitraum rund 73 900 Abgänge von Gebäuden ermittelt. Der rheinland-pfälzische Anteil lag bei 5,2%, bezogen auf die Zahl der Wohnungen bei 3,6%. Mit 3,9% war die



Landesquote im Wohnbau deutlich niedriger als im Nichtwohnbau mit 6,5%. Die Aufgliederung der Gebäude nach Arten zeigt, daß 36% auf Wohngebäude entfielen und 64% auf Nichtwohngebäude. Im Bundesdurchschnitt lauten die vergleichbaren Werte 49 bzw. 51%. Der verhältnismäßig niedrige Landesanteil bei diesen Wohngebäuden überrascht etwas, da in Rheinland-Pfalz ein relativ hoher Altabaustand vorhanden ist. So wurde bei der letzten 1%-Wohnungsstichprobe 1978 ermittelt, daß im Bundesgebiet 24% der Wohngebäude bis zum Jahre 1918 errichtet wurden, im Land dagegen 34%. Dieser Wert wurde von keinem anderen Bundesland übertroffen. Die Ursache des geringen Abgangs bei den Wohngebäuden kann in der Struktur des Landes gesehen werden. Da die Zahl der Groß- und Mittelstädte nicht hoch ist, waren Stadtsanierungen, die mit Gebäudeabrisse verbunden sind, weniger notwendig als in Ländern mit einer stärkeren städtischen Bebauungsweise.

Diplom-Volkswirt I. Hawliczek

Außenhandel mit Wein

Die Landschaften am Rhein und seinen Nebenflüssen sind in besonderem Maße für den Weinbau geeignet. Hier befinden sich zwei Drittel der Rebfläche des gesamten Bundesgebietes. Dabei nimmt Rheinhessen mit einer Rebfläche von 21 300 ha unter den sechs Anbaugebieten des Landes den ersten Rang ein. Es folgen die Gebiete Rheinpfalz (20 000 ha), Mosel/Saar/Ruwer (11 400 ha), Nahe (4 100 ha), Mittelrhein (740 ha) und Ahr (390 ha). Insgesamt belief sich die Rebfläche in Rheinland-Pfalz im Jahre 1982 auf rund 58 000 ha (Bundesgebiet 89 000 ha).

In Rheinland-Pfalz wurden im Jahre 1982 fast 10,6 Mill. hl Weinmost geerntet. Das entspricht einem durchschnittlichen Hektarertrag von 182 hl. Der höchste Durchschnittsertrag wurde im Anbaugebiet Mosel/Saar/Ruwer erzielt (204 hl). Für die Rheinpfalz und Rheinhessen ergaben sich mittlere Erträge von 182 und 176 hl. Es folgen die Gebiete Nahe mit 166 und Ahr mit 143 hl. Der Mittelrhein mit seinen Steillagen lag mit 130 hl am Ende dieser Reihe.

Wichtigste Rebsorte in Rheinland-Pfalz ist die Müller-Thurgau-Traube mit einem Viertel der gesamten

Ertragsrebfläche und Weinmosternte 1982

Anbaugebiet Rebsorte	Ertrags- rebfläche	Erntemenge	
		ins- gesamt	je Hektar
	ha	hl	
Ahr	389	55 416	143
Mittelrhein	738	95 961	130
Mosel/Saar/Ruwer	11 429	2 328 661	204
Nahe	4 143	688 103	166
Rheinhessen	21 259	3 748 330	176
Rheinpfalz	20 047	3 644 199	182
Müller-Thurgau	14 385	2 717 176	189
Riesling, Weißer	12 088	1 982 314	164
Silvaner, Grüner	6 448	1 130 954	175
Kerner	3 747	651 149	174
Scheurebe	3 385	656 631	194
Morio-Muskat	2 891	687 188	238
Portugieser, Blauer	2 189	362 768	166
Übrige Sorten	12 872	2 372 490	184
Insgesamt	58 005	10 560 670	182

Erntemenge. Es folgen Weißer Riesling mit einem Fünftel und Grüner Silvaner mit einem Zehntel der Weinmostproduktion. Danach folgen die Sorten Kerner, Scheurebe und Morio-Muskat mit je 6%, Faber-Rebe und Bacchus mit je 4%, Blauer Portugieser mit 3% und Blauer Spätburgunder mit 0,5%.

2 Mill. hl Wein ausgeführt

Im Jahre 1982 exportierte Rheinland-Pfalz rund 2 Mill. hl Wein im Werte von 761 Mill. DM. Das entspricht sowohl mengen- als auch wertmäßig einem Anteil von jeweils fast neun Zehnteln der Weinausfuhr aus dem Bundesgebiet. Der Anteil des Weins am Gesamtexport von Rheinland-Pfalz betrug knapp 3%.

Rheinland-pfälzische Weine werden in 110 Staaten verkauft. Hauptabnehmer sind die Länder der Europäischen Gemeinschaften einschließlich der beitrittswilligen Länder Spanien und Portugal, in die drei Fünftel des aus Rheinland-Pfalz ausgeführten Weins

gehen. Wichtigster Abnehmer ist Großbritannien mit 710 000 hl vor den USA und Kanada mit zusammen 613 000 hl und den Niederlanden mit knapp 300 000 hl. Größere Kontingente gingen nach Dänemark, Schweden und Japan mit je 3% sowie Australien mit 1% unserer Weinausfuhren.

Von den Beziehern werden Qualitätsweißweine bevorzugt, die 1982 drei Viertel aller rheinland-pfälzischen Weinausfuhren ausmachten. Ein Fünftel der exportierten Weine waren andere Weißweine oder Rot-



STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ

weine. Nur etwa 8% der Lieferungen waren für die Schaumwein- bzw. Sektherstellung bestimmt. Diese Quote variiert zwischen 2% bei den Ausfuhren nach Großbritannien, Kanada und Japan und 34% nach den Niederlanden. Den relativ höchsten Anteil an Qualitätsweinen bezog Australien (95%), von den Weinlieferungen in die Niederlande waren es 49% (Vereinigte Staaten 90%).

Weinausfuhr nach Weinarten und Hauptabnehmerstaaten 1982

Land	Wein insgesamt		Qualitätswein		Anderer Wein		Schaum- wein
			zusammen	Weißwein	zusammen	Weißwein	
	hl	%	hl	%	hl	%	
Europa	1 240 368	63	814 880	810 802	296 264	291 094	129 224
EG einschl. beitrittswilliger Länder 1)	1 159 713	58	753 825	749 874	280 752	275 919	125 136
Großbritannien	708 040	36	512 700	510 719	184 448	182 923	10 892
Niederlande	297 483	15	146 186	146 044	49 615	48 937	101 682
Dänemark	68 248	3	42 156	42 047	21 798	21 586	4 294
Übrige EG-Länder	85 942	4	52 783	51 064	24 891	22 473	8 268
Schweden	52 356	3	38 924	38 924	11 185	11 185	2 247
Übrige europäische Länder	28 299	2	22 131	22 004	4 327	3 990	1 841
USA	499 989	25	449 993	449 703	19 059	18 281	30 937
Kanada	112 715	5	83 397	82 897	27 636	26 795	1 682
Japan	55 305	3	38 524	38 428	15 979	15 673	802
Australien	20 580	1	19 681	19 598	751	632	148
Übriges Ausland	55 943	3	49 790	49 730	5 286	4 956	867
Insgesamt	1 984 900	100	1 456 265	1 451 158	364 975	357 431	163 660

1) Spanien, Portugal.

Außenhandel mit Wein nach ausgewählten Staaten 1972 und 1982

Käuferland Herstellungsland	1972				1982			
	Menge	Wert	Anteil	Preis je Liter	Menge	Wert	Anteil	Preis je Liter
	hl	1 000 DM	%	DM	hl	1 000 DM	%	DM
Ausfuhr nach								
Großbritannien	125 248	38 810	25	3,10	708 040	251 014	33	3,55
Vereinigte Staaten	182 639	66 837	42	3,66	499 989	229 328	30	4,59
Niederlande	28 395	7 939	5	2,80	297 483	84 071	11	2,83
Kanada	23 376	10 072	6	4,31	112 715	53 742	7	4,77
Dänemark	13 205	2 658	2	2,01	68 248	21 241	3	3,11
Japan	3 089	1 413	1	4,57	55 305	26 478	4	4,79
Schweden	23 847	6 033	4	2,53	52 356	16 875	2	3,22
Belgien/Luxemburg	19 478	5 649	4	2,90	46 615	15 134	2	3,25
Republik Irland	3 659	1 653	1	4,52	22 744	9 105	1	4,00
Australien	3 416	1 603	1	4,69	20 581	10 907	2	5,30
Frankreich	3 580	1 218	1	3,40	13 210	4 299	1	3,25
Norwegen	3 791	891	1	2,35	11 999	4 170	1	3,48
Brasilien	1 285	524	0	4,08	10 200	3 358	0	3,29
Mexiko	836	461	0	5,51	9 442	4 946	1	5,24
Schweiz	8 146	2 567	2	3,15	7 498	3 170	0	4,23
Finnland	3 664	899	1	2,45	5 672	1 683	0	2,96
Neuseeland	1 779	770	0	4,33	4 455	2 616	0	5,87
Italien	4 002	1 494	1	3,73	2 777	1 194	0	4,30
Trinidad	35	15	0	4,29	2 657	1 519	0	5,72
Singapur	312	149	0	4,78	1 853	1 074	0	5,80
Bahamas	446	213	0	4,78	1 916	878	0	4,83
Venezuela	831	434	0	5,22	1 781	1 059	0	5,95
Bermuda	502	210	0	4,18	1 595	592	0	3,71
Übrige	13 196	5 452	3	4,13	25 769	12 271	2	4,75
Insgesamt	468 757	157 964	100	3,37	1 984 900	760 724	100	3,83
Einfuhr aus								
Italien	1 618 353	112 434	44	0,69	2 033 659	144 400	39	0,71
Frankreich	951 692	102 573	41	1,08	646 627	107 598	29	1,66
Jugoslawien	155 847	11 644	5	0,75	242 326	23 223	6	0,96
Österreich	36 472	7 445	3	2,04	135 769	35 479	10	2,61
Ungarn	23 699	5 720	2	2,41	131 411	21 146	6	1,61
Tunesien	36 891	2 012	1	0,55	97 050	9 316	2	0,96
Spanien	52 800	5 214	2	0,99	78 890	17 464	5	2,21
Portugal	6 478	1 776	0	2,74	7 102	2 705	1	3,81
Bulgarien	14 388	900	0	0,63	12 967	1 232	1	0,95
Marokko	-	-	-	-	10 038	1 171	1	1,17
Griechenland	28 657	1 755	1	0,61	4 356	891	0	2,05
Belgien/Luxemburg	6 967	333	0	0,48	2 294	710	0	3,10
Übrige	16 632	1 354	1	0,81	4 256	1 454	0	3,04
Insgesamt	2 948 876	253 160	100	0,86	3 406 745	366 789	100	1,08

**Rheinland-Pfalz mit 90% an der deutschen
Weinausfuhr beteiligt**

Rheinland-Pfalz ist das führende Weinexportland im Bundesgebiet. Seit über drei Jahrzehnten hält sich der Anteil am Wert des aus dem Bundesgebiet exportierten Weins nahezu unverändert bei 90%. Dagegen sank die Quote der rheinland-pfälzischen Weineinfuhren am Bundesergebnis zwischen 1970 und 1982 von 31 auf 23%.

Im Jahre 1950 hatte Rheinland-Pfalz rund 31 000 hl Wein im Wert von 7,3 Mill. DM ausgeführt. Seither stiegen Ausfuhrmenge und Wert kontinuierlich. Schon im Jahre 1960 waren die Weinexporte fünfmal so hoch wie 1950. Im Jahre 1970 hatte sich die Ausfuhrmenge bereits verzehnfacht. Für die Folgejahre errechnen sich durchschnittliche jährliche Steigerungen der Ausfuhr von mehr als 20%. Im Jahre 1982 wurde das bisher höchste Ergebnis von nahezu 2 Mill. hl erzielt. Dies ist die 63fache Menge von 1950.

Gleichzeitig stieg der Verkaufswert um mehr als das 100fache auf 761 Mill. DM.

Die rheinland-pfälzische Einfuhr von Wein hatte im Jahre 1970 noch um 67,7 Mill. DM über dem entsprechenden Ausfuhrwert gelegen. Erst ab 1976 errechnet sich ein Überschuß der Exporte, der sich seither kontinuierlich erhöhte. Im Jahre 1982 lag die Ausfuhr um 394 Mill. DM bzw. 107% über dem Wert der Einfuhr. Während Rheinland-Pfalz beim Außenhandel mit Wein seit 1976 regelmäßig Exportüberschüsse erzielt, sind für das Bundesgebiet seit 1950 wertmäßig stets wesentlich höhere Importe zu verzeichnen. Von 1981 auf 1982 ging der Einfuhrüberschluß im Bundesgebiet um fast 60 Mill. DM auf 719 Mill. DM zurück. Aber auch im Jahre 1982 lagen hier die Weinimporte wertmäßig noch um 45% über den Exporten. Beim rheinland-pfälzischen Weinhandel stieg 1982 hingegen der Ausfuhrüberschluß von 320 auf 394 Mill. DM an.

Jahr	Rheinland-Pfalz					Bundesgebiet					Ausfuhrüberschuß	
	Ausfuhr		Einfuhr			Ausfuhr		Einfuhr			Rheinland-Pfalz	Bundesgebiet
	hl	1 000 DM	hl	1 000 DM	hl	1 000 DM	hl	1 000 DM	hl	1 000 DM	1 000 DM	1 000 DM
1950	30 760	7 349	.	.	36 093	8 605	863 843	64 426
1955	115 785	22 195	.	.	135 647	26 174	2 837 012	128 390
1960	188 761	39 759	.	.	221 143	48 329	4 322 043	217 245
1965	172 973	50 646	.	.	202 647	59 253	4 271 419	338 814
1970	306 013	98 109	2 182 031	165 833	348 232	110 489	6 292 022	540 247	- 67 724	- 429 758	.	.
1975	726 334	218 292	2 689 695	255 026	826 936	251 681	7 324 557	815 284	- 36 734	- 563 603	.	.
1980	1 679 450	561 585	3 383 090	353 643	1 880 097	630 807	9 438 464	1 399 212	207 942	- 768 405	.	.
1981	1 834 190	694 773	3 698 100	375 099	2 085 545	786 807	10 246 733	1 560 528	319 674	- 773 721	.	.
1982	1 984 900	760 724	3 406 750	366 789	2 278 126	865 415	9 992 254	1 584 138	393 935	- 718 723	.	.

Im Jahre 1982 exportierte Rheinland-Pfalz Wein im Werte von mehr als 750 Mill. DM. Gegenüber 1977 errechnet sich ein Zuwachs von 106%. Mehr als die Hälfte der Lieferungen erhielten die Europäischen Gemeinschaften, die einschließlich der beitrittswilligen Länder Portugal und Spanien ihre Abnahme in den letzten fünf Jahren um 135% steigerten. Für die Lieferungen nach Großbritannien ergab sich die höchste Zunahme (+ 160%). Im Jahre 1982 gelangte ein Drittel der rheinland-pfälzischen Weinausfuhren nach Großbritannien. Die Lieferungen in die Vereinigten Staaten mit rund 30% fielen auf Platz Zwei zurück.

Den rheinland-pfälzischen Weinexporten von 2 Mill. hl standen Einfuhren von 3,4 Mill. hl gegenüber. Ita-

lien lieferte drei Fünftel dieses Weins, und zwar für 0,71 DM je Liter. Aus Frankreich wurde ein weiteres Fünftel zu einem durchschnittlichen Literpreis von 1,66 DM bezogen (Jugoslawien und Tunesien 0,96 DM). Die teuersten Importweine kamen aus Portugal (3,81 DM). Für die aus Rheinland-Pfalz exportierten Weine wurden im Durchschnitt 3,83 DM je Liter erzielt (Importweine 1,08 DM). Ein Teil der eingeführten Weine wird von der Industrie weiterverarbeitet. Im Jahre 1982 gingen von den aus dem Ausland ins Bundesgebiet gelieferten Weinen 23% nach Rheinland-Pfalz.

A. Sander

Schweinehaltung 1950 bis 1982

In keinem anderen Land Westeuropas wird soviel Schweinefleisch gegessen wie in der Bundesrepublik Deutschland. Hier konsumiert jeder Einwohner jährlich knapp 50 kg Schweinefleisch. Der Pro-Kopf-Ver-

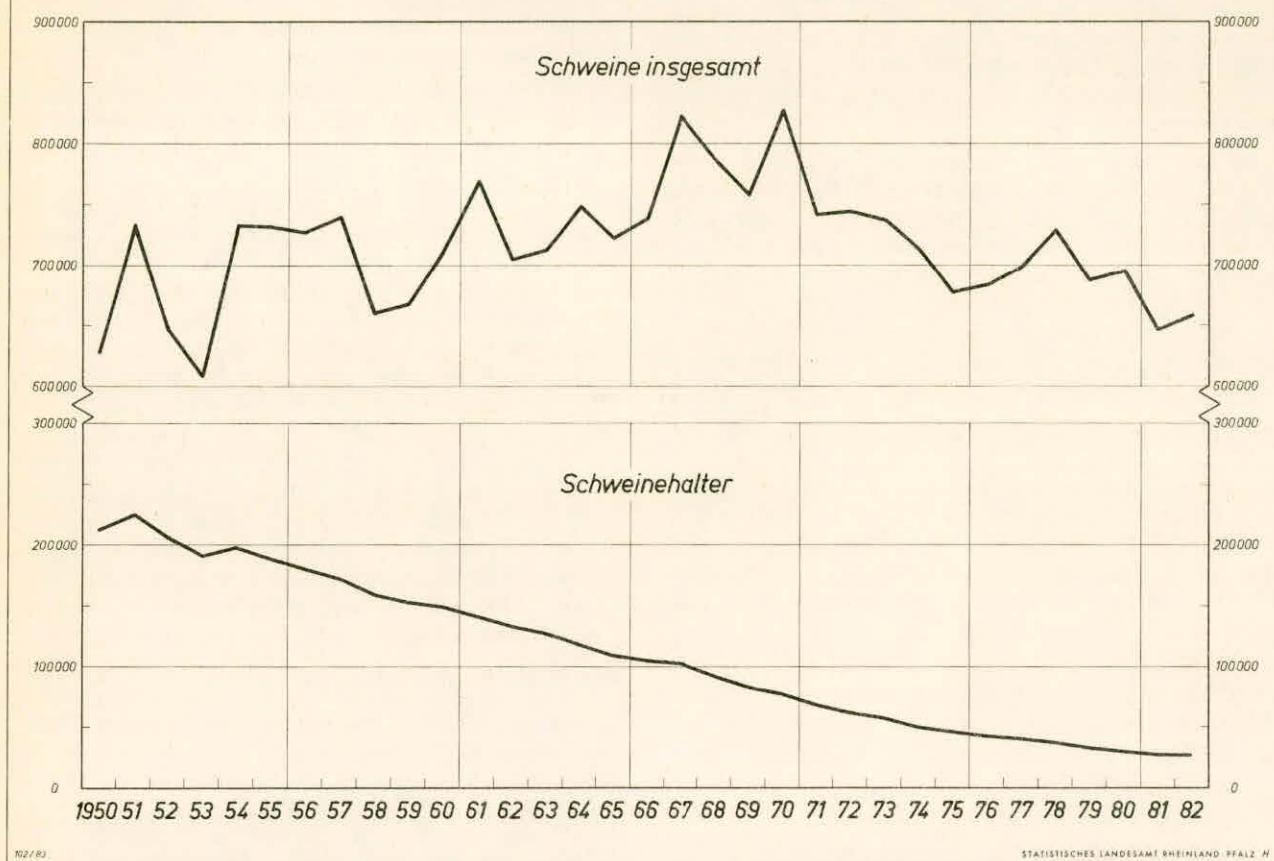
brauch verlief während der vergangenen drei Jahrzehnte nahezu parallel zur allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung; er hat sich seit 1950 um das Zweieinhalbache gesteigert.

Schweinebestand im Dezember 1950 - 1982¹⁾

Jahr	ins- gesamt	Ferkel unter 8 Wochen alt	Jung- schweine 8 Wochen bis 1/2 Jahr	Schlacht- und Mast- schweine 1/2 Jahr und älter	Jung-, Schlacht- und Mast- schweine zu- sammen	Zuchtsauen						Eber			
						1/2 bis noch nicht 1 Jahr		1 Jahr und älter		träch- tig	nicht träch- tig	träch- tig	nicht träch- tig	zu- sammen	
						träch- tig	nicht träch- tig	träch- tig	nicht träch- tig						
1950	628 053	126 323	279 977	176 309	456 286	7 644	6 539	16 677	13 222	24 321	19 761	44 082	1 362		
1955	732 492	130 819	341 555	215 781	557 336	5 177	5 317	18 180	14 357	23 357	19 674	43 031	1 306		
1960	711 296	162 963	340 210	154 744	494 954	8 139	5 605	22 909	15 222	31 048	20 827	51 875	1 504		
1965	721 814	161 133	362 016	141 363	503 379	6 754	5 054	26 475	17 360	33 229	22 414	55 643	1 659		
1970	827 395	213 948	413 208	121 198	534 406	10 414	6 899	35 473	23 747	45 887	30 646	76 533	2 508		
1975	677 019	196 182	180 465	224 388	404 853	11 976	8 930	35 431	16 567	47 407	25 497	72 904	3 080		
1980	695 202	195 741	174 612	243 156	417 768	10 336	8 565	39 123	19 910	49 459	28 475	77 934	3 759		
1982	658 352	183 124	168 212	228 023	396 235	9 978	8 646	38 217	18 362	48 195	27 008	75 203	3 790		

1) Von 1973 Ferkel unter 20 kg, Jungschweine 20 - 50 kg und Mastschweine ab 50 kg.

Schweinebestand und Halter 1950 - 1982



Mehrfache Zählungen im Jahr

Nachdem früher die Schweinebestände in vierteljährigem Rhythmus gezählt wurden, erfolgen die Erhebungen aufgrund einer EG-Vorschrift seit Dezember 1973 im Abstand von vier Monaten und zwar im Dezember, April und August. Die Trächtigkeitsdauer von 114 Tagen und eine immer kürzer werdende Mastperiode lassen gravierende Bestandsveränderungen mit ausreichender Sicherheit frühzeitig erkennen. Der Termin der allgemeinen Viehzählung am 3. Dezember eines jeden Jahres wurde beibehalten. Diese regelmäßigen Erhebungen der Schweinebestände sind eine Voraussetzung für die Beurteilung der Marktversorgung und stellen die Grundlage für zuverlässige Prognosen dar.

Die Untergruppen des Gesamtschweinebestandes wurden früher in der amtlichen Statistik durch eine altersbezogene Einteilung voneinander abgegrenzt. Seit Dezember 1973 wird eine Zuordnung der potentiellen Masttiere nach dem Gewicht vorgenommen. Züchterische sowie haltungstechnische Fortschritte, die zu schnelleren Umtrieben in der Schweinemast führten und damit die altersbezogene Zuordnung erschwerten, machten diese methodische Umstellung erforderlich.

Die im folgenden Beitrag verwendeten Daten beziehen sich aus Gründen der Vergleichbarkeit ausschließlich auf Ergebnisse der allgemeinen Viehzählungen im Dezember.

Schweinebestand nahezu unverändert

Im Jahre 1950 war die Schweinehaltung in nahezu jedem landwirtschaftlichen Betrieb anzutreffen. Damals gab es in Rheinland-Pfalz in 213 000 Betrieben gut 628 000 Schweine. Jeder Landwirt hieß folglich durchschnittlich drei Schweine, die zum überwiegenden Teil der Selbstversorgung der auf den Betrieben lebenden Familien- und Fremdarbeitskräfte dienten. Häufig basierte die Futtergrundlage auf den Abfällen des Speisekartoffelanbaues oder es wurde gezielt eine Hackfruchtmast betrieben. Mit der Nachfrage nach immer fettärmerem Fleisch entstanden bei den erwähnten Mastarten jedoch wachsende Wettbewerbsnachteile gegenüber der Getreidemast, die letzten Endes die Schweinehaltung zur reinen Veredlungsproduktion werden ließ, so daß für viele Betriebe mit großen Grünlandanteilen oder der Möglichkeit des Ausbaues von Dauerkulturen die Schweinemast unrentabel wurde.

Der Gesamtbestand stieg dennoch in Abhängigkeit von den zu erwartenden Ernten und der jeweiligen Marktlage während der 50er und 60er Jahre mit zyklischen Schwankungen bis 1970 um insgesamt 32% auf gut 827 000 Schweine an. Dies war ausschließlich auf Bestandsausweiterungen der Betriebe zurückzuführen, die in den bevorzugten Gebieten im nördlichen Landesteil liegen.

Insgesamt war der Anteil der schweinehaltenden Betriebe bis zu diesem Zeitpunkt schon um knapp 64% auf weniger als 77 000 zurückgegangen. Die in der Schweineproduktion verbleibenden Betriebe konnten also bis dahin durch den Ausbau der Haltungskapazitäten die Abgänge deutlich mehr als kompensieren. Die durchschnittliche Bestandsgröße war bis dahin auf knapp 11 Schweine je Betrieb angewachsen.

In den letzten zwölf Jahren hat sich diese Entwicklung nicht mehr im gleichen Maße fortgesetzt. Zwar nahm die Anzahl der Betriebe vor allem in den Weinbaugebieten unvermindert weiter ab, aber der gesamte Schweinebestand verringerte sich gleichzeitig auf 658 000 Schweine im Jahre 1982, wiederum überlagert von den als Schweinezyklus bekannten ein bis drei Jahre andauernden Trendwendungen.

Der Bestand übertraf damit das Niveau von 1950 um nur noch 5% und war im Vergleich zu 1970 um 20% zurückgegangen. Die durchschnittliche Anzahl der Schweine hatte sich nun auf 24 Tiere je Betrieb vergrößert. Jedoch konnten in den verbleibenden 27 000 Betrieben diese Bestandsaufstockungen, welche als Zeichen des fortschreitenden strukturellen Wandels zu sehen sind, die Abgänge nicht mehr ausgleichen.

Die Hauptursache, daß die Bestandserweiterungen sich nicht stärker fortsetzen, wie dies in anderen Bundesländern zu beobachten ist, liegt in der kleinfärbäuerlichen Struktur vieler Betriebe begründet, die

meist innerhalb der Dörfer ihre Bestände nicht mehr weiter ausbauen können und auch nicht über ausreichend Kapital verfügen, um Stallungen außerhalb der Wohngebiete aufzubauen.

Starke Veränderungen innerhalb der Bestandsgrößenklassen

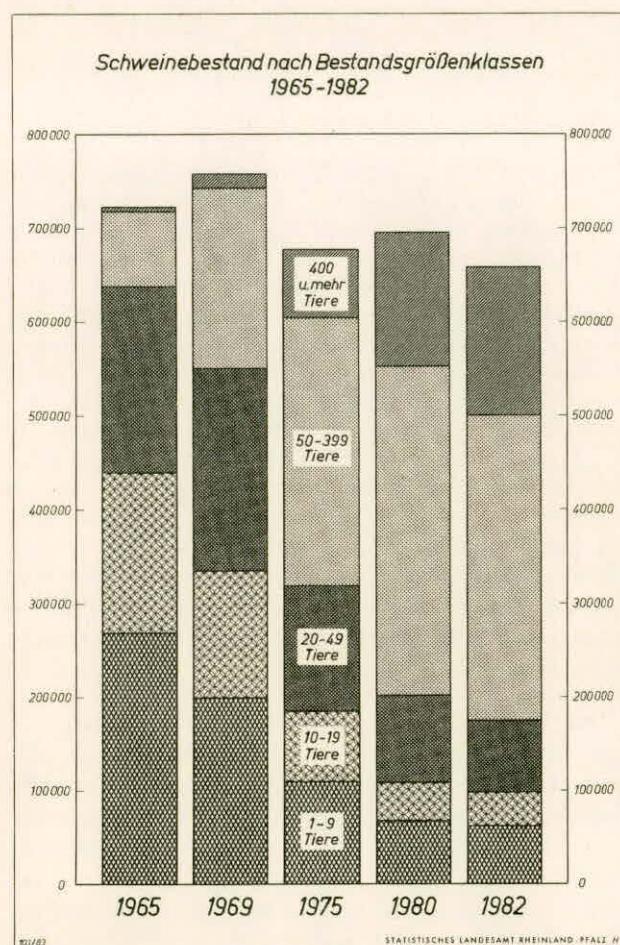
Die Systematik der heute gültigen Bestandsgrößenklassen ist erst seit 1965 vergleichbar; folglich müssen vorherige Veränderungen unberücksichtigt bleiben. Vor 18 Jahren waren noch knapp neun Zehntel der Tiere in 99% der Schweinehaltungen mit weniger als 50 Plätzen aufgestellt und nur sieben Betriebe verfügen über mehr als 400 Schweine. Nicht ganz 0,6% des gesamten rheinland-pfälzischen Schweinebestandes wurden damals in Betrieben dieser Bestandsgrößenklasse gehalten. Zehn Jahre später waren es schon mehr als 10%. Der Anteil stieg ständig weiter an und 1980 registrierten die amtlichen Zähler gut 59 000 Tiere mehr in dieser Kategorie. Heute verfügen zwar immer noch 90% aller Schweinehalter über Bestände von unter 50 Tieren, aber mehr als 73% der 658 000 gehaltenen Schweine sind in den größeren Bestandsklassen anzutreffen. So halten allein 249 Betriebe mit 400 und mehr Stallplätzen knapp 157 000 Tiere und damit fast ein Viertel des Gesamtbestandes.

Gut 30 000 Zuchtsauen mehr als 1950

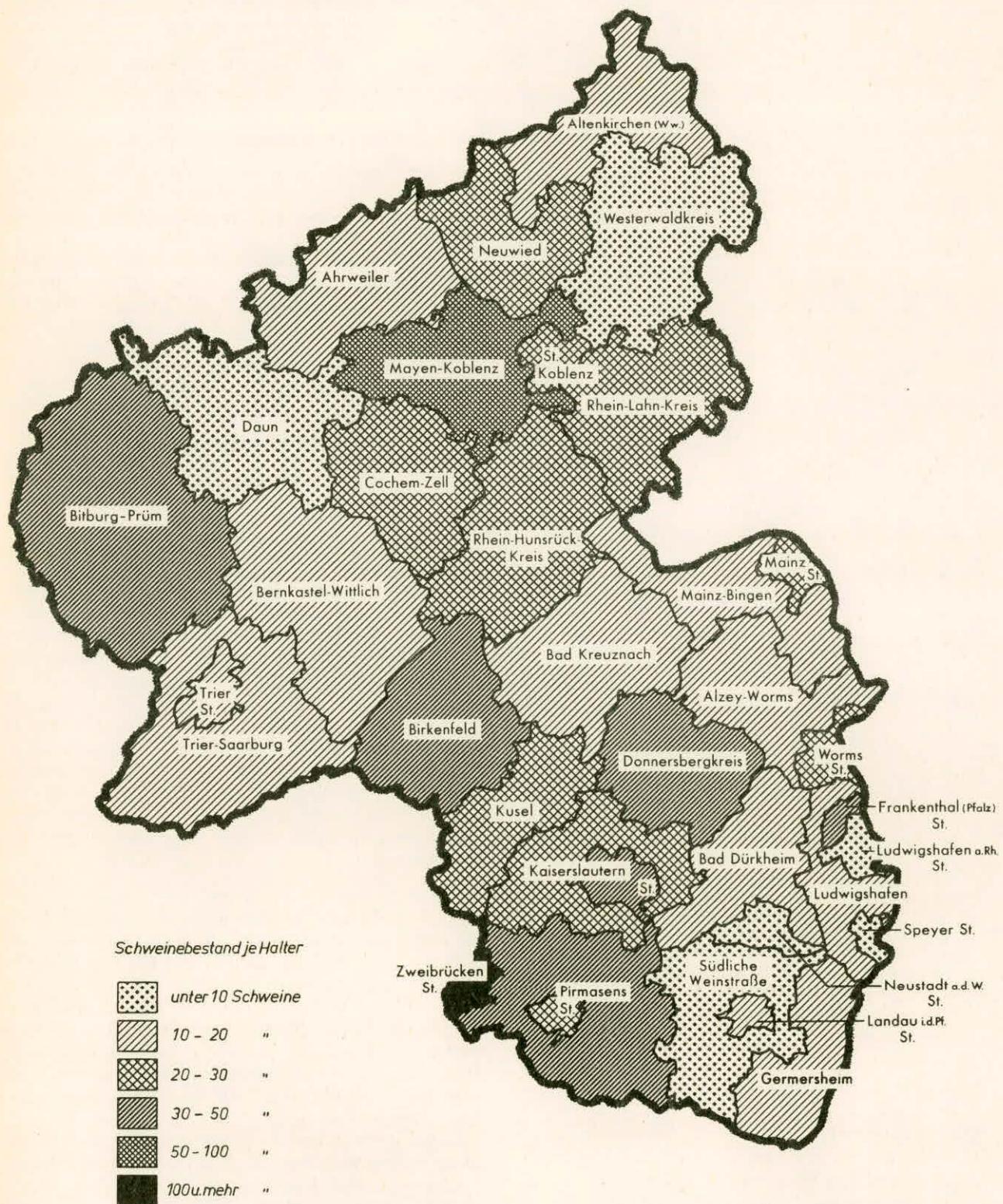
Während sich der heutige Gesamtschweinebestand dem Niveau der beginnenden 50er Jahre wieder angenähert hat, stieg der Zuchtschweinebestand, von kurzfristigen Rückgängen abgesehen, bis 1978 auf knapp 85 000 ständig an, so daß zu diesem Zeitpunkt im Vergleich zu vor 30 Jahren mehr als doppelt so viel Zuchtsauen gehalten wurden. Seit 1978 jedoch verringerten sich, mit Ausnahme des letzten Jahres, die Zuchttierbestände kontinuierlich. Mit dem letztyährigen nicht ganz 1% erreichenden Anstieg auf 75 200 Zuchtsauen reagierten die Halter sicherlich auf das den Markt bestimmende hohe, jedoch zeitlich gesehen nicht stabile Preisniveau vom Herbst 1981 bis Winter 1982.

Der Anteil an nicht tragenden Muttertieren am Sauenbestand hat sich in den vergangenen drei Jahrzehnten deutlich verringert. Betrug dieser 1951 noch 50%, war er bis 1961 schon auf knapp 42% zurückgegangen. Weitere zehn Jahre später näherte er sich mit reichlich 38% dem heutigen Wert, welcher in den Jahren von 1978 bis 1982 zwischen 35 und 36% pendelte. Dies deutet nicht etwa darauf hin, daß die Anzahl der nicht tragenden Sauen während des ganzen Jahres geringer wird, sondern die Periode der Nichtträchtigkeit konnte durch haltungs- und fütterungstechnische Fortschritte erheblich verkürzt werden. Um die Wirtschaftlichkeit der Sauenhaltung nachdrücklich zu verbessern, besteht nämlich die Möglichkeit, die Säugezeit von sieben bis acht auf drei bis vier Wochen zu verkürzen und mit einer früher folgenden Trächtigkeit die Wurffolge und somit die Anzahl der Ferkel je Sau und Jahr eindeutig zu erhöhen.

Ferner war zu beobachten, daß der Anteil der Zuchtsauen am Gesamtschweinebestand angewachsen ist. Während in den 50er Jahren zwischen 14 und



Durchschnittlicher Schweinebestand je Halter nach Verwaltungsbezirken 1982



Schweinebestände und ihre Anteile
am Gesamtbestand
nach Verwaltungsbezirken 1950 und 1982

Verwaltungsbezirk	1950		1982	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Kreisfreie Stadt Koblenz	2 231	0,4	2 129	0,3
Landkreise				
Ahrweiler	15 046	2,4	11 064	1,7
Altenkirchen (Ww.)	19 280	3,1	9 530	1,4
Bad Kreuznach	23 957	3,8	19 622	3,0
Birkenfeld	17 766	2,8	22 300	3,4
Cochem-Zell	20 397	3,3	21 059	3,2
Mayen-Koblenz	28 158	4,5	118 425	18,0
Neuwied	18 362	2,9	12 892	2,0
Rhein-Hunsrück-Kreis	37 774	6,0	36 970	5,6
Rhein-Lahn-Kreis	36 026	5,7	40 023	6,1
Westerwaldkreis	35 842	5,7	8 770	1,3
RB Koblenz	254 839	40,6	302 784	46,0
Kreisfreie Stadt Trier	2 713	0,4	693	0,1
Landkreise				
Bernkastel-Wittlich	40 456	6,5	28 231	4,3
Bitburg-Prüm	57 485	9,2	101 616	15,4
Daun	23 340	3,7	7 849	1,2
Trier-Saarburg	39 152	6,2	36 281	5,5
RB Trier	163 146	26,0	174 670	26,5
Kreisfreie Städte				
Frankenthal (Pfalz)	1 740	0,3	1 289	0,2
Kaiserslautern	1 601	0,3	1 535	0,2
Landau i.d.Pfalz	1 865	0,3	1 775	0,3
Ludwigshafen a.Rhein	2 188	0,4	430	0,1
Mainz	4 004	0,6	2 866	0,4
Neustadt a.d.Weinstr.	2 817	0,4	1 198	0,2
Pirmasens	1 434	0,2	1 092	0,2
Speyer	833	0,1	270	0,0
Worms	3 761	0,6	2 571	0,4
Zweibrücken	2 526	0,4	6 057	0,9
Landkreise				
Alzey-Worms	27 560	4,4	15 982	2,4
Bad Dürkheim	12 981	2,1	5 319	0,8
Donnersbergkreis	20 349	3,2	34 528	5,3
Germersheim	16 231	2,6	15 099	2,3
Kaiserslautern	15 326	2,4	15 896	2,4
Kusel	19 367	3,1	15 139	2,3
Südliche Weinstraße	17 363	2,8	7 752	1,2
Ludwigshafen	13 141	2,1	6 719	1,0
Mainz-Bingen	25 201	4,0	16 545	2,5
Pirmasens	19 780	3,1	28 836	4,4
RB Rheinhessen-Pfalz	210 068	33,4	180 898	27,5
Rheinland-Pfalz	628 053	100,0	658 352	100,0
Kreisfreie Städte	27 713	4,4	21 905	3,3
Landkreise	600 340	95,6	636 447	96,7

18 Schweine auf eine Zuchtsau kamen, waren es in den 60er Jahren nur noch 11 bis 14. Im Jahre 1975 übertraf der Sauenbestand erstmals 10%. Heute werden je Zuchtsau durchschnittlich nur noch 9 Schweine gehalten. Dieser größer werdende Anteil liegt im schnelleren Umtreib innerhalb der Schweinemast begründet. Damals fand die Züchtung noch unter den Aspekten der Fett- und Fleischerzeugung statt, und es wurden Mastendgewichte von 150 kg angestrebt. Heute hingegen trägt die Schweineproduktion dem Verlangen der Verbraucher nach fettarmen Fleischstücken Rechnung. Die Masttiere werden bei etwa 100 kg Lebendgewicht geschlachtet.

Regionale Konzentrationen

Außer innerbetrieblicher Konzentrationen fanden auch regionale Verlagerungen der Schweinehaltung statt. Einhergehend mit Veränderungen aufgrund struktureller Gegebenheiten nahm die Schweinehaltung in den Ackerbaustandorten des Landes erheblich zu. Am deutlichsten konnte dies im Kreis Mayen-Koblenz beobachtet werden. Hier standen 1950 mit 28 000 nur 4,5% aller im Land gehaltenen Schweine. Bis 1970 konnten die dort ansässigen Schweinehalter ihre Bestandskapazitäten fast verdreifachen, und 1982 betrug die erneute Aufstockung wiederum nahezu 50%, so daß in diesem Kreis mit 118 000 heute gut 18% des gesamten rheinland-pfälzischen Schweinebestandes gehalten werden. Auch im Kreis Bitburg-Prüm wurden zeitweise vergleichbare Bestandsausweitungen beobachtet. Hielten die Landwirte dort vor 30 Jahren gut 57 000 Tiere, so wurden 1960 schon 35% und 1970 mit 111 000 sogar 92% mehr gezählt. In den vergangenen zwölf Jahren hat der Bestand wieder abgenommen (– 8%). Bei der letzten allgemeinen Viehzählung bezifferte er sich auf knapp 102 000 Tiere. Immerhin stehen hier noch über 15% der im Land gehaltenen Schweine im Vergleich zu gut 9% im Jahre 1950. Im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz vergrößerten sich die Bestände nur im Donnersbergkreis, im Kreis Pirmasens und in der kreisfreien Stadt Zweibrücken, jedoch nicht in dem Maße wie in den vorher genannten Regionen. In diesen drei Kreisen zusammen befanden sich im Dezember 1982 gut 69 400 Schweine, was einem Zuwachs von nicht ganz 28 800 oder 63% gegenüber 1950 ausmacht.

Die deutlichsten Rückgänge sind in den grünlandstarken und weinbautreibenden Gebieten zu verzeichnen. So reduzierte sich die Zahl der gehaltenen Schweine von 1950 bis 1982 in den Kreisen Altenkirchen um gut 50% auf 11 000, im Westerwaldkreis um 75% auf 8 800 und in Daun um 66% auf 7 800 Tiere. Sie betragen damit jeweils nur etwa 1% des Gesamtbestandes. Diese Regionen sind klassische Rinderstandorte mit hohen Grünlandanteilen. In der Vorderpfalz fallen vor allem die Kreise mit intensivem Wein-, Acker- und Gemüsebau, Bad Dürkheim, Südliche Weinstraße und Ludwigshafen mit hohen Rückgangsquoten zwischen 49 und 60% auf. Hier wurden 1982 jeweils weniger als 8 000 Schweine gezählt mit etwa 1% des Gesamtbestandes im Land.

Diplom-Agraringenieur G. Stumm

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1981		1982			1983		
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit									
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 642	3 639	3 639	3 639
Natürliche Bevölkerungsbewegung									
* Eheschließungen 1)	Anzahl	1 893	1 917	2 251	2 707	2 415	3 011 ^P	2 389 ^P	2 711 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,2	6,3	7,5	8,8	7,8	9,8 ^P	8,0 ^P	8,8 ^P
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	3 117	3 094	3 096	3 241	3 237	2 963 ^P	2 987 ^P	2 962 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,3	10,2	10,4	10,5	10,5	9,6 ^P	10,0 ^P	9,6 ^P
* Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 689	3 631	3 515	3 743	3 329	3 703 ^P	3 531 ^P	3 473 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	12,2	12,0	11,8	12,1	10,8	12,0 ^P	11,8 ^P	11,3 ^P
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene 3)	Anzahl	35	34	30	32	34	27 ^P	31 ^P	32 ^P
* je 1 000 Lebendgeborene 4)	Anzahl	11,3	11,0	9,9	10,0	10,5	8,9 ^P	10,5 ^P	10,5 ^P
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 572	- 536	- 419	- 502	- 92	- 740 ^P	- 544 ^P	- 511 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 1,9	- 1,8	- 1,4	- 1,6	- 0,3	- 2,4 ^P	- 1,8 ^P	- 1,7 ^P
Wanderungen									
über die Landesgrenze									
* Zugezogene	Anzahl	7 857	7 490	6 896	7 909	8 133
Ausländer	Anzahl	1 935	1 645	1 432	1 704	1 726
Erwerbspersonen	Anzahl	4 257	4 036	3 767	4 212	4 217
* Fortgezogene	Anzahl	7 390	7 347	6 481	7 662	7 584
Ausländer	Anzahl	1 650	1 751	1 693	1 962	1 900
Erwerbspersonen	Anzahl	4 294	4 126	3 626	4 447	4 118
* Wanderungssaldo	Anzahl	467	143	415	247	549
Ausländer	Anzahl	285	- 106	- 261	- 258	- 174
Erwerbspersonen	Anzahl	- 37	- 90	141	235	99
* innerhalb des Landes Umgezogene 5)	Anzahl	11 190	11 193	9 847	11 352	12 615
Arbeitsmarkt									
* Arbeitslose	Anzahl	72 334	100 365	86 581	94 460	98 446	114 985	110 931	118 107
* Männer	Anzahl	37 118	56 124	46 517	50 203	52 757	64 616	61 225	63 481
Ausgewählte Berufsgruppen									
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	1 886	.	1 276	.	.	.	1 786	.
Baugewerbe	Anzahl	4 550	.	6 254	.	.	.	7 142	.
Industrielle u. handwerkliche Berufe	Anzahl	27 184	.	34 044	.	.	.	43 193	.
Arbeitslosenquote	%	5,4	7,1	6,2	6,7	7,0	8,2	7,9	8,2
Offene Stellen	Anzahl	10 740	5 945	6 604	6 072	5 802	4 669	4 712	4 791
Männer	Anzahl	6 714	3 546	3 792	3 497	3 525	.	.	.
Ausgewählte Berufsgruppen									
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	455	.	290	.	.	.	261	.
Baugewerbe	Anzahl	613	.	382	.	.	.	502	.
Industrielle u. handwerkliche Berufe	Anzahl	3 713	.	2 170	.	.	.	1 383	.
Kurzarbeiter	Anzahl	18 520	27 349	22 980	17 067	13 263	31 956	25 201	17 589
Männer	Anzahl	13 176	20 846	17 051	12 632	10 241	24 328	19 688	13 583
Landwirtschaft									
Viehbestand									
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	655	638	654	.	.	.	651	.
* Milchkühe	1 000	228	228	223	.	.	.	229	.
* Schweine	1 000	646	658	.	.	669	.	.	711
Mastschweine	1 000	223	228	.	.	211	.	.	234
* Zuchtsauen	1 000	75	75	.	.	77	.	.	80
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	48	48	.	.	49	.	.	49
Schlachtungen von Inlandstieren									
* Rinder	Anzahl	16 784	16 077	14 556	14 381	14 635	15 505	13 510	12 419
* Kälber	Anzahl	327	305	303	278	322	285	234	187
* Schweine	Anzahl	112 070	111 329	118 308	105 329	104 910	123 317	108 476	105 529
* Hausschlachtungen	Anzahl	11 622	11 176	6 406	5 156	4 956	9 580	5 767	4 870
Schlachtmengen 6)	t	13 893	13 714	13 795	12 645	12 674	14 763	12 897	12 105
* Rinder	t	4 815	4 626	4 250	4 161	4 174	4 610	3 985	3 587
* Kälber	t	31	29	27	28	31	24	19	19
* Schweine	t	8 954	8 965	9 441	8 384	8 393	10 050	8 754	8 432
Geflügel									
* Eingelegte Bruteier für Legehennenküken 7)	1 000	37	60	39	59	98	87	20	48
Milch									
* Milcherzeugung	1 000 t	78	78	87	87	83	95	89	90
* an Molkereien und Händler geliefert	%	94,8	95,2	95,9	96,0	95,9	96,2	96,1	96,0
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,0	11,0	12,7	12,3	11,7	13,5	13,0	12,7

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. - 7) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1981		1982			1983			
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August		Mai	Juni	Juli	
Produzierendes Gewerbe										
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe¹⁾										
Betriebe	Anzahl	2 898	2 843	2 841	2 839	2 841	2 724	2 724	2 732	
* Beschäftigte	1 000	391	378	378	379	379	360	360	361	
* Arbeiter 2)	1 000	276	264	264	265	265	249	249	251	
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	38 809	37 350	36 550	36 948	33 679	35 777	34 996	33 348	
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 125	1 139	1 208	1 128	1 121	1 090	1 199	1 119	
* Löhne	Mill. DM	682	678	713	682	687	644	699	666	
* Gehälter	Mill. DM	443	461	495	445	434	446	500	453	
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE ³⁾	88	80	60	71	64	82	76	70	
* Gasverbrauch	Mill. cbm	175	172	156	160	151	197	213	192	
* Heizölverbrauch	1 000 t	138	120	111	94	86	92	79	72	
* leichtes Heizöl	1 000 t	20	18	12	12	11	14	11	10	
* schweres Heizöl	1 000 t	118	102	99	82	75	78	68	62	
Stromverbrauch	Mill. kWh	987	949	943	963	895	965	956	925	
* Stromerzeugung	Mill. kWh	218	195	169	181	164	174	161	146	
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	6 155	6 257	6 281	6 328	5 610	6 284	6 442	5 953	
* Auslandsumsatz	Mill. DM	2 179	2 271	2 252	2 345	1 937	2 051	2 162	2 013	
Produktionsindex										
(von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Produzierendes Gewerbe insgesamt	1980 = 100	99	96	100	96	81	98	103	92	
ohne Bauhauptgewerbe	1980 = 100	99	97	99	94	81	97	101	91	
Verarbeitendes Gewerbe	1980 = 100	99	96	100	95	81	97	102	91	
* Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1980 = 100	96	92	98	92	83	98	100	93	
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1980 = 100	90	82	101	95	80	90	98	91	
Chemische Industrie	1980 = 100	99	95	99	94	87	102	104	98	
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	104	106	113	110	81	101	109	93	
Maschinenbau: Büromaschinen, ADV - Geräte und -einrichtungen	1980 = 100	98	103	112	121	72	88	105	84	
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	96	92	91	85	78	92	93	83	
Herstellung von Schuhen	1980 = 100	98	98	77	80	98	90	69	71	
* Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1980 = 100	101	95	93	88	79	93	103	93	
Bauhauptgewerbe	1980 = 100	96	92	109	104	84	101	113	98	
Handwerk⁴⁾										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	103	101	99	.	.	.	98	.	
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976 = 100	132	131	133	.	.	.	143	.	
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	309	206	144	121	129	171	180	143	
Strombezug ⁵⁾	Mill. kWh	2 212	2 233	2 127	2 070	1 944	2 318	2 059	2 063	
Stromlieferungen ⁵⁾	Mill. kWh	900	815	807	702	676	814	681	710	
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 603	1 623	1 465	1 489	1 398	1 675	1 558	1 496	
* Gaserzeugung	Mill. cbm	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	
Gasbezug	Mill. cbm	314	299	197	195	187	306	252	226	
Gasverbrauch	Mill. cbm	295	280	190	190	181	291	245	220	
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	74 226	70 389	71 998	71 514	71 921	66 939 ^P	68 394 ^P	68 468 ^P	
Facharbeiter	Anzahl	39 272	37 460	40 001	38 622	38 471	34 716 ^P	37 010 ^P	35 885 ^P	
Facharbeiter und Werker	Anzahl	17 093	15 316	14 698	15 615	16 127	15 457 ^P	14 727 ^P	16 175 ^P	
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	8 749	8 233	9 380	9 835	7 860	8 453 ^P	9 435 ^P	8 622 ^P	
Privater Bau	1 000	5 603	5 205	5 790	6 202	4 866	5 495 ^P	6 084 ^P	5 537 ^P	
* Wohnungsbau	1 000	3 587	3 336	3 708	4 029	2 984	3 699 ^P	4 130 ^P	3 696 ^P	
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	70	63	96	96	90	46 ^P	96 ^P	79 ^P	
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 946	1 806	1 986	2 077	1 792	1 750 ^P	1 858 ^P	1 762 ^P	
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	3 146	3 028	3 590	3 633	2 994	2 958 ^P	3 351 ^P	3 085 ^P	
Hochbau	1 000	679	707	816	809	673	701 ^P	713 ^P	716 ^P	
Tiefbau	1 000	2 467	2 321	2 774	2 824	2 321	2 257 ^P	2 638 ^P	2 369 ^P	
Straßenbau	1 000	1 347	1 264	1 520	1 572	1 328	1 254 ^P	1 427 ^P	1 312 ^P	
Löhne und Gehälter	Mill. DM	178	178	198	198	189	181 ^P	195 ^P	187 ^P	
* Löhne	Mill. DM	152	150	170	171	162	155 ^P	167 ^P	160 ^P	
* Gehälter	Mill. DM	26	28	28	27	27	26 ^P	28 ^P	27 ^P	
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	519	504	565	632	492	490 ^P	646 ^P	541 ^P	

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerbl. Auszubildender.

3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (tSKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,46 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

5) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen).

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1981		1982			1983		
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Baugenehmigungen									
• Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 044	805	898	975	841	1 312	1 283	1 124
• mit 1 Wohnung	Anzahl	686	516	557	638	538	835	829	715
• mit 2 Wohnungen	Anzahl	292	219	260	259	226	360	337	308
• mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	66	70	81	78	77	117	117	101
• Umbauter Raum	1 000 cbm	1 103	904	1 031	1 084	883	1 359	1 420	1 274
• Wohnfläche	1 000 qm	180	149	168	177	143	225	232	205
Wohnräume	Anzahl	8 431	6 979	7 905	8 147	6 701	10 626	10 697	9 554
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	313	271	308	331	263	419	436	394
Bauherren									422
Öffentliche Bauherren	Anzahl	4	2	3	5	4	1	3	5
Unternehmen	Anzahl	148	98	66	91	67	137	106	98
Private Haushalte	Anzahl	892	704	829	879	770	1 174	1 174	1 021
• Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	176	162	169	199	168	247	247	189
• Umbauter Raum	1 000 cbm	764	641	588	693	758	1 007	816	575
• Nutzfläche	1 000 qm	129	110	104	123	99	171	143	102
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	143	134	112	120	149	176	175	113
Bauherren									151
Öffentliche Bauherren	Anzahl	29	27	23	23	30	30	41	31
Unternehmen	Anzahl	143	132	141	173	134	214	205	158
Private Haushalte	Anzahl	4	3	5	3	4	3	1	-
• Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 968	1 823	2 110	2 174	1 731	2 663	2 580	2 379
									2 568
Handel und Gastgewerbe									
Ausfuhr (Spezialhandel)									
• Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	2 177	2 240	2 106	2 108	2 001	2 066	2 142	1 996
Nach Warengruppen									...
• Ernährungswirtschaft	Mill. DM	120	135	138	142	125	133	136	135
• Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	2 056	2 106	1 968	1 966	1 875	1 932	2 006	1 861
• Rohstoffe	Mill. DM	20	19	21	18	15	20	20	20
• Halbwaren	Mill. DM	134	142	141	158	132	123	126	149
• Fertigwaren	Mill. DM	1 902	1 945	1 807	1 790	1 728	1 789	1 860	1 692
• Vorerzeugnisse	Mill. DM	596	614	588	616	548	675	747	649
• Enderzeugnisse	Mill. DM	1 306	1 331	1 219	1 174	1 180	1 113	1 112	1 044
Nach ausgewählten Verbrauchsländern									
• EG-Länder	Mill. DM	904	940	952	964	739	974	1 003	882
Belgien/Luxemburg	Mill. DM	153	156	152	175	143	157	158	130
Dänemark	Mill. DM	32	33	36	29	31	36	36	26
Frankreich	Mill. DM	264	284	293	285	195	289	321	252
Griechenland	Mill. DM	23	19	17	23	20	17	24	26
Großbritannien	Mill. DM	131	146	146	147	135	185	160	158
Irland	Mill. DM	7	7	7	7	6	7	8	7
Italien	Mill. DM	157	154	151	152	86	143	156	162
Niederlande	Mill. DM	137	140	151	146	124	139	140	119
Österreich	Mill. DM	90	91	83	82	78	92	95	90
Schweiz	Mill. DM	91	96	89	103	86	97	105	111
USA und Kanada	Mill. DM	103	106	85	117	108	133	197	136
Entwicklungsänder	Mill. DM	630	629	539	487	652	427	405	422
Staatshandelsländer	Mill. DM	91	93	91	93	105	80	90	110
Einfuhr (Generalhandel)									
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	1 510	1 491	1 572	1 468	1 375	1 522	1 483	1 450
Nach Warengruppen									
• Ernährungswirtschaft	Mill. DM	188	186	192	170	141	167	182	172
• Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	1 322	1 305	1 380	1 298	1 234	1 355	1 301	1 278
Aus ausgewählten Ländern									
EG-Länder	Mill. DM	757	747	783	798	670	795	780	742
Belgien/Luxemburg	Mill. DM	181	202	245	213	193	213	225	219
Dänemark	Mill. DM	12	14	11	13	11	11	16	12
Frankreich	Mill. DM	198	182	190	188	116	190	193	168
Griechenland	Mill. DM	7	7	8	7	5	10	5	6
Großbritannien	Mill. DM	43	38	40	32	36	43	48	43
Irland	Mill. DM	4	3	2	3	2	3	2	6
Italien	Mill. DM	131	127	118	148	98	141	124	150
Niederlande	Mill. DM	181	175	169	194	209	184	166	138
Österreich	Mill. DM	45	42	50	39	37	47	42	44
Schweiz	Mill. DM	26	27	25	34	23	36	38	39
USA und Kanada	Mill. DM	111	115	113	107	92	76	102	106
Entwicklungsänder	Mill. DM	368	345	361	319	327	354	292	306
Staatshandelsländer	Mill. DM	88	83	132	42	98	71	70	59

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1981		1982			1983		
		Monatsdurchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli
		Monatsdurchschnitt	Monatsdurchschnitt						
Einzelhandel									
Beschäftigte	1980 = 100	99	94	95	95	94	93	93	93
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	110	101	97	103	92	103	105	98
Nahrungs- und Genussmittel	1980 = 100	116	104	108	112	97	106	110	111
Textilien, Bekleidung, Schuhe	1980 = 100	94	100	88	94	75	101	94	93
Einrichtungsgegenstände	1980 = 100	103	99	90	94	74	93	107	86
Elektrotechnische Erzeugnisse	1980 = 100	98	100	92	85	77	83	89	82
Papierwaren und Druckerzeugnisse	1980 = 100	108	98	77	99	122	76	86	90
Pharmazeutische und kosmetische Erzeugnisse	1980 = 100	106	107	104	112	103	125	110	110
Tankstellen (Abs. i. eig. Namen)	1980 = 100	131	125	122	150	138	113	116	115
Fahrzeuge, Fahrzeugteile	1980 = 100	105	98	107	105	86	120	138	81
Sonstige Waren	1980 = 100	103	99	91	100	95	98	100	93
Umsatz zu Preisen von 1980	1980 = 100	104	91	87	92	82	91	93	86
Nahrungs- und Genussmittel	1980 = 100	111	93	93	97	86	92	95	97
Textilien, Bekleidung, Schuhe	1980 = 100	89	91	81	86	68	90	84	83
Einrichtungsgegenstände	1980 = 100	96	88	80	84	66	81	93	75
Elektrotechnische Erzeugnisse	1980 = 100	96	95	87	80	73	78	84	78
Papierwaren und Druckerzeugnisse	1980 = 100	103	88	69	89	109	66	74	78
Pharmazeutische und kosmetische Erzeugnisse	1980 = 100	101	99	97	104	96	110	97	96
Tankstellen (Abs. i. eig. Namen)	1980 = 100	113	108	107	127	117	102	103	101
Fahrzeuge, Fahrzeugteile	1980 = 100	102	90	97	96	78	107	122	71
Sonstige Waren	1980 = 100	109	89	82	90	85	87	89	83
Gastgewerbe									
Beschäftigte	1980 = 100	92	92	96	95	95	98	100	98
Teilbeschäftigte	1980 = 100	89	88	91	90	91	102	106	102
* Umsatz	1980 = 100	99	103	117	111	111	112	111	107
Beherbergungsgewerbe	1980 = 100	102	112	140	119	130	129	127	117
Gaststättengewerbe	1980 = 100	97	97	103	107	101	101	100	102
Fremdenverkehr									
in allen Berichtsgemeinden									
* Fremdenmeldungen	1 000	417	417	511	559	556	555	550	564
* Ausländer	1 000	73	71	96	152	130	86	106	158
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 548	1 527	1 926	2 413	2 391	1 822	1 955	2 362
* Ausländer	1 000	222	211	273	540	419	234	316	571
Verkehr									
Binnenschifffahrt									
* Güterempfang	1 000 t	1 505	1 468	1 554	1 592	1 619	1 344	1 737	1 552
* Güterversand	1 000 t	1 376	1 286	1 508	1 431	1 360	1 251	1 486	1 166
Straßenverkehr									
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	13 417	12 750	14 101	12 577	9 045	17 236	18 382	12 596
Krafträder	Anzahl	1 342	1 489	1 980	1 744	1 410	2 074	1 882	1 578
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	11 125	10 443	11 254	10 018	6 976	14 051	15 308	10 137
* Lastkraftwagen	Anzahl	545	440	499	431	329	600	673	503
Zugmaschinen	Anzahl	307	285	288	291	235	332	403	264
Straßenverkehrsunfälle	Anzahl	9 259	9 125	9 360	9 316	7 834	10 867	9 523	9 437
* Unfälle mit Personenschäden	Anzahl	1 819	1 794	2 095	2 287	1 852	2 170	2 448	2 367
Unfälle mit nur Sachschäden	Anzahl	7 440	7 331	7 265	7 029	5 982	8 697	7 075	6 375
Verunglückte Personen	Anzahl	2 478	2 440	2 829	3 131	2 585	2 917	3 375	3 333
* Getötete	Anzahl	62	60	52	81	76	61	78	76
Pkw-Insassen	Anzahl	32	29	27	42	40	36	39	27
motorisierte Zweiräder	Anzahl	12	13	15	25	20	11	25	34
Fußgänger	Anzahl	11	11	5	8	5	7	6	5
* Verletzte	Anzahl	2 416	2 379	2 777	3 050	2 509	2 856	3 297	3 257
Pkw-Insassen	Anzahl	1 357	1 280	1 335	1 429	1 223	1 560	1 506	1 461
motorisierte Zweiräder	Anzahl	546	579	841	941	779	746	1 011	1 101
Fußgänger	Anzahl	236	235	216	230	197	226	256	217
Schwerverletzte	Anzahl	761	752	894	973	826	887	1 051	1 050
Pkw-Insassen	Anzahl	385	371	390	413	393	429	476	416
motorisierte Zweiräder	Anzahl	194	198	295	335	260	253	340	396
Fußgänger	Anzahl	104	101	94	96	81	100	89	86

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1981		1982			1983				
		Monatsdurchschnitt		Juni	Juli	August	Ma	Juni	Juli	August	
Geld und Kredit											
Kredite und Einlagen¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)											
* Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. DM	63 997	68 814	65 554	65 801	65 980	69 313	70 328	70 313	70 550	
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. DM	62 594	67 259	64 108	64 247	64 427	67 704	68 716	68 722	68 960	
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	51 189	54 993	52 536	52 694	52 858	55 138	56 138	56 186	56 555	
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	11 405	12 266	11 572	11 553	11 570	12 566	12 578	12 536	12 411	
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	14 184	15 238	14 847	14 767	14 565	14 437	15 117	14 639	14 542	
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	13 334	14 155	13 931	13 780	13 602	13 425	13 966	13 616	13 613	
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	850	1 083	916	987	963	1 012	1 151	1 023	929	
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	8 123	9 143	8 357	8 500	8 630	9 208	9 250	9 426	9 504	
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	6 481	7 261	6 743	6 855	6 973	7 197	7 288	7 412	7 454	
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 642	1 882	1 614	1 645	1 657	2 010	1 962	2 014	2 049	
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	40 286	42 878	40 904	40 980	41 232	44 059	44 349	44 657	44 920	
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	31 374	33 577	31 862	32 059	32 283	34 516	34 884	35 158	35 488	
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	8 912	9 301	9 042	8 921	8 950	9 543	9 465	9 499	9 432	
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	52 450	56 251	53 450	53 533	53 973	57 065	56 992	56 717	57 414	
* Sichteinlagen	Mill. DM	7 200	7 840	7 292	7 261	7 315	8 101	8 088	8 077	8 267	
* von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	6 755	7 350	6 725	6 684	6 735	7 400	7 550	7 542	7 569	
* von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	445	491	567	578	580	701	538	535	698	
Termingelder	Mill. DM	18 840	19 487	19 372	19 587	19 933	19 709	19 646	19 625	20 124	
von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	17 382	17 974	17 864	18 064	18 193	17 934	17 896	18 088	18 462	
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 458	1 513	1 508	1 524	1 741	1 775	1 750	1 537	1 662	
* Spareinlagen	Mill. DM	26 410	28 923	26 786	26 684	26 724	29 255	29 258	29 015	29 023	
* bei Sparkassen	Mill. DM	15 269	17 023	15 738	15 691	15 723	17 142	17 132	16 981	16 985	
* Gutschriften auf Sparkonten ²⁾	Mill. DM	1 450	1 652	1 366	1 692	1 318	1 442	1 363	1 930	1 441	
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	1 476	1 446	1 272	1 801	1 278	1 456	1 374	2 172	1 433	
Zahlungsschwierigkeiten											
* Konkurse ³⁾	Anzahl	51	66	53	63	62	49	93	64	53	
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	25 505	35 080	18 946	50 756	69 262	16 842	36 395	39 851	28 914	
* Vergleichsverfahren	Anzahl	.	1	1	1	-	1	1	-	5	
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	1 043	1 140	1 158	1 235	1 150	1 087	1 141	1 022	1 070	
* Wechselsumme	1 000 DM	8 170	8 109	7 862	8 428	10 936	10 434	11 310	8 435	6 091	
Steuern											
Steueraufkommen nach Steuerarten											
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	1 104 967	1 158 755	1 274 946	907 509	1 197 923	1 166 191	1 294 437	851 591	1 317 858	
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	759 347	793 980	968 801	561 219	841 506	807 691	972 649	453 499	898 088	
* Lohnsteuer⁴⁾	1 000 DM	524 985	559 453	400 217	482 763	761 777	689 660	426 003	480 520	794 484	
Einnahmen aus der Lohnsteuer-zerlegung	1 000 DM	102 977	107 812	-	-	300 844	295 664	-	-	296 149	
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	135 811	128 325	377 999	- 26 346	- 18 811	- 33 995	341 744	- 44 675	- 23 628	
* Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	17 011	16 977	8 005	89 406	18 125	8 957	6 884	19 884	68 477	
* Körperschaftsteuer ⁴⁾	1 000 DM	81 540	89 224	182 580	15 396	80 415	143 069	198 018	- 2 230	58 755	
Einnahmen aus der Körperschaftsteuer-zerlegung	1 000 DM	12 011	15 971	-	-	61 776	107 708	-	-	55 068	
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	345 619	364 776	306 145	346 290	356 417	358 500	321 788	398 092	419 770	
* Umsatzsteuer	1 000 DM	213 926	225 997	159 544	209 546	226 912	237 306	188 535	273 194	237 537	
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	131 693	138 779	146 601	136 744	129 505	121 194	133 253	124 898	182 233	
* Bundessteuern	1 000 DM	161 613	163 561	187 193	131 033	136 135	141 160	151 985	158 961	160 189	
* Zölle	1 000 DM	10 338	10 287	10 310	10 623	8 899	9 138	9 229	8 740	10 269	
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	149 008	150 596	173 315	118 481	125 027	127 139	140 315	147 631	147 195	
* Landessteuern	1 000 DM	70 238	72 488	72 130	70 364	92 369	108 372	69 124	74 816	91 442	
* Vermögensteuer	1 000 DM	16 540	16 819	3 783	2 708	39 711	52 850	6 921	3 691	45 935	
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	33 972	35 164	47 695	45 914	35 148	37 329	42 958	42 644	37 206	
* Biersteuer	1 000 DM	6 537	6 473	7 057	8 092	7 700	5 270	6 656	7 222	7 189	
* Gemeindesteuern⁵⁾	1 000 DM	456 688	445 407	477 648	-	-	-	477 135	-	-	
* Grundsteuer A	1 000 DM	7 858	7 922	10 378	-	-	-	9 991	-	-	
* Grundsteuer B	1 000 DM	73 216	75 620	84 730	-	-	-	88 311	-	-	
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	336 120	324 346	338 528	-	-	-	326 256	-	-	
* Lohnsummensteuer ⁶⁾	1 000 DM	208	57	25	-	-	-	- 57	-	-	
Grunderwerbsteuer	1 000 DM	28 627	26 196	26 469	-	-	-	35 289	-	-	

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute ohne Landeszentralbank, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie die Postscheck- und Postsprakssenämter; ohne durchlaufende Kredite. - 2) Einschl. Zinsgutschriften. - 3) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 4) Nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. - 5) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. - 6) Ab 1980 nur noch Reste aus der bis 1979 erhobenen Lohnsummensteuer.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1981		1982			1983		
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Steuerverteilung auf die Gebiets-körperschaften									
• Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	737 589	771 187	885 326	574 536	764 383	735 369	794 745	740 251
• Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	329 329	344 820	427 263	204 587	398 264	354 671	428 743	194 061
• Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	233 299	250 197	270 870	200 004	228 872	238 412	214 017	359 827
• Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	13 347	12 610	-	38 912	1 112	1 126	-	27 402
• Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	561 110	587 850	635 857	500 417	620 221	642 802	638 685	480 369
• Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	327 808	343 248	424 906	243 802	359 748	352 437	426 760	191 957
• Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	149 716	159 505	138 821	147 339	166 992	180 867	142 801	186 194
• Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	13 347	12 610	-	38 912	1 112	1 126	-	27 402
• Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	674 522	678 044	665 879	-	-	-	687 848	-
• Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 1)	1 000 DM	256 714	247 575	258 452	-	-	-	270 778	-
• Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	297 241	309 408	268 310	-	-	-	266 191	-
Preise									
• Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	1976 = 100	123,9	130,5	131,1	131,4	131,2	133,7	134,2	134,7
• Nahrungs- und Genussmittel	1976 = 100	118,2	125,5	128,6	128,0	126,5	128,9	129,0	128,6
• Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet, Bauleistungen am Bauwerk 2)	1980 = 100	105,9	108,9	-	-	109,5	110,7	-	128,0
Löhne und Gehälter									
Arbeiter									
in Industrie, Hoch- und Tiefbau									
Bruttowochenverdienste	DM	575	600	-	605	-	-	-	630
• Männliche Arbeiter	DM	611	639	-	642	-	-	-	673
• Facharbeiter	DM	648	675	-	679	-	-	-	713
Angelernte Arbeiter	DM	579	602	-	605	-	-	-	639
Hilfsarbeiter	DM	497	512	-	520	-	-	-	548
• Weibliche Arbeiter	DM	412	430	-	435	-	-	-	441
• Hilfsarbeiter	DM	397	415	-	419	-	-	-	424
Bruttostundenverdienste	DM	13,86	14,64	-	14,68	-	-	-	15,14
• Männliche Arbeiter	DM	14,59	15,39	-	15,43	-	-	-	15,96
• Facharbeiter	DM	15,39	16,21	-	16,26	-	-	-	16,88
Angelernte Arbeiter	DM	13,88	14,59	-	14,65	-	-	-	15,18
Hilfsarbeiter	DM	12,05	12,57	-	12,54	-	-	-	13,23
• Weibliche Arbeiter	DM	10,46	11,01	-	11,05	-	-	-	11,19
• Hilfsarbeiter	DM	10,06	10,59	-	10,63	-	-	-	10,78
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	41,3	41,0	-	41,2	-	-	-	41,6
Männliche Arbeiter	Std.	41,8	41,4	-	41,6	-	-	-	42,1
Weibliche Arbeiter	Std.	39,4	39,1	-	39,3	-	-	-	39,4
Angestellte									
Bruttomonatsverdienste									
in Industrie und Handel zusammen	DM	2 983	3 154	-	3 180	-	-	-	3 265
Kaufmännische Angestellte	DM	2 657	2 810	-	2 833	-	-	-	2 907
männlich	DM	3 232	3 410	-	3 426	-	-	-	3 589
weiblich	DM	2 112	2 238	-	2 265	-	-	-	2 284
Technische Angestellte	DM	3 709	3 898	-	3 929	-	-	-	4 051
männlich	DM	3 795	3 990	-	4 020	-	-	-	4 135
weiblich	DM	2 579	2 712	-	2 743	-	-	-	2 867
in Industrie, Hoch- und Tiefbau	DM	3 454	3 631	-	3 657	-	-	-	3 768
Kaufmännische Angestellte	DM	3 119	3 291	-	3 309	-	-	-	3 413
männlich	DM	3 690	3 883	-	3 897	-	-	-	4 081
weiblich	DM	2 438	2 572	-	2 600	-	-	-	2 627
Technische Angestellte	DM	3 767	3 943	-	3 975	-	-	-	4 107
männlich	DM	3 846	4 026	-	4 061	-	-	-	4 197
weiblich	DM	2 670	2 794	-	2 818	-	-	-	2 883
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	2 373	2 509	-	2 533	-	-	-	2 556
Kaufmännische Angestellte	DM	2 357	2 488	-	2 512	-	-	-	2 545
männlich	DM	2 871	3 021	-	3 041	-	-	-	3 149
weiblich	DM	1 935	2 053	-	2 079	-	-	-	2 085

1) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. - 2) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1981		1982			1983		
		Monatsdurchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit									
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 682	61 638 ^P	61 650	61 638	61 627	24 ...	47 301 ^P	37 816 ^P
Eheschließungen 1)	Anzahl	29 972	30 131 ^P	45 895 ^P	37 457 ^P	37 573 ^P	24 149 ^P	47 301 ^P	38 381 ^P
Lebendgeborene 2)	Anzahl	52 046	51 764 ^P	49 231 ^P	53 548 ^P	54 306 ^P	47 536 ^P	51 345 ^P	50 403 ^P
Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	60 183	59 655 ^P	57 880 ^P	60 522 ^P	58 884 ^P	57 426 ^P	58 855 ^P	57 130 ^P
Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 8 137	- 7 891 ^P	- 8 649 ^P	- 6 974 ^P	- 4 578 ^P	- 9 890 ^P	- 7 510 ^P	- 6 727 ^P
Arbeitslose	1 000	1 272	1 833	1 646	1 650	1 757	2 254	2 149	2 127
Männer	1 000	652	1 021	898	894	945	1 279	1 200	1 173
Offene Stellen	1 000	208	105	120	118	106	82	86	82
Männer	1 000	127
Kurzarbeiter	1 000	347	606	455	429	337	764	639	495
Männer	1 000	239	460	328	317	252	609	500	392
Landwirtschaft									
Schweinebestand	1 000	22 310	22 478	.	.	.	23 744	.	.
Schlachtmenge 4)	1 000 t	366	360	349	369	329	348	389	361
Produzierendes Gewerbe 5)									
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (von Kalender-unregelmäßigkeiten bereinigt)									
Produzierendes Gewerbe insgesamt	1980 = 100	98	95	103	100	84	101	99	103
ohne Baugewerbe	1980 = 100	99	96	103	100	83	102	99	103
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	1980 = 100	99	96	104	101	84	102	100	103
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1980 = 100	97	91	100	99	85	99	98	101
Investitionsgüter Produzierendes Gewerbe	1980 = 100	100	99	109	105	82	105	103	106
Verbrauchsgüter Produzierendes Gewerbe	1980 = 100	95	91	96	92	77	99	93	98
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1980 = 100	102	99	106	103	91	101	102	108
Baugewerbe	1980 = 100	92	84	103	100	85	94	100	108
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe									
Beschäftigte	1 000	7 489	7 226	7 239	7 233	7 232	6 918	6 905	6 900
Geleistete Arbeitsterunden	Mill.	726	689	683	679	638	662	659	601
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	104 661	107 031	103 770	109 130	101 987	104 610	107 246	114 624
Auslandsumsatz	Mill. DM	27 262	29 000	28 526	30 727	27 057	27 444	29 078	31 021
Öffentliche Energieversorgung									
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	25 145	25 304	23 021	21 361	21 360	24 339	23 453	21 921
Gaserzeugung 6)	Mill. cbm	3 380	3 046	3 017	2 722	2 630	2 798	2 710	2 480
Bauwirtschaft und Wohnungswesen									
Bauhauptgewerbe									
Beschäftigte	1 000	1 226	1 152	1 171	1 183	1 182	1 097 ^P	1 115 ^P	1 130 ^P
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	134	127	139	145	134	126 ^P	136 ^P	144 ^P
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	9 244	8 722	8 288	9 406	9 449	7 376 ^P	8 486 ^P	12 191 ^P
Baugenehmigungen									
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	13 607	10 963	12 157	12 574	12 969	15 801	16 594	17 177
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	12 324	9 547	10 774	11 099	11 505	13 934	14 762	15 152
Wohnfläche	1 000 qm	2 588	2 268	2 414	2 500	2 542	3 157	3 229	3 372
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	2 844	2 650	2 693	2 928	3 107	4 022	4 134	3 765
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	29 669	27 135	28 900	30 258	30 498	38 064	39 090	41 390
Handel									
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	33 083	35 648	35 582	36 197	34 497	33 807	35 497	36 840
EG-Länder	Mill. DM	15 507	17 161	16 996	17 898	16 353	16 468	16 893	18 292
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	2 410	2 591	2 528	2 552	2 288	2 609	2 612	2 819
Dänemark	Mill. DM	627	704	687	677	599	690	680	681
Frankreich	Mill. DM	4 327	5 011	5 068	5 698	4 432	4 238	4 377	5 328
Griechenland	Mill. DM	388	391	426	389	400	371	359	411
Großbritannien	Mill. DM	2 181	2 610	2 600	2 630	2 833	2 749	2 963	3 117
Irland	Mill. DM	140	142	149	133	131	149	160	128
Italien	Mill. DM	2 609	2 698	2 777	2 878	2 672	2 613	2 738	2 748
Niederlande	Mill. DM	2 824	3 014	2 761	2 942	2 998	3 049	3 003	3 060
Österreich	Mill. DM	1 668	1 719	1 707	1 675	1 742	1 781	1 780	1 786
Schweiz	Mill. DM	1 727	1 808	1 716	1 772	1 773	1 758	1 744	1 941
USA und Kanada	Mill. DM	2 393	2 555	2 717	2 498	2 565	2 594	2 789	2 887
Entwicklungsländer	Mill. DM	5 883	6 055	5 989	5 689	5 916	5 319	5 925	5 393
Staatshandelsländer	Mill. DM	1 629	1 709	1 727	1 704	1 677	1 734	1 877	1 979

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetteten, jedoch ohne Innereien und Geflügel; ohne Schweineausschlächtungen. - 5) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke. - 6) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal / Nm³.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1981		1982			1983			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	30 760	31 382	30 585	31 420	30 738	31 132	31 869	32 923	31 025
EG-Länder	Mill. DM	14 545	15 107	14 972	14 857	15 136	15 447	16 171	16 736	15 077
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	2 056	2 123	2 073	2 219	1 985	2 428	2 405	2 708	2 074
Dänemark	Mill. DM	494	546	485	520	439	613	552	604	452
Frankreich	Mill. DM	3 344	3 573	3 446	3 372	3 491	3 388	3 886	3 916	3 300
Griechenland	Mill. DM	246	229	247	229	274	208	186	249	226
Großbritannien	Mill. DM	2 287	2 259	2 360	2 284	2 481	2 210	2 262	2 328	2 314
Irland	Mill. DM	144	153	142	155	169	185	168	193	188
Italien	Mill. DM	2 297	2 393	2 433	2 515	2 744	2 367	2 663	2 705	3 073
Niederlande	Mill. DM	3 678	3 831	3 785	3 561	3 554	4 048	4 049	4 032	3 450
Österreich	Mill. DM	859	926	956	965	984	1 033	1 006	1 053	1 043
Schweiz	Mill. DM	1 051	1 077	1 060	1 109	1 054	1 073	1 120	1 158	1 224
USA und Kanada	Mill. DM	2 640	2 631	2 583	2 836	2 661	2 640	2 396	2 589	2 465
Entwicklungs länder	Mill. DM	5 977	5 707	5 286	6 003	5 206	4 779	5 003	4 888	5 063
Staatshandels länder	Mill. DM	1 608	1 779	1 612	1 732	1 737	1 636	1 738	1 774	1 835
Einzelhandel										
Umsatz	1980 = 100	103,8	105,0	99,7	99,7	101,9	103,5	105,3	108,6 ^P	98,5 ^P
Gastgewerbe										
Umsatz	1980 = 100	105,0	105,8	116,8	112,6	113,5	105,3	115,2	115,2 ^P	...
Geld und Kredit										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken ¹⁾	Mrd. DM	1 555	1 658	1 569	1 584	1 593	1 663	1 676	1 693	1 697 ^P
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	1 176	1 242	1 180	1 196	1 200	1 241	1 248	1 267	1 270 ^P
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	379	416	389	388	393	422	428	425	427 ^P
Einlagen von Nichtbanken ²⁾	Mrd. DM	4 059	1 124	1 063	1 063	1 057	1 114	1 124	1 125	1 124 ^P
Spareinlagen	Mrd. DM	483	518	483	483	481	526	526	526	521 ^P
Steuern										
Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	23 193	23 674	17 659	30 073	20 956	18 378	17 801	30 824	21 716
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	14 523	15 014	8 892	22 618	12 013	9 223	9 095	22 873	11 886
Lohnsteuer	Mill. DM	9 713	10 284	8 831	10 033	11 125	8 999	9 173	10 313	11 402
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	2 744	2 550	- 446	7 407	- 122	- 555	- 739	7 007	- 333
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	8 149	8 143	8 384	7 437	7 785	8 343	8 408	7 943	9 020
Umsatzsteuer	Mill. DM	4 525	4 478	4 687	3 895	3 987	4 335	4 832	4 197	5 150
Bundessteuern	Mill. DM	4 006	4 131	4 104	4 830	3 930	4 071	4 059	4 147	4 433
Zölle	Mill. DM	412	394	409	376	393	413	370	379	376
Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	3 367	3 489	3 485	4 233	3 320	3 374	3 432	3 536	3 852
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ³⁾	1976 = 100	121,9	127,0	127,0	127,5	126,8	127,4	127,6	126,6	126,1
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ³⁾	1976 = 100	104,6	107,3	109,0	108,6	108,0	104,9	104,3	105,4 ^P	103,4 ^P
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ³⁾	1980 = 100	107,8	114,1	113,7	114,2	114,7	115,1	115,2	115,5	115,6
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1980 = 100	105,7	109,2	109,4	.	.	.	110,9	.	.
Bauleistungen am Bauwerk ⁴⁾	1980 = 100	105,9	108,9	109,1	.	.	.	110,7	.	.
Preisindex für den Straßenbau	1980 = 100	102,6	100,3	100,7	.	.	.	99,1	.	.
Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1976 = 100	123,9	130,5	129,8	131,1	131,4	133,2	133,7	134,2	134,7
Nahrungs- und Genussmittel	1976 = 100	118,2	125,5	125,6	128,6	128,0	128,7	128,9	129,0	128,6
Kleidung und Schuhe	1976 = 100	126,8	132,5	132,2	132,3	132,5	135,7	136,2	136,3	136,6
Wohnungsmiete	1976 = 100	120,4	126,4	125,6	126,0	126,6	132,2	132,7	133,0	133,4
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1976 = 100	157,8	171,0	169,1	168,7	169,3	164,0	164,5	165,8	167,6
Übriges für die Haushaltungsführung	1976 = 100	123,7	129,3	129,6	129,4	128,8	132,5	132,5	132,7	132,4
Waren und Dienstleistungen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1976 = 100	125,2	130,9	128,8	130,2	132,6	131,5	133,7	134,1	135,3
Körper- und Gesundheitspflege	1976 = 100	126,0	131,7	131,2	131,5	131,8	136,2	136,5	136,8	137,5
Bildung und Unterhaltung	1976 = 100	113,0	118,2	117,8	118,2	118,4	120,8	121,1	121,2	123,4
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1976 = 100	131,3	137,5	136,2	138,6	138,6	141,2	141,2	144,1	144,2

1) Kredite der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. - 2) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 3) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). - 4) Ohne Baubebenleistungen.

Rheinland-Pfalz ist mit 90% an der deutschen Weinausfuhr beteiligt

Im Jahre 1982 führte die rheinland-pfälzische Wirtschaft Wein im Wert von mehr als 750 Mill. DM aus. Das entspricht 90% der Weinexporte des Bundesgebietes. Wichtigste Abnehmer sind Großbritannien (33%), die USA (30%) und die Niederlande (11%).

Die Weinimporte kamen vorwiegend aus Italien (39%), Frankreich (29%) und Österreich (10%). Für die eingeführten Weine errechnet sich ein Literpreis von 1,08 DM. Bei den Weinexporten wurden 3,83 DM je Liter erzielt.

Seit 1976 erzielt Rheinland-Pfalz im Weinhandel mit dem Ausland beträchtliche Exportüberschüsse. Für das Bundesgebiet werden seit über 30 Jahren wertmäßig stets wesentlich höhere Einfuhren festgestellt. san

Mehr über dieses Thema auf Seite 225

Produktion im August deutlich über Vorjahresniveau

Die Produktion im rheinland-pfälzischen verarbeitenden Gewerbe lag im August 1983 um 5,8% höher als im gleichen Monat des Vorjahrs, wobei in beiden Jahren die Ferienzeit überwiegend in diesen Monat fiel. Auch im Jahresverlauf lässt sich eine Beliebung der wirtschaftlichen Tätigkeit erkennen. Lagen im ersten Quartal die Ausstoßziffern noch um 3,9% und im ersten Halbjahr um 3% unter den Werten der entsprechenden Vorjahreszeiträume, so wurde von Januar bis August 1983 noch um 2,6% weniger produziert als in den ersten acht Monaten des Vorjahres. fn

Stundenverdienst der Industriearbeiter 15,14 DM

Im Juli 1983 verdiente ein Industriearbeiter in Rheinland-Pfalz in der Stunde durchschnittlich 15,14 DM brutto. Das sind 2,9% mehr als im Juli 1982. Die Stundenlöhne der Männer betrugen 15,96 DM, die der Frauen 11,19 DM. Der durchschnittliche Bruttowochenverdienst erhöhte sich bei den Männern um 4,7% auf 673 DM, bei den Frauen um 1,1% auf 441 DM. Die Arbeitszeit ist im gleichen Zeitraum um 1% auf 41,6 Stunden gestiegen.

Kaufmännische Industrieangestellte (ohne leitende Kräfte) verdienten durchschnittlich 3 413 DM im Monat (+ 3,1%), technische Angestellte 4 107 DM (+ 3,2%).

Im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe erhielten männliche kaufmännische Angestellte monatlich 3 149 DM (+ 3,6%), ihre Kolleginnen 2 085 DM (+ 0,3%). Bei allen Angaben blieben einmalige oder in unregelmäßigen Abständen geleistete Zahlungen unberücksichtigt. ze

kurz + aktuell

Jeder fünfte Neuwagen von Opel

Im ersten Halbjahr 1983 wurden in Rheinland-Pfalz 81 380 fabrikneue Personenkraftwagen und Kombis zum Verkehr zugelassen. Das sind 11% mehr als in den ersten sechs Monaten 1982. Die Zahl der Neuwagen aus inländischer Produktion nahm um 10% auf 57 111 zu, die der ausländischen um 14%. Der Anteil der deutschen Wagen an den Neuzulassungen ging damit von 71 auf 70% leicht zurück.

Mit mehr als einem Fünftel aller Neuzulassungen behauptete Opel seine Spitzenposition, gefolgt von VW mit 18% und Ford mit 11%. Die beliebtesten Modelle unter den deutschen Wagen sind VW-Golf, Opel-Kadett und Ascona sowie VW-Passat. Unter den ausländischen Fabrikaten führten die Marken Fiat, Renault und Mazda.

Von den Ausländern bestritten japanische Fahrzeuge mehr als 11% aller Neuzulassungen. Es folgten französische (9%) und italienische Neuwagen (5,1%).
gz

Weniger Verkehrstote im September 1983

Im September 1983 ereigneten sich auf den Straßen in Rheinland-Pfalz 2 121 Verkehrsunfälle mit Personenschaden, die 59 Menschenleben forderten. Von insgesamt 2 789 Verletzten mußten 893 stationär behandelt werden. Im Vergleich zum September 1982 gab es weniger Unfälle, aber mehr Verletzte. Die Zahl der Getöteten verringerte sich um 27.

Die Zahl der Verkehrstoten im September 1983 war die niedrigste in diesem Monat seit mehr als 20 Jahren.

Im September 1983 verunglückten drei motorisierte Zweiradfahrer tödlich, gegenüber 30 im gleichen Vorjahresmonat. Außerdem kamen 40 Insassen von Personenwagen, 13 Fußgänger, ein Lastkraftwagen-Fahrer und ein Radfahrer ums Leben. gz

Die meisten tödlichen Unfälle geschehen zwischen 16 und 20 Uhr

Von Januar bis August 1983 ereigneten sich auf den rheinland-pfälzischen Straßen 433 tödliche Unfälle, die 479 Menschenleben forderten. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres waren es 409 Unfälle mit 455 Getöteten gewesen.

Von den tödlich verunglückten Verkehrsteilnehmern waren 237 Insassen von Personenwagen, das sind 13 mehr als in den ersten acht Monaten 1982. Außerdem verloren 84 Fahrer und Mitfahrer von Motorrädern sowie 28 Benutzer von Mopeds oder Mofas das Leben. 37 Radfahrer und 79 Fußgänger wurden getötet.

Die Verteilung dieser schweren Unfälle über den Tagesverlauf läßt einen ausgeprägten Schwerpunkt zwischen 16 und 20 Uhr erkennen. Von 16 bis 18 Uhr sowie von 18 bis 20 Uhr wurden jeweils 64 Verkehrsunfälle mit Todesfolge registriert. Zwischen 4 und 6 Uhr morgens sowie 8 und 10 Uhr vormittags gab es die wenigsten Unfälle mit tödlichem Ausgang. gz

Ferienhäuser und Ferienwohnungen werden immer beliebter

Von Januar bis Juli 1983 übernachteten in Rheinland-Pfalz fast 161 000 Gäste in Ferienhäusern und Ferienwohnungen. Das sind 36% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Zahl der ausländischen Urlauber in Ferienhäusern und Ferienwohnungen erhöhte sich um 84% auf rund 62 000. Gleichzeitig stieg die Gästzahl aller Fremdenverkehrsbetriebe im Land um 1,5% (Ausländer + 5,9%).

In den ersten sieben Monaten des Jahres 1983 wurden in allen rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsbetrieben 3,4% weniger Übernachtungen als im Vorjahr gezählt. Dagegen nahmen die Übernachtungen in Ferienhäusern und Ferienwohnungen um 22% auf fast 1,1 Millionen zu (Ausländer + 59%).

In Ferienhäusern hielten sich die Gäste durchschnittlich 6,8 Tage auf (Gesamtdurchschnitt aller Fremdenverkehrsbetriebe 3,6 Tage). bl

Kartoffeln um 26% teurer Verbraucherpreise im September 1983

In Rheinland-Pfalz kosteten im September 100 Liter Heizöl im Landesdurchschnitt 74,37 DM. Damit wurde der Preis vom August um 1,4% über- und der vom September 1982 um 5,9% unterschritten. Die Benzinpreise lagen bis zu 2,5% über denen des Vormonats, aber noch geringfügig niedriger als vor Jahresfrist.

Unter den Lebensmitteln verteuerten sich gegenüber dem Vorjahresmonat insbesondere frischer Kabeljau (+ 8,2%), Eier (+ 6,1%), Margarine (+ 4,9%) und frische Vollmilch (+ 4%). Preiswerter angeboten wurden frischer Barsch (- 12%) und Bohnenkaffee (- 6,4%). Beim Obst und Gemüse ergaben sich Preiserhöhungen bei den Kohlarten (bis zu + 76%), ferner bei Möhren (+ 31%), Zwiebeln (+ 16%) und Bananen (+ 30%). Für Kartoffeln mußten 26% mehr bezahlt werden. Preiswerter als ein Jahr zuvor waren Salatgurken (- 13%), Kopfsalat (- 4,3%) und frische Champignons (- 8,1%). br

Gemüseanbaufläche um über 200 ha ausgeweitet

In Rheinland-Pfalz wurde der Gemüseanbau auf dem Freiland 1983 – anders als im Bundesgebiet – ausgedehnt. Insgesamt betrug die Anbaufläche knapp 4 900 ha. Gegenüber 1982 war bei den Arten, die in beiden Jahren in die Statistik einbezogen wurden, eine Zunahme von mehr als 200 ha oder 4,7% zu verzeichnen.

Kopfsalat blieb mit einer Zunahme von fast 30% auf 927 ha die bevorzugt angepflanzte Art, gefolgt

von Blumenkohl (730 ha), Möhren und Karotten (499 ha), Speisezwiebeln (492 ha), Spinat (490 ha) und Spargel (356 ha). Nennenswerte Anbaueinschränkungen waren hauptsächlich bei Sellerie (- 23%), Grünen Pflückbohnen (- 19%) und Gurken (- 51%) festzustellen.

Erdbeeren beanspruchten eine Fläche von 108 ha, welche sich im nächsten Jahr aufgrund der beabsichtigten Rodungen und Neuanpflanzungen nur unwesentlich verändern wird. In Unterglasanlagen umfaßte der Gemüseanbau wie im Vorjahr knapp 40 ha. su

Schweinehaltung konzentriert sich auf nördlichen Landesteil

Der Schweinebestand unterlag in den letzten 30 Jahren unregelmäßigen, zyklischen Schwankungen, befindet sich aber im Jahre 1982 mit 658 000 Tieren wieder auf ähnlichem Niveau wie 1950 (+ 5%). Durch den starken Rückgang der schweinehaltenden Betriebe sind die durchschnittlichen Bestandszahlen kräftig angestiegen. Der Zuchtsauenbestand ist, von geringen Schwankungen abgesehen, kontinuierlich ausgeweitet worden. Er stieg von 44 000 im Jahre 1950 auf über 75 000 im letzten Jahr an. Damit hat der Anteil an Zuchttieren am gesamten Schweinebestand deutlich zugenommen. Geändertes Nachfrageverhalten, neue Produktionstechniken und züchterischer Fortschritt haben diese Verschiebung hervorgerufen.

Aufgrund der landwirtschaftlichen Nutzungsmöglichkeiten in den verschiedenen Landestenen hat die Schweineerzeugung als Veredlungsproduktion an Standorten im nördlichen Landesteil stark zugenommen und ist in den meisten Grünland-, Wein- und Gemüseanbaugebieten zurückgegangen. su

Mehr über dieses Thema auf Seite 228

Fast ein Viertel weniger Kartoffeln als 1982

Die diesjährige Kartoffelernte wird sich in Rheinland-Pfalz auf etwa 271 000 t belaufen und damit um fast ein Viertel niedriger ausfallen als im Vorjahr. Neben den infolge der Sommertrockenheit geringeren Hektarerträgen (- 19%) vor allem bei den späten Sorten hat auch der erneute Rückgang der Anbaufläche zu dieser mengenmäßig schlechten Ernte beigetragen. Gegenüber dem Sechsjahresdurchschnitt 1977/82 ergibt sich bei Frühkartoffeln eine um 10% und bei Spätkartoffeln eine um 18% verminderte Flächenleistung.

Von der gesamten Erntemenge entfallen 73 000 t auf Früh- und 198 000 t auf Spätkartoffeln. Der Anteil an kleiner und damit nicht verkaufsfähiger Ware liegt deutlich höher als in Normaljahren. su

kurz + aktuell

Themen der letzten Hefte

Heft 10/Oktober 1982

Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983
Entwicklung des Arbeitskräfteangebots
Beheizung von Neubauten
Arbeitsstätten des Einzelhandels 1979
Regionalstruktur des Großhandels
Berechnung der Eigenkapitalquote

Heft 11/November 1982

Volkszählung in den Gemeinden
Ergebnisse der Volkszählung für Gemeindeteile
Statistik der Weinmosternten
Prognose der Wanderungen
Wohngeld
Wirtschaftskraft in Rheinland-Pfalz und den EG-Ländern
1970 bis 1980
Jahresverdienste in Industrie und Handel 1981
Infrastrukturdaten im Landesinformationssystem

Heft 12/Dezember 1982

Wirtschaftliche Entwicklung 1982
Fremdenverkehr in den Heilbädern
Strukturwandel im verarbeitenden Gewerbe 1967 bis 1979
Umsatz und Beschäftigte in der Handelsvermittlung
Binnenfischerei 1981

Heft 1/Januar 1983

Weinmosternte 1982
Feldfrüchte und Futterpflanzen 1982
Bafög-Leistungen 1981
Wohnungsmieten
Das Baugewerbe in den Volkswirtschaftlichen
Gesamtrechnungen
Abwasserbeseitigung

Heft 2/Februar 1983

Außenhandel mit Frankreich
Lohnsteuerzerlegung
Investitionen im verarbeitenden Gewerbe 1981
Ausländer 1982
Obstbau 1982
Statistiken in der Land- und Forstwirtschaft

Heft 3/März 1983

Volkszählung 1983
Datenschutz und amtliche Statistik
Insolvenzen 1982
Beherbergungskapazität 1983
Zensus im Baugewerbe
Milch- und Fleischproduktion 1982
Obst- und Gemüseernte 1982

Heft 4/April 1983

Landtagswahl am 6. März 1983
Kommunale Haushaltspläne 1983
Das lohnsteuerpflichtige Einkommen und seine
Besteuerung 1980
Güterumschlag der Binnenschiffahrt 1970 bis 1982

Heft 5/Mai 1983

Bundestagswahl am 6. März 1983
Fremdsprachenunterricht 1982/83
Ausstattung privater Haushalte 1983

Heft 6/Juni 1983

Schulabgänger aus allgemeinbildenden Schulen 1982
Regionale Wirtschaftsstruktur 1980
Lohnsteuerpflichtige nach Geschlecht und Familienstand
1980
Einzelhandel und Gastgewerbe 1970 bis 1982
Gartenbau 1981
Viehbestände 1982

Heft 7/Juli 1983

Abrechnung des Materialverbrauchs in Krankenhäusern
Personalkosten und Personalnebenkosten im
produzierenden Gewerbe 1981
Mehrfamilienhäuser
Personenbeförderung im öffentlichen Straßenverkehr
1975 bis 1982
Habilitationen 1980 bis 1982
Edelsteingewerbe

Heft 8/August 1983

Ernteaussichten 1983
Ausbildungsplätze im Mai 1983 - Angebot und Nachfrage
Regionale Arbeitsmärkte 1970 bis 1996
Sozialprodukt und privater Verbrauch 1960 bis 1981
Baulandpreise 1982
Brauwirtschaft
Mineralwasser und alkoholfreie Erfrischungsgetränke
Befunddokumentation und Arztbriefschreibung im
Krankenhaus (BAIK)

Heft 9/ September 1983

Energiepreise 1982 bis 1983
Staatsverbrauch und Bruttoanlageinvestitionen 1960
bis 1981
Ökonomisch induzierte Wanderungen bis 1996
Kredite und Einlagen bei den Kreditinstituten
Fremdenverkehr in Bernkastel-Kues
Beilage: Bevölkerungsfortschreibung vor und nach
Inkrafttreten des neuen Meldegesetzes

Themen der folgenden Hefte

Mieten 1982
Außenhandel mit den ASEAN-Ländern
Einbürgerungen 1982
Neuberechnung des Produktionsindex im
produzierenden Gewerbe
Personalkosten und Personalnebenkosten bei
Handel, Banken und Versicherungen 1981
Hardware- und Software-Technologie und ihre
Auswirkung auf die Aus- und Weiterbildung
Leistungserfassung in Krankenhäusern mit
DV-Verfahren

Zeichenerklärungen

- | | |
|--|------------------------|
| — = nichts vorhanden | D = Durchschnitt |
| 0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die
Hälfte der kleinsten in der betreffenden
Tabelle gewählten Stelleneinheit | p = vorläufige Angabe |
| . = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht
möglich | r = berichtigte Angabe |
| ... = Angabe fällt später an | s = geschätzte Angabe |
| () = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist | |

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ * 1.-8. Jahrgang 1948-1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz * Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Satz: Druckerei Gebrüder Wester, Andernach - Druck: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Bezugspreis: Einzelheft DM 3,-, Jahresabonnement DM 30,- zuzüglich Zustellgebühr - Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 5427 Bad Ems, Mainzer Straße 15/16, Fernruf (0 26 03) 7 12 45, Telex 869 033 stle d oder durch den Buchhandel - Nachdruck mit Quellenangabe bei Einsenden eines Belegexemplares gestattet. ISSN 0174-2914.